

JAHRESBERICHT 2023

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**



JAHRESBERICHT 2023
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	4
Der Stiftung eine Zukunft geben	6
Organigramm	6
SCHWERPUNKT: FRIEDENSTÜCHTIG WERDEN	8
Die Logik der Gewalt durchbrechen	8
Nahost: Für eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung	10
Ukraine/Russland: Linke in Zeiten des Krieges	11
Bildungsformate zum Thema Russland-Ukraine-Krieg	12
Kooperative Sicherheit	12
Zur Notwendigkeit einer größeren «europäischen Unabhängigkeit»	13
Sind Sanktionen völkerrechtswidrig?	13
Konfliktporträts auf der Bildungsplattform LINX	14
«Deutsche mit Anstand»	14
dis:arm – Friedensgespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung	14
75 Jahre UN-Menschenrechtserklärung	15
Publikationen zum Schwerpunktthema	15
ZENTRUM FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE UND POLITISCHE BILDUNG	16
Aus drei mach eins	16
Vergesellschaftung senkt die Miete	17
«Gemeinsam Antworten auf die großen Fragen der sozialen Gerechtigkeit finden»	19
Gewerkschaftskonferenz in Bochum	21
Linke Forderungen im Umfragehoch	22
20 Jahre Jugendbildungsnetzwerk feierlich begangen	22
Zweite Kommunalpolitische Konferenz in Weimar	23
Tief ins Gedächtnis eingegraben: der Putsch in Chile	24
Sattelzeit der Revolution 1923 – eine Konferenz an drei Orten	25
Mythen und Fakten zur Entstehung der «Sozialen Marktwirtschaft»	26
Historienbilder, ungemalt und umgemalt	26
Fellows und Postdocs	27
BUNDESWEITE ARBEIT	28
Baden-Württemberg: «Zeitenwende» – wohin?	30
Bayern: Armut in Bayern	30
Berlin: Seminar «Gutachten zum Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen»	31
Brandenburg: Zukunft der Medien im ländlichen Raum	31
Bremen: «Die Verräter» – Autorenlesung	32
Hamburg: Digitale Überwachung am Hansaplatz	32
Hessen: Demokratie in Gefahr	33
Mecklenburg-Vorpommern: «Keine Militärmusik zur Hanse Sail»	33
Niedersachsen : Militär und Bundeswehr als Klassenfrage	34
Nordrhein-Westfalen: Fahrradtour auf den Spuren der Streiks von 1973	34
Rheinland-Pfalz: Beitrag zur Antisemitismusforschung	35
Saarland: «Meeting gegen den Krieg»	35
Sachsen: «Wege aus der linken Krise»	36
Sachsen-Anhalt: «Der Osten: eine westdeutsche Erfindung»	36
Schleswig-Holstein: «Im Rüstungswahn»	37
Thüringen: «Jena vor dem NSU»	37

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT	38
Multipolare Weltordnung – Hoffnung auf gerechte internationale Beziehungen	39
Feministische Außenpolitik: Nicht mehr als Purple Washing und Etikettenschwindel?	40
Militär oder zivil? Hauptsache autoritär!	40
Linksregierung in Kolumbien stößt bei Friedensverhandlungen auf Widerstand	42
Bevor Europa wählt: Zur Lage und zu den Aussichten linker Parteien	42
GEFÖRDERTE PROJEKTE	48
STUDIENWERK	58
Den Autoritarismus vom Süden aus erforschen	60
Kritische Bildungstage	61
POLITISCHE KOMMUNIKATION	64
Bernie Sanders zu Gast in der Rosa-Luxemburg-Stiftung	65
Veranstaltung mit Standing Together	66
Streitbar und umstritten – Ausstellungen in der Stiftung	67
Aufklärung über ökonomische Zusammenhänge	68
Podcasts der Rosa-Luxemburg-Stiftung	68
Ausgewählte Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	69
BERICHTE AUS DER STIFTUNG	70
Die Mitgliederversammlung	70
Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung	71
Mitglieder des Vorstands	72
Vorstandsarbeit	72
Das Stiftungsfinanzierungsgesetz und seine Folgen	74
Der Wissenschaftliche Beirat	75
Jörg-Huffschmid-Preis 2023	77
Interne Kommunikation – Neuer Dreiklang	77
ZENTRALE AUFGABEN	78
Programm «Fit für Veränderung»	79
Personalentwicklung 2000 bis 2023	80
Die unselbstständigen Stiftungen	81
Stiftungshaushalt	82
BILDNACHWEISE/IMPRESSUM	88

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
die Sehnsucht nach Frieden treibt viele von uns um. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Der Nahostkonflikt hat nach dem unmenschlichen Terrorangriff der Hamas auf Israel zu einem blutigen Feldzug der israelischen Armee in Gaza geführt, dem bereits Zehntausende Zivilisten zum Opfer gefallen sind. 21 Kriege und 174 gewaltsame Krisen zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung 2023. Nicht alle bekommen die Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Die Bundesregierung hat eine Wende hin zu einer militärischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik vollzogen. Die Bundeswehr soll «kriegstüchtig» werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung stellt sich dieser Logik der Gewalt entgegen. Neben der Solidarität mit den vom Krieg betroffenen Menschen haben wir 2023 unsere friedenspolitische Arbeit fortgesetzt. Die Linke braucht neue Antworten auf die Frage, wie ein stabiler Frieden erreicht werden kann. Die Bedingungen dafür sind nicht günstig. Der russische Angriffskrieg hat gezeigt, wie fragil die Friedensordnung in Europa ist. Unsere Arbeit vor Ort ist schwierig. Durch die von russischen Behörden angeordnete Schließung des Moskauer Büros ist der Kontakt zu Vertreter*innen des zivilgesellschaftlichen, linken und gewerkschaftlichen Spektrums in Russland komplizierter geworden. Dennoch ist es uns gelungen, zahlreiche Publikationen zur Situation in der Ukraine und in Russland zu veröffentlichen. Mit Blick auf Palästina und Israel haben wir in den letzten Jahren mit aller Kraft versucht, in einem Kontext von Gewalt und Gegengewalt mit kritischer und solidarischer Arbeit einen kleinen Unterschied zu machen. Der zerstörerische Krieg mit all seinen katastrophalen und unerträglichen Folgen für die Menschen in Gaza dient niemandem in der Region. Unsere Stiftung ist seit vielen Jahren im Nahen Osten aktiv. Unsere Büros in Ramallah und Tel Aviv unterstützen zivilgesellschaftliche und politische Akteure, die sich für eine einvernehmliche und friedliche Konfliktlösung einsetzen, die beiden Völkern das Recht auf Freiheit, Gerechtigkeit und ein Leben in Würde ermöglicht. Im Gegensatz zum Politikansatz der Bundesregierung sehen wir die Notwendigkeit, Deutschland «friedentüchtig» zu machen. Unter dieser Überschrift gibt der Jahresbericht einen kleinen Einblick in die von uns entwickelten und diskutierten Ansätze der zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung. Im vergangenen Jahr sind Analysen, Studien und andere Materialien zum Thema entstanden. Diskussionsveranstaltungen fanden live und digital statt. Dabei haben wir mit nationalen und internationalen friedens- und entwicklungspolitischen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengearbeitet. Dass wir mit unserer Arbeit den Nerv vieler Menschen treffen, zeigt die Resonanz: Unser Dossier «Gegen die Logik der Gewalt» war das meistbesuchte Online-



Heinz Bierbaum.

Dossier 2023. Unser neuer Podcast «dis:arm – Friedensgespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung» hatte innerhalb weniger Monate bereits knapp 3.000 Abonnent*innen und rund 30.000 Downloads.

Eine Auswirkung von Kriegen ist die Verschärfung zahlreicher Krisen. Die Ampelregierung ist den damit verbundenen Herausforderungen nicht gewachsen. Dringend notwendige Zukunftsinvestitionen bleiben aus. Die soziale Spaltung der Gesellschaft verschärft sich. Steigende Lebenshaltungskosten treffen vor allem diejenigen, die ohnehin schon wenig Geld haben. Auch Klimaschutzprojekte bleiben von der Sparpolitik der Regierung nicht verschont. Grund genug für uns, im Berichtszeitraum Analyse und politische Bildung zu den Schwerpunkten «Soziale Infrastruktur, soziale Rechte und Gerechtigkeit» und «Sozial-ökologische Transformation» auszubauen. So wurden zum Thema «Wohnen und Mieten» in Kooperation mit dem Netzwerk Steuergerechtigkeit neue Forschungsergebnisse zu Eigentümergruppen und ihren Geschäftsmodellen in sechs deutschen Städten – Hamburg, München, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Leipzig, Erfurt – veröffentlicht. Erstmals wurden die Eigentumsverhältnisse und Unternehmenspraktiken in der stationären Altenpflege im Bundesland Bremen untersucht und die Ergebnisse in einer Studie zusammengefasst. Die Debatte um Vergesellschaftung und Umverteilung hat wieder an Fahrt gewonnen – unterstützt durch Informations- und Bildungsmaterialien unserer Stiftung. Wie sehr die Stiftung Ansprechpartner und Plattform für Gewerkschafter*innen ist, zeigte die dreitägige Gewerkschaftskonferenz im Mai in Bochum mit mehr als 1.500 Teilnehmer*innen, darunter viele junge Gewerkschafter*innen. Die großen gesellschaftspolitischen Fragen waren ebenso Thema wie die aktuellen Tarifauseinandersetzungen und Streiks. Neue Netzwerke wurden geknüpft. Um soziale Gerechtigkeit geht es auch beim Thema ökologischer Umbau. Hier ist die Stiftung ein Debattenraum für vielfältige linke Akteure. Nachdem sich 2022 unsere Studien vor allem mit Mobilität und sozial gerechtem Industrieumbau beschäftigt haben, ging es 2023 um klimagerechtes Wohnen

und eine kommunale Wärmewende. Selbstverständlich haben wir auch die UN-Klimakonferenz in den Vereinigten Arabischen Emiraten kritisch begleitet.

Als ehemaliger Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken beobachte ich mit Sorge die schwierige Situation der Linken in Deutschland und in Europa. In vielen Staaten ist ein deutlicher Rechtsruck zu verzeichnen, dem die linkssozialistischen Kräfte in Europa nur gemeinsam etwas entgegenzusetzen können. Der Kampf gegen rechts und für eine «Gesellschaft der Vielen» ist ein zentrales Thema für die Stiftung. Mit der Konferenz «Europa den Räten!» haben wir den Versuch unternommen, antifaschistische Traditionen und demokratische Zukunftspotenziale Europas zusammenzudenken. In der Berliner Volksbühne diskutierten am 8. November internationale Gäste sowie Aktivist*innen aus sozialen Bewegungen und Parteien den Aufstieg der Neuen Rechten und ihrer internationalen Netzwerke, Möglichkeiten des antifaschistischen Widerstands, aber auch des solidarischen Wirtschaftens und der Demokratisierung der Europäischen Union.

Historische Jahrestage spielen in der geschichtspolitischen Arbeit der Stiftung eine wichtige Rolle. So war der 50. Jahrestag des faschistischen Militärputsches in Chile Anlass für mehrere Veranstaltungen in Berlin und in den Bundesländern. Unter dem Titel «Tief ins Gedächtnis gegraben» fand am 27. September eine gemeinsame Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt, auf der Michelle Bachelet über ihr bewegtes politisches Leben, den Putsch vor 50 Jahren und ihre Exilerfahrungen in der DDR berichtete.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Partei Die Linke befindet sich in einer schwierigen Situation. Die Abspaltung des Bündnisses Sahra Wagenknecht und die daraus folgende Parteigründung bedeuten einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der Partei und eine Schwächung der gesellschaftlichen Linken. Gerade in einer Zeit multipler Krisen ist die Linke nicht in der Lage, den Protest großer Teile der Bevölkerung aufzugreifen, zu adressieren und neue konzeptionelle Ansätze zu entwickeln. Der Verlust des Fraktionsstatus im Bundestag, schlechte Wahlergebnisse, mangelnder Rückhalt in der Bevölkerung – all dies hat auch Auswirkungen auf die Stiftungsarbeit. Für uns verschlechtern sich die finanziellen Rahmenbedingungen. Die Stiftung wird kleiner werden. Doch wir wollen weiterhin als linke Stiftung politisch wirksam sein. Als Vorstand werden wir alles für den Erhalt der Rosa-Luxemburg-Stiftung als einer wichtigen Plattform für gesellschaftlichen Dialog und linke politische Bildung tun. Denn heute ist es notwendiger denn je, um politische Alternativen zu ringen, die den Aufbau einer demokratischen, sozial gerechten und friedlichen Gesellschaft zum Ziel haben.

HEINZ BIERBAUM
Vorsitzender des Vorstands

DER STIFTUNG EINE ZUKUNFT GEBEN

INTERVIEW MIT DER GESCHÄFTSFÜHRERIN

Am 16. Februar 2021 fand der Auftaktworkshop für den Organisationsentwicklungsprozess der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Es wurden Ziele formuliert, der Prozess beschrieben, Kommunikation und Partizipation erörtert. Fast drei Jahre lang hat dieser Prozess viel Zeit und Kraft gekostet. Die Geschäftsführerin der Stiftung Daniela Trochowski über Erwartungen, Ergebnisse und die Zukunft der Stiftung.

Wie war die Ausgangssituation vor drei Jahren?

Daniela Trochowski: Die Situation war schon damals herausfordernd: Die Gesellschaft steckte mitten in der Coronapandemie. Einerseits mussten wir uns und unsere Arbeit im In- und Ausland umorganisieren und an die veränderten Bedingungen anpassen. Gleichzeitig wollten wir trotz der Beschränkungen als Stiftung sichtbar bleiben und uns in gesellschaftliche Debatten einmischen. Das haben wir durch neue kreative digitale Formate auch geschafft. Andererseits hatte die Stiftung – dank einer starken Partei Die Linke – einige Jahre des Wachstums hinter sich, in denen sie sowohl im Inland als auch im Ausland zahlreiche spannende und wichtige Themen besetzte. Aber wir hatten den Eindruck, dass wir unser Potenzial aufgrund der Strukturen und Arbeitsweisen nicht immer ausschöpfen konnten.

Warum war eine Organisationsentwicklung notwendig?

Daniela Trochowski: Nach einer langen Wachstumsphase ist es immer wichtig, sich und sein Tun kritisch zu hinterfragen – zumal wir Schwächen in unserer Interventionsfähigkeit und Sichtbarkeit identifiziert hatten. Ein zentraler Angelpunkt für diese Debatte waren die strategischen Ziele der Stiftung, die der Vorstand 2022 in einem Grundsatzpapier verabschiedet hatte. Darin hatte er thematische Schwerpunkte, die Funktion der Stiftung für die Partei Die Linke und für linke Akteure in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, aber auch den Anspruch auf größere öffentliche Wirksamkeit formuliert. Ziel war und ist es, mit unserer Arbeit erfolgreicher und vor allem sichtbarer zu werden. Wir müssen uns stärker fokussieren, Synergien – auch strukturell – schaffen, aber auch bereit und fähig für Veränderungen sein. Mithilfe des Organisationsentwicklungsprozesses wollten wir die Ressourcen, Strukturen und Abläufe in der Stiftung an diesen Zielen ausrichten.

Mit dem Organisationsentwicklungsprozess wurde Neuland beschrritten. Ein Großteil der Mitarbeiter*innen stand dem Prozess kritisch gegenüber. Ist es gelungen, sie mitzunehmen?

Daniela Trochowski: Wir haben immer betont, dass es sich um einen leitungstragenen Prozess handelt. Zudem obliegt die Entscheidung über grundsätzliche Strukturen dem Vorstand. Trotzdem gab es einen Beteiligungsprozess, in dessen Rahmen unsere Kolleg*innen in Arbeitsgruppen Vorschläge



Daniela Trochowski.

zur konkreten Ausgestaltung von Strukturen und Abläufen erarbeitet haben. Viele Kolleg*innen hatten große Lust auf Veränderungen und viele ihrer Vorschläge sind in unsere Arbeit eingeflossen.

Die multiplen Krisen der Gegenwart brauchen Antworten von links. Ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung als linker Thinktank und Ort der politischen Bildung für diese Herausforderungen gut gerüstet?

Daniela Trochowski: Unser Ziel als parteinahe Stiftung muss es sein, die Partei Die Linke als eigenständige Kraft und die gesellschaftliche Linke zu stärken. Dazu können wir beitragen, indem wir die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aufgreifen und inhaltlich Lösungen für brennende Themen aufzeigen – pragmatische, aber auch strategische. Der Mietendeckel muss dabei zum Beispiel ebenso Thema sein wie unsere Ideen für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft. Wir müssen die Ideologie und das Treiben von Faschist*innen im In- und Ausland ebenso aufdecken, wie wir diejenigen unterstützen sollten, die sich dem entgegenstellen. Und wir benötigen starke Bündnisse mit der Linken in Europa und darüber hinaus, um globale Ausbeutungsverhältnisse aufzudecken und zu bekämpfen. Bei diesen vielfältigen Aufgaben sind unser Potenzial engagierte und kluge Kolleg*innen, unsere Kontakte etwa in die linke Familie, zu linken Intellektuellen, aber auch zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bündnissen im In- und Ausland. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können.

Heute stellen sich aufgrund der veränderten finanziellen Rahmenbedingungen ganz andere Fragen. Hilft der Organisationsentwicklungsprozess bei der Beantwortung dieser Fragen und wenn ja, warum?

Daniela Trochowski: Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Stiftung werden sich aufgrund der Schwäche der Partei Die Linke verschlechtern. Spätestens ab 2026 erhalten wir viele Millionen Euro Förderung weniger. Diese Mittelkürzungen erfordern einen beträchtlichen Stellenabbau. Wir müssen

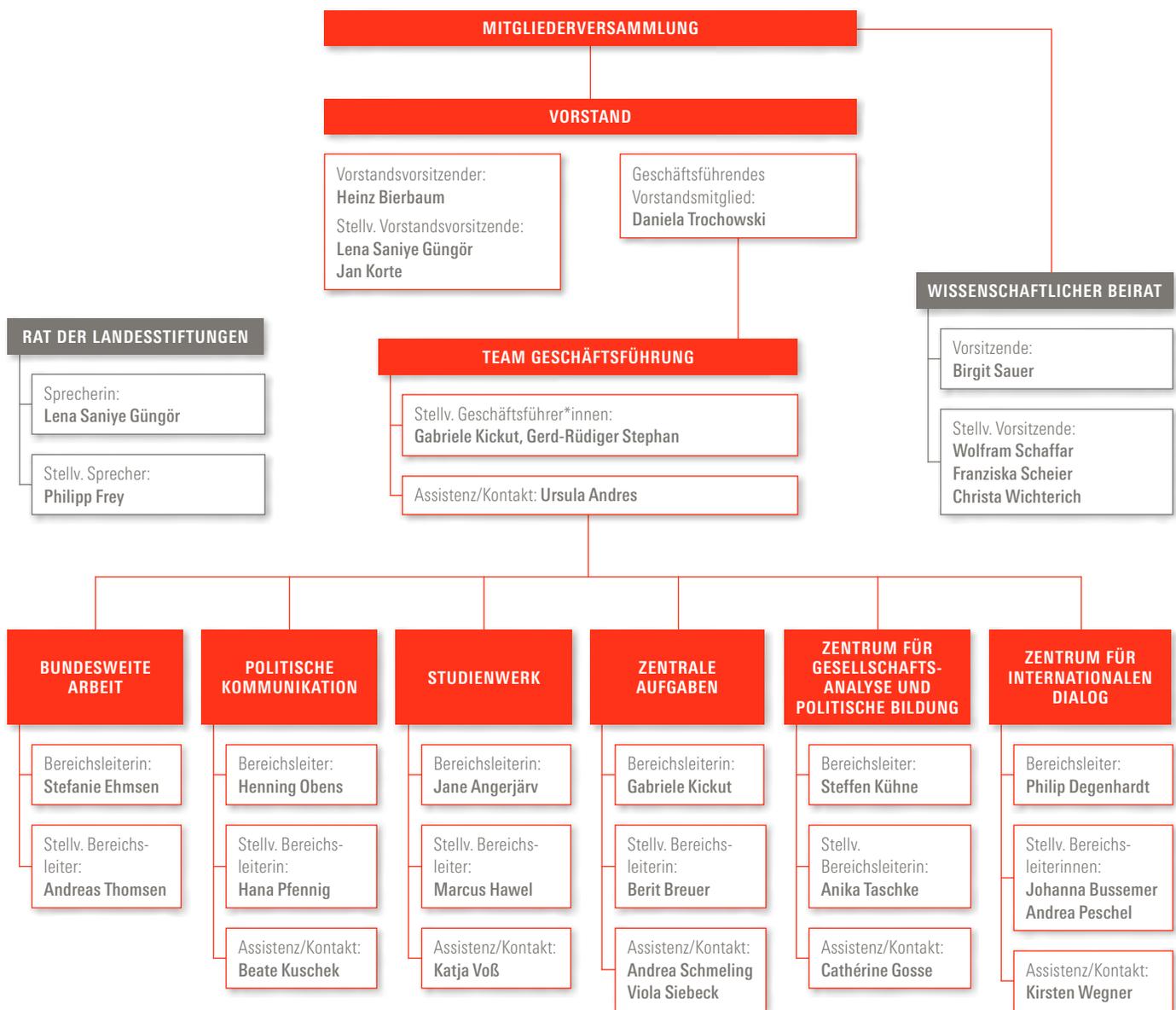
deshalb Aufgaben deutlich reduzieren, Arbeitsbereiche verschlanken oder sogar aufgeben und gleichzeitig dabei unsere Sichtbarkeit erhöhen! Das heißt, wir müssen uns viel stärker fokussieren und Prioritäten setzen, Parallelstrukturen in der Arbeit abbauen. Vor diesem Hintergrund ist etwa die Zusammenlegung dreier Bereiche zu einem – obwohl ursprünglich nicht als Sparmaßnahme gedacht – ein wichtiger Schritt. Ebenso wie zum Beispiel die Einrichtung einer zentralen Redaktion zur Stärkung unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Was denkst du, wo steht die Rosa-Luxemburg-Stiftung am Jahresende 2030?

Daniela Trochowski: Wir werden um einiges kleiner sein. Aber es bleibt bei dem, was ich vor dem Organisationsentwicklungsprozess gesagt habe: Wir haben ein klares Profil und sind von außen wahrnehmbar und erkennbar. Wir sind eine feste Säule in der linken Familie, in der linken Wissenschaft, in den Gewerkschaften sowie in progressiven zivilgesellschaftlichen Bündnissen, die sich gegen den Rechtsruck stellen.

ORGANIGRAMM DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Stand: Januar 2024



SCHWERPUNKT: FRIEDENSTÜCHTIG WERDEN!

DIE LOGIK DER GEWALT DURCHBRECHEN

Die 20er-Jahre haben es wirklich in sich. Im letzten Jahrhundert waren es noch die «goldenen», dieses Mal sind es echte Katastrophenjahre. Erst Corona, dann der Russland-Ukraine-Krieg. Am Ende eines jeden Jahres haben wir gedacht, was für ein Jahr, nun kann es eigentlich nur noch bergauf gehen. Und dann kam der 7. Oktober 2023, der Terrorangriff der Hamas auf Israel und damit ein neuer blutiger Krieg, eine nicht enden wollende Eskalation der Gewalt.

Das tägliche Sterben in Gaza und in der Ukraine ist uns sehr nahe. Auf unseren Bildschirmen fallen Bomben, explodieren Granaten und stürzen Häuser ein. Aber auch jenseits dieser beiden sehr präsenten Kriege eskaliert die Gewalt in vielen Regionen der Welt. Das Heidelberger Konfliktbarometer zählte im vergangenen Jahr 21 Kriege und 174 gewaltvolle Krisen. Gewalt scheint nur noch Gegengewalt zu kennen, der Raum für friedliche Konfliktlösungen schrumpft immer weiter, Pazifismus ist im herrschenden Diskurs zum Schimpfwort geworden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung versucht auf vielen Ebenen, diesen Raum offen zu halten, zu erweitern und neue Denkanstöße jenseits der Gewaltlogik zu geben. Der Vorstand der Stiftung hat das Thema Frieden zu einem besonderen Schwerpunkt der Arbeit gemacht, was sich 2023 in einer großen Vielfalt von Aktivitäten niedergeschlagen hat.

Im Zentrum stand erwartungsgemäß die Diskussion um die aus linker Perspektive richtigen Handlungsoptionen: beim Russland-Ukraine-Krieg der Streit um Waffenlieferungen, Sanktionen und Friedensverhandlungen, in Israel-Palästina die Frage nach dem Kontext, nach dem Verhältnis von Besatzung, illegalen Siedlungen, gescheitertem Friedensprozess, Hamas-Terror und Angriffen in Gaza. Über diese konkreten Konflikte hinaus hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung aber auch einige grundsätzliche Themen aufgegriffen, um sie systematisch und langfristig zu bearbeiten:

- Allen voran die Entwicklung Chinas und zu befürchtende Eskalationen in der Taiwan-Frage. Jegliche Konfrontation mit China wird immer unmittelbare Auswirkungen auf die wirtschaftliche, soziale und politische Lage in Deutschland haben, sowohl direkt, weil davon zum Beispiel Lieferwege und -ketten betroffen wären, als auch indirekt über den Einfluss Chinas in vielen Regionen der Welt.
- Die alte Forderung nach einem kooperativen Sicherheitssystem in Europa unter Einbeziehung Russlands mag theoretisch noch richtig sein, praktisch aber scheint sie aus der Zeit gefallen. Hier gilt es, aus den Erfahrungen der Entspannungspolitik im Kalten Krieg und den Erfolgen der OSZE in ihrer Anfangszeit zu lernen und Ideen



Demonstrantin der Bewegung «Peace Now» am Grenzübergang Erez im Norden des Gazastreifens, November 2007.

für ein neues kooperatives Sicherheitssystem zu entwickeln – von dem China und Indien ein Teil sein müssen. Damit verbunden ist auch die Frage nach der sogenannten strategischen Autonomie der Europäischen Union und dem Aufbau einer EU-Armee.

Die Gefahren und Chancen von Wirtschaftssanktionen: Gerade angesichts des Russland-Ukraine-Krieges hat die Diskussion um Sanktionen neuen Schwung bekommen, aber es gibt sehr unterschiedliche Ansätze dazu, wie Menschenrechte und Völkerrecht mit umfassenden Wirtschaftssanktionen in Einklang gebracht werden können.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verknüpft die Entwicklung neuer Konzepte eng mit ihrem Bildungsauftrag. Sie hat 2023 zahlreiche Diskussionsveranstaltungen zu den beiden Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten durchgeführt und einführende Hintergrundmaterialien, Broschüren sowie Multimedia-Präsentationen zum Thema Krieg und Frieden erstellt. Mit diesen und nicht zuletzt mit dem neuen Podcast «dis:arm – Friedensgespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung» hat sie Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und so zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit der einseitigen militärischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik unterstützt.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat auch eine wichtige Scharnierfunktion: So gibt sie zum Beispiel Stimmen aus Russland und der Ukraine sowie aus Israel und Palästina, die weiterhin auf Kooperation und Verständigung setzen und eher wenig Gehör in den aufgeheizten Auseinandersetzungen finden, einen Platz in der hiesigen Debatte. Sie unterstützt die wichtige Arbeit vieler Initiativen vor Ort materiell und ideell, indem sie etwa fundierte Analysen der gesellschaftlichen Entwicklungen in beiden Ländern in Zeiten des Krieges fördert.

Last but not least versucht die Stiftung auch einen Beitrag gegen das Gefühl der Ohnmacht zu leisten. Für eine friedlichere Zukunft in Deutschland und in der Welt muss Abrüstung heute ganz neu gedacht werden. Viele alte Abrüstungsabkommen werden aufgekündigt. Zudem droht eine unaufhaltbare Rüstungsspirale, denn Deutschland steht mit seinem 100-Milliarden-Euro-Rüstungspaket nicht allein da, weltweit steigen die Verteidigungsausgaben massiv. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Ideen für neue Abrüstungsinitiativen von unten zu entwickeln.

Eine Idee geistert schon seit Jahrzehnten durch die internationalen Debatten, ohne jemals wirklich aufgegriffen worden zu sein. Sie lässt sich auf die einfache Formel «Zehn Prozent für alle» herunterbrechen: Wenn alle Länder gleichzeitig ihren Mi-



Im Flüchtlingslager Jabalia im nördlichen Gazastreifen, November 2023.

litäretat um zehn Prozent kürzen würden, bliebe die relative Sicherheit für jedes einzelne Land gleich. Am Gleichgewicht der Kräfte würde sich nichts ändern. Dies ist ein Vorschlag, der sogar mit dem vorherrschenden Sicherheitsverständnis kompatibel wäre, denn entweder machen alle mit oder keiner. Laut dem renommierten Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI wurden weltweit im Jahre 2022 über 2,24 Billionen US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben. Schon eine einmalige Reduzierung um zehn Prozent würde allen Staaten sehr viel Geld für die Bekämpfung der Klimakrise sowie von Hunger und Armut in die Kassen spülen. Zehn Prozent für alle – das heißt zehn Prozent weniger für Rüstungsausgaben für alle Länder und zehn Prozent mehr Geld für alle Menschen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat rund um diese Grundidee eine Reihe von Materialien erarbeitet und Diskussionsforen organisiert, um sie mit Daten, Fakten und Ideen zu unterlegen. Im Folgenden werden exemplarisch einige der Projekte, Ideen, Initiativen und Ergebnisse aus dem Friedensschwerpunkt der Stiftung im Jahr 2023 vorgestellt.

NAHOST: FÜR EINE GERECHTE UND DAUERHAFT FRIEDENSLÖSUNG

Die erneute Eskalation der Gewalt in Israel und Palästina ist Ausdruck des politischen Versagens bei der Suche nach einer gerechten und dauerhaften Friedenslösung für den seit Jahrzehnten anhaltenden Konflikt. Dieses politische Versagen ist auch ein Versagen der internationalen Gemeinschaft. Nach dem brutalen Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 auf israelische Zivilist*innen und der Verschleppung von über 200 Geiseln in den Gazastreifen verhängte die israelische Regierung den Kriegszustand und eine vollständige Blockade des Gebiets. Seitdem leidet die dortige Bevölkerung unter den unerbittlichen Bombardierungen und Bodenoperationen der israelischen Armee, die offiziell der Zerschlagung der Hamas dienen sollen. Zigtausende Palästinenser*innen sind seitdem getötet und fast zwei Millionen Menschen vertrieben worden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat diese Ereignisse, die immenses menschliches Leid auf beiden Seiten der Grenzen

hervorgebracht haben und gegen humanitäres Völkerrecht verstoßen, zum Anlass genommen, sich mit möglichen Auswegen aus der Gewaltspirale und politischen Sackgasse zu beschäftigen.

Am 19. Oktober lud sie als erste politische Stiftung in Deutschland zu einer öffentlichen Diskussion anlässlich der aktuellen Lage ein. Dabei sprachen Karin Gerster, Leiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah, und Gil Shohat, der seit März 2023 das Stiftungsbüro in Tel Aviv leitet, über die Bedeutung einer kontextualisierenden Analyse der Entwicklungen, ohne dabei die Solidarität mit allen Opfern der Gewalt aus den Augen zu verlieren. Am 6. Dezember 2023 folgten 300 Personen in Berlin einer Einladung der Stiftung zu einem Gespräch mit der jüdisch-palästinensischen Graswurzelorganisation Standing Together über praktische Solidarität in Zeiten des Krieges.

Weiterhin bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihrem Online-Dossier «Gegen die Logik der Gewalt» (auf Deutsch und Englisch) vielfältige Informationen und Einschätzungen zur gegenwärtigen Lage in Israel, in Gaza, im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem sowie zu den regionalen Auswirkungen des eskalierten Konflikts. Wir geben unterschiedlichen, manchmal auch widersprüchlichen Perspektiven Raum und sehen als Einrichtung der politischen Bildungsarbeit eine unserer zentralen Aufgaben darin, bei der politischen Analyse der Situation auf die komplexen historischen Zusammenhänge und Machtverhältnisse im Nahen Osten hinzuweisen.

Gemeinsam mit unseren Kolleg*innen in den Büros in Tel Aviv und Ramallah sowie mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen setzen wir uns seit Jahren für eine politische Lösung des Konflikts ein. Die Menschen auf beiden Seiten der Absperrungen und Checkpoints brauchen Frieden, soziale Gerechtigkeit, volle demokratische Teilhaberechte und ein solidarisches Miteinander. Dafür sind ein sofortiger Waffenstillstand und eine Freilassung der Geiseln genauso notwendig wie ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Israels und des Siedlungsbaus im Westjordanland sowie die Stärkung einer säkularen und demokratischen Zivilgesellschaft.

UKRAINE/RUSSLAND: LINKE IN ZEITEN DES KRIEGES

Die Arbeit mit linken Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen aus der Ukraine und Russland stand auch 2023 ganz unter dem Eindruck des Krieges. Das Büro in Kyjiw setzte seine Arbeit mit seinen Partnerorganisationen fort, sowohl in der Ukraine selbst als auch dort, wohin deren Mitarbeiter*innen geflüchtet sind. Aus Sicherheitsgründen haben auch einige Kolleg*innen aus dem Stiftungsbüro in Kyjiw die Ukraine verlassen müssen, was von allen große Anstrengungen und Flexibilität verlangt.

Auch in Kriegszeiten stand die Frage der sozialen Gerechtigkeit im Zentrum der Projektarbeit. Aufgrund des großen Infor-

mationsbedarfs der globalen Linken hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine haben wir als Stiftung die Übersetzung von Texten unserer Partner*innen oder die Erstellung von Podcasts auf Englisch gefördert. Lag der Fokus zunächst auf einem Austausch mit der Linken im Westen, entstand 2023 auf Initiative des Medienportals Spilne der «Dialog der Peripherien», der unter anderem zu einer Online-Konferenz im November 2023 und einer Artikelreihe in der Zeitschrift *Commons* führte. Es wurden verschiedene Treffen zwischen ukrainischen und deutschen Linken organisiert, neben Veranstaltungen in Berlin auch eine Delegationsreise in die Ukraine im September 2023. Auch in Kriegszeiten ist es uns wichtig, die Erinnerung an die deutschen Verbrechen in der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs wachzuhalten. Zusammen mit der Organisation After Silence organisierte die Stiftung eine Ausstellung über ukrainische Zwangsarbeiter*innen, die Anfang 2024 in Gelsenkirchen und Furtwangen zu sehen war.

Die Arbeit mit linken Akteur*innen aus Russland war 2023 ungleich herausfordernder, weil die russischen Behörden unser Stiftungsbüro in Moskau geschlossen haben und Oppositionelle dort mit harschen Repressionen rechnen müssen. Ein wichtiges Projekt im zurückliegenden Jahr war der Austausch zu Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Dialogs in Konfliktsituationen. Leider musste der Plan, mit dem Aufbau eines neuen Stiftungsbüros in Wien die Dialogarbeit in Osteuropa langfristig zu stärken, aus finanziellen Gründen aufgegeben werden. Zukünftig soll das Büro in Prag diese Aufgabe übernehmen.

.....
 Zum Dialog der Peripherien siehe <https://commons.com.ua/en/dialogues-peripheries/>

Ukrainisches Dorf, 2023.





Anti-Kriegs-Protest in Sankt Petersburg, 27. Februar 2022.

BILDUNGSFORMATE ZUM THEMA RUSSLAND-UKRAINE-KRIEG

Die Debatte um den Russland-Ukraine-Krieg verlief in der Linken von Beginn an recht kontrovers. So bestand auch 2023 großer Bedarf an einfach zugänglichen Informationen und Analysen sowie «geschützten Räumen» mit einer respektvollen Diskussionskultur und guten Moderation. Die 16 Landesstiftungen haben in diesem Jahr mit ihren rund 200 Veranstaltungen zum Thema Friedenspolitik wieder einen wichtigen Beitrag zum Bildungsauftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung geleistet. Diskussionen im Stiftungsverbund bestätigen, dass oft das Format entscheidend für die Qualität der Diskussion ist. Es besteht ein starker Wunsch nach einfachen und reproduzierbaren Formaten, die auf Pluralität, Vermittlung, Grundlagenbildung und eine Entschärfung der Debatte abzielen. Im Zuge dessen entstand ein Argumente-Heft zum Thema Frieden, das sich elf Mythen über Krieg und Frieden vornimmt und gegen die Notwendigkeit von Aufrüstung, Abschreckung und Konfrontation argumentiert. Das ebenfalls 2023 erstellte Bildungsvideo «Kriegstüchtig oder friedensfähig?» greift Kontroversen in der Linken zum Thema auf, erläutert komplizierte Begriffe und nimmt Institutionen wie die NATO, die Vereinten Nationen, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die EU unter die Lupe.

KOOPERATIVE SICHERHEIT

Zum 50. Jahrestag des Beginns der Verhandlungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 3. Juli 1973 organisierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Tagung in Berlin, um der Frage nachzugehen, wie angesichts der russischen Aggression in der Ukraine und der vielen Kriegsverbrechen eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa aussehen könnte.

Ausgangspunkt war eine Analyse der Geschichte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die zumindest in den ersten Jahrzehnten eine echte Erfolgsgeschichte war. Trotz des extremen Systemgegensatzes zwischen Ost und West und einer tiefen Spaltung Europas gelang ein Entspannungsprozess, der sicherlich auch dazu beitrug, dass der Kalte Krieg nicht in einem heißen endete.

Die geladenen Referent*innen versuchten, Lehren aus der Geschichte der OSZE auf die heutige Sicherheitslage in Europa zu übertragen. Ausgangspunkt der Debatte war die Gewissheit, dass Russland auch in 50 Jahren noch unser Nachbar sein wird und die heutigen Weichenstellungen darüber entscheiden werden, ob wir langfristig in einer Konfrontation verharren oder wieder ein kooperatives Sicherheitssystem aufbauen können. Nadja Douglas vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin brachte die Aufgabe auf den Punkt: Wir müssen vorbereitet sein für die Zeit nach dem Krieg, wenn es wieder Dialog geben kann. Dafür braucht es schon heute Ideen.

35 Staaten Europas und Nordamerikas unterzeichnen die Schlussakte der KSZE, Helsinki 1975.





Quo vadis Europa?



Friedensdemonstration, 3. Juli 2022 in Berlin.

ZUR NOTWENDIGKEIT EINER GRÖßEREN «EUROPÄISCHEN UNABHÄNGIGKEIT»

Im Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik und am ehemaligen Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung wurde 2023 unter anderem über die Frage diskutiert, ob zwischen den USA und den EU-Staaten und ihren jeweiligen Machtblöcken in der Ukraine eine Interessen(teil)kongruenz oder eher ein Interessengegensatz besteht. Der deutsch-französische Widerstand gegen den Vorstoß der USA, die Ukraine 2008 in die NATO aufzunehmen, deutet auf Differenzen hin. Es war immer im Interesse der USA, einen Konflikt zwischen Russland und Europa zu schüren, um damit deren Vormachtstellung in Europa aufrechtzuerhalten, den Stellenwert der NATO zu heben und eine transatlantische Arbeitsteilung gegen China herbeizuführen. Zwischen den USA und der EU bestehen also, so etwa die Einschätzung in «Die neue Blockkonfrontation: Hochtechnologie. (De-)Globalisierung. Geopolitik» (ISW Report 133/134) des Referenten für Friedens- und Sicherheitspolitik Ingar Solyt und anderer Analysen aus dem Umfeld des entsprechenden Gesprächskreises (z.B. von Detlef Bimboes, Jochen Scholz und Peter Wahl) durchaus Interessendivergenzen, die eine unabhängige europäische Politik dringend erforderlich machen. Die von Deutschland und der EU angestrebte Elektrifizierung der Wirtschaft ist erstens in Gänze von einem kooperativen Verhältnis zu China abhängig, insofern von den Rohstoffen bis hin zu den Speichermedien die hierfür benötigten Technologien von dort stammen. Zweitens kann sich das exportorientierte Wirtschaftsmodell Deutschlands nicht einfach vom chinesischen Binnenmarkt abkoppeln. Drittens würde eine Eskalation des Ukraine-Kriegs auf europäischem Boden stattfinden. Viertens sind die unteren Klassen hier und nicht in den USA die Leidtragenden weiterer Folgewirkungen wie Inflation oder der drohenden Verteilungskonflikte und Staatszerfallsprozesse in Afrika.

Der herrschende Diskurs zur Notwendigkeit einer «strategischen Autonomie Europas» lässt sich indes nicht einfach von links umcodieren, weil dieser ausschließlich auf Aufrüstung gemünzt ist. In diesem Sinne wäre es sinnvoller, so die Position des Gesprächskreises «Friedens- und Sicherheitspolitik», eine europäische Unabhängigkeit anzustreben.

SIND SANKTIONEN VÖLKERRECHTSWIDRIG?

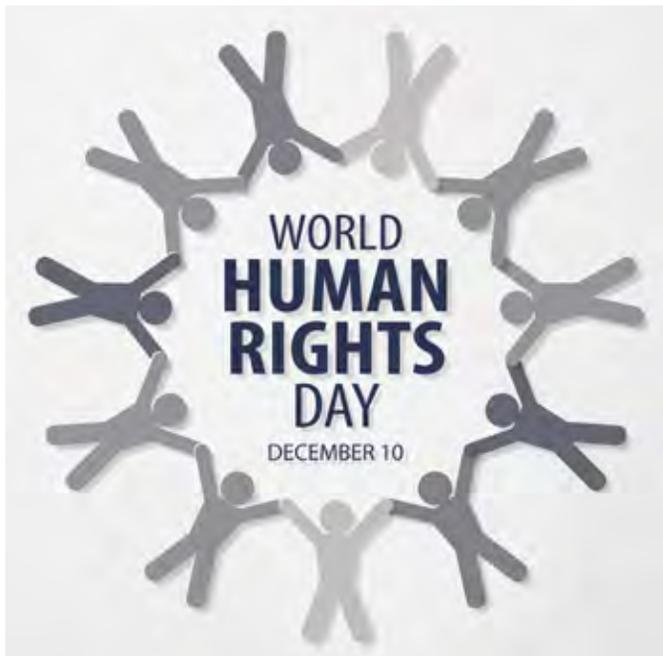
In Deutschland werden angesichts des Russland-Ukraine-Kriegs Sinn und Unsinn von Wirtschaftssanktionen sehr kontrovers diskutiert. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich 2023 mit verschiedenen Beiträgen inhaltlich in diese Debatte eingemischt. Eine gängige Behauptung ist, dass alle Sanktionen, die nicht vom UN-Sicherheitsrat beschlossen wurden, per se völkerrechtswidrig seien. Zu dieser Frage hat das Stiftungsbüro in New York eine juristische Studie in Auftrag gegeben. Die Autorin Hannah Kiel seziert hier die verschiedenen Argumente und kommt zu dem Schluss, dass in einigen Extremfällen eine klare juristische Bewertung möglich ist: So verstoßen die allumfassenden Sanktionen der USA gegen Kuba zweifelsohne gegen das Völkerrecht, während einige Strafmaßnahmen auf jeden Fall erlaubt sind, auch wenn sie unilateral verhängt werden. Dazwischen tut sich allerdings ein großer Graubereich auf, wobei im Einzelfall geprüft werden muss, ob völkerrechtliche Normen verletzt werden und welche Ausnahmeregelungen möglicherweise greifen.

.....
 Die Studie ist hier abrufbar: <https://rosalux.nyc/de/internationalen-sanktionen/>

75 JAHRE UN-MENSCHENRECHTSERKLÄRUNG

Am 10. Dezember 2023 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 75 Jahre alt. Sie ist ein wegweisendes historisches Dokument. In ihr wurden zum ersten Mal die grundlegenden, weltweit zu schützenden Menschenrechte festgeschrieben. Mit ihrer Verabschiedung wurde anerkannt, dass diese die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden sind. Um an die Bedeutung der Erklärung zu erinnern, haben unsere Stiftungsbüros in New York und Genf gemeinsam ihre Aktivitäten (Artikel, Videos, eine 24-stündige Diskussionsveranstaltung und Podcasts) zum Thema präsentiert. Als eine Organisation, die sich für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität einsetzt, erkennt die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre zentrale Rolle bei der Wahrung dieser Werte an. Das gilt auch für unsere Partner, mit denen wir gemeinsam der Auffassung sind, dass es bei den Menschenrechten nicht nur um Gesetze und Vorschriften geht, sondern um unser tägliches Leben und unsere gemeinsame Menschlichkeit. Die Erklärung legte den Grundstein für die Rechte und Freiheiten, auf die heute jede und jeder Anspruch hat. Seit 1948 haben viele Generationen in vielen Institutionen dazu beigetragen, das Konzept der Menschenrechte weiterzuentwickeln, und wir haben sie zu Wort kommen lassen. Die Erklärung ist ein Eckpfeiler der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung und ein Leuchtfeuer der Hoffnung für Menschen auf der ganzen Welt, das verteidigt werden muss, insbesondere jetzt, in Zeiten zunehmender Angriffe auf demokratische und rechtsstaatliche Errungenschaften.

Seit 1950 wird am 10. Dezember der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gedacht.



PUBLIKATIONEN ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

Im Berichtszeitraum erschienen unter anderem folgende Publikationen zum Schwerpunktthema Frieden und Sicherheit:

Judith Delheim

DIE HERSTELLUNG DER «ZEITENWENDE»
ZUR GESELLSCHAFTLICHEN ROLLE DES BUNDES-
VERBANDES DER DEUTSCHEN INDUSTRIE (BDI)
Online-Studie 10/2023, 42 Seiten, ISSN 2749-3156

Isa Homann

EIN LUKRATIVER WAFFENMARKT
DAS ÄGYPTISCHE AUFRÜSTUNGSPROGRAMM
UND SEINE FOLGEN
Online-Publikation, 11 Seiten, ISSN 2567-1235

Felix Jaitner

**GESCHEITERTE MODERNISIERUNG
UND IMPERIALES PROJEKT**
DIE RUSSISCHE AUSSENPOLITIK IM SPIEGEL ÖKONO-
MISCHER UND SICHERHEITSPOLITISCHER INTERESSEN
Online-Publikation, 25 Seiten, ISSN 2567-1235



Dieter Klein

**GEMEINSAME SICHERHEIT -
TROTZ ALLEDAM!**
ÜBERLEGUNGEN FÜR
ZEITGEMÄSSE LINKE STRATEGIEN
Rosa-Luxemburg-Stiftung/
VSA: Verlag, 240 Seiten,
ISBN 978-3-96488-213-4

Paul Stockdreher

**STUDIEN ZUR DEMOKRATISIERUNG DER VER-
EINTEIEN NATIONEN AUS LINKER PERSPEKTIVE**
Online-Publikation, 25 Seiten

Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)

LUXEMBURG 2/2023: ZEIT DER MONSTER
Zeitschrift «Luxemburg» schaut auf die Bedrohungen
unserer Zeit
Broschur, 144 Seiten, ISSN 1869-0424

VON DER STIFTUNG GEFÖRDERTE PUBLIKATION:

apabiz e. V.

**DER UKRAINE-KRIEG
IN DER RECHTEN PUBLIZISTIK**
Online-Publikation, 8 Seiten, Juli 2023

ZENTRUM FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE UND POLITISCHE BILDUNG

AUS DREI MACH EINS

DAS NEUE ZENTRUM FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE
UND POLITISCHE BILDUNG

Ein Ergebnis des dreijährigen Organisationsentwicklungsprozesses der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die Bildung eines neuen Bereiches. Im neuen Zentrum für Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (ZAB) arbeiten seit dem 1. Dezember 2023 die bisherige Akademie für politische Bildung, das Institut für Gesellschaftsanalyse und das Historische Zentrum zusammen. Neuer Bereichsleiter ist Steffen Kühne. Ein Gespräch über Chancen und Herausforderungen.

Die neue Struktur bringt linken Thinktank und politische Bildung unter einem Dach zusammen. Welche Vorteile hat das?

Steffen Kühne: Ich sehe mehrere Vorteile. Kolleg*innen, die an ähnlichen Themen arbeiten, sind zusammengerückt und arbeiten jetzt kooperativer entlang der Profilierungslinien der Stiftung. Mindestens ebenso wichtig finde ich, dass theoretische Analysearbeit und praktische niedrigschwellige Vermittlung jetzt noch stärker gemeinsam gedacht werden.

Wie werden Geschichte und Kultur integriert?

Steffen Kühne: Wir haben festgestellt, dass die historische Perspektive die aktuelle inhaltliche Arbeit unterstützen und den Blick weiten kann. Diese Funktion wollen wir künftig stärker nutzen, etwa in unserem Schwerpunkt «Kampf gegen rechts». Aber auch die «Zeitdiagnose» ist ohne Blick in die Geschichte nicht möglich. Ganz konkret: 2024 wird das Grundgesetz 75 Jahre alt. Wenn die Regierung heute das Asylrecht verschärft, braucht es hörbare Stimmen, die daran erinnern, wieso der Artikel 16 dort einmal aufgenommen wurde. Die Forschung zu unserer Namensgeberin Rosa Luxemburg setzen wir natürlich fort. Kultur gehört zur politischen Bildung und muss in Zukunft eine größere Rolle spielen. Über Literatur, Musik, bildende Kunst oder auch Architektur erreichen wir ganz andere Zielgruppen. Unser Anspruch ist, diese Dimension stärker mitzudenken.

Es gibt nun vier Teams, die die thematischen Schwerpunkte der Stiftung widerspiegeln ...

Steffen Kühne: Als die Fusion der Bereiche absehbar war, haben Kolleg*innen eigeninitiativ bereichsübergreifende Teams entlang der Schwerpunktthemen gebildet und erste Treffen durchgeführt. Auch um zu prüfen, welche Synergien möglich und sinnvoll sind. Dort, wo vorher Kolleg*innen teilweise nebeneinander an ähnlichen Themen gearbeitet haben, stel-



Steffen Kühne.

len wir jetzt das kooperative Arbeiten in den Vordergrund. Die Teams entwickeln ihre Arbeitsweise selbst, sie werden von uns nicht in ein Korsett gezwängt. Wir werden neue Schnittstellen schaffen, etwa zum ehrenamtlichen Umfeld, zu den Landesstiftungen oder auch zur Auslandsarbeit.

Wie geht es weiter?

Steffen Kühne: Der Organisationsentwicklungsprozess hat viele Kräfte gebunden und für viel Unruhe gesorgt. Die gesellschaftliche Linke befindet sich in einer Krise. Wir müssen schnell wieder handlungsfähig werden. Die neuen Strukturen werden sich daran messen lassen müssen, wie viele Menschen wir erreichen, wie es uns gelingt, in die Öffentlichkeit zu wirken. Unsere vier Teams bilden die Schwerpunktthemen der Stiftung und die Bildung für die politische Praxis als eigenes Cluster ab. Wir wollen neue Arbeitsweisen erproben und dabei übergreifender planen. Gleichzeitig wollen wir schneller auf aktuelle Herausforderungen reagieren und noch näher am Puls gesellschaftlicher Debatten sein.

Auch dein Bereich muss mit finanziellen Kürzungen umgehen ...

Steffen Kühne: Ein Ergebnis des Organisationsentwicklungsprozesses ist die Forderung nach einer stärkeren Profilierung der Stiftung. Die veränderten finanziellen Rahmenbedingungen kommen nun hinzu. Wir werden uns stärker auf unsere Kernthemen konzentrieren. Das heißt nicht, dass ich den intern zuweilen geäußerten Vorwurf teile, die Stiftung sei ein «Gemischtwarenladen» gewesen. Wir haben viele wichtige Fragen bearbeitet. Die Erwartungen der gesellschaftlichen Linken an uns sind hoch. Ja, wir werden nicht an jedem Thema weiterarbeiten können und müssen Kooperationen reduzieren. Aber der Mehrwert für die Gesellschaft darf nicht geringer werden.

Welche Herausforderungen siehst du für das Jahr 2024?

Steffen Kühne: Nicht nur in Deutschland, auch international ist die gesellschaftliche Linke, sind linke Parteien in einer dra-

matischen Situation. In einer Zeit, in der kriegerische Auseinandersetzungen zunehmen und sich soziale und ökologische Krisen verschärfen, müssen wir Lösungsansätze anbieten, die an die Wurzeln der Probleme gehen. Die herrschende Politik fährt auf Sicht. Die Linke aber leider häufig ebenso. Wir müssen die aktuellen Debatten vorantreiben, Antworten auf die Fragen der Zeit geben und gesellschaftliche Alternativen entwickeln. Wir dürfen uns dabei nicht in Verteidigungskämpfen verlieren. Wir wollen die Menschen befähigen, sich selbst für gesellschaftliche Veränderungen einzusetzen. Ich nenne gern das Beispiel «Mieten und Wohnen». Hier ist es uns nicht nur gelungen, Expertise aufzubauen, sondern auch, uns in Netzwerken und Initiativen zu verankern und mit unseren Studien mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erreichen. Und was die neue Struktur betrifft: Im besten Fall ist sie mehr als die Summe der drei Teile!

VERGESELLSCHAFTUNG SENKT DIE MIETE

STUDIE ZU DEN SOZIALEN AUSWIRKUNGEN
DER VERGESELLSCHAFTUNG VON WOHNRAUM

Die Wohnungssituation in Deutschland verschlechtert sich kontinuierlich. Während die Neubauzahlen einbrechen und die Zahl der vorhandenen Sozialwohnungen auf immer neue Tiefstände sinkt, erreichen die Mietsteigerungen Rekordhöhen. Trauriger Spitzenreiter war auch im Jahr 2023 Berlin mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Angebotsmieten um mehr als 9 Prozent.

Kein Instrument scheint gegen die spekulative Preisspirale auf den Wohnungsmärkten zu wirken. Trotzdem lässt der Berliner Senat das schärfste Schwert weiterhin im Schrank. Seit zweieinhalb Jahren verschleppt er die Umsetzung des mit deutlicher Mehrheit beschlossenen Volksentscheids



Matthias Bernt/Andrej Holm
**VERGESELLSCHAFTUNG
SENKT DIE MIETE**
KURZSTUDIE ZU DEN
SOZIALEN EFFEKTEN EINER
MÖGLICHEN VERGESELL-
SCHAFTUNG VON
WOHNUNGEN IN BERLIN
Online-Studie 1/2023
ISSN 2749-3156



Am Rande einer Demonstration gegen hohe Mieten und Verdrängung, Berlin, 11. September 2021.

zur Vergesellschaftung von Wohnungen großer privater Wohnungsunternehmen. Ähnlich agiert der Hamburger Senat, der die Volksinitiative «Hamburg enteignet» gerade vor den Landesverfassungsgerichtshof zerrt und damit vor allem auf Zeit spielt. Dabei gab die hochkarätig besetzte Expert*innenkommission des Berliner Senats jüngst grundsätzlich grünes Licht: «Eine Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände ist rechtlich möglich, auch unterhalb des Verkehrswerts», zitierte die Rechtsanwältin Franziska Drohsel in einer Stiftungspublikation die Kommission.

Aber was kann Vergesellschaftung überhaupt an der katastrophalen Mietsituation ändern? In ihrer Kurzstudie haben Matthias Bernt und Andrej Holm die sozialen Auswirkungen einer Vergesellschaftung der sechs größten in Berlin vertretenen Wohnungskonzerne untersucht. Würden deren rund 220.000 Wohnungen nach Maßstäben der städtischen Wohnungsgesellschaften bewirtschaftet, hätte das klare Vorteile für die Mieter*innen: erstens eine Mietsenkung von durchschnittlich 16 Prozent monatlich; zweitens würden jährlich zusätzlich 4.600 Wohnungen für Sozialmieter*innen bereitstehen – etwa so viele, wie der Senat in diesem Jahr schaffen will. Und drittens würde die Vergesellschaftung besonders in solchen Vierteln bezahlbare Wohnungen erhalten und schaffen, in denen

Mieter*innen mit geringem Einkommen stark von Verdrängung betroffen sind, und damit der sozialräumlichen Spaltung entgegenwirken.

Angesichts der Tatenlosigkeit des Senats hat die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen (DWE) nun angekündigt, einen neuen Volksentscheid herbeizuführen, dieses Mal mit einem eigenen Gesetzentwurf, der dann unmittelbar in Kraft treten würde. Gleichzeitig wachsen bundesweit die Proteste gegen finanzmarktorientierte Wohnungskonzerne an, wobei insbesondere die hohen Nachforderungen bei den Heiz- und Warmwasserkosten in der Kritik stehen. Mit einer bundesweiten Vortragsreise unterstützen wir die Mieter*innen in ihrem Protest. Den Abschluss bildet eine bundesweite Konferenz im März 2024 im Haus der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

.....
 Siehe auch unter: www.rosalux.de/publikation/id/51043/weg-frei-fuer-die-vergesellschaftung; www.rosalux.de/news/id/51039/vonovia-co-kritik-krise-und-gegenstrategien und www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/YZ911

«GEMEINSAM ANTWORTEN AUF DIE GROSSEN FRAGEN DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT FINDEN»

Interview mit Christoph Trautvetter, wissenschaftlicher Referent beim Netzwerk Steuergerechtigkeit, zu seinen vielfältigen Recherchetätigkeiten für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Eigentümerstrukturen

Du leitest seit 2018 zusammen mit Stefan Thimmel das Stiftungsprojekt «Wem gehört die Stadt?». Worum geht es dabei?

Christoph Trautvetter: Es gibt einen riesigen Informationsbedarf hinsichtlich der stark finanzierten Wohnungsmärkte. Wir wollen Recherche und Bildungsarbeit zu einem für viele Menschen relevanten Thema wie Wohnen verbinden und am Beispiel von Eigentümerstrukturen (Wem gehören eigentlich die Häuser?) wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge erläutern. Das Anliegen ist, durch systematische Analysen von konkreten Fallbeispielen die Lücke zwischen Wissenschaft auf der einen und Presse, Öffentlichkeit und Politik auf der anderen Seite zu überbrücken und dabei gemeinsam Antworten auf die großen Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu finden.

Zu Beginn lag der Schwerpunkt eurer Recherchen zum Mietimmobilienmarkt auf Berlin. Anfang 2023 ist Teil 2 der Studienreihe «Wem gehört die Stadt?» erschienen.

Christoph Trautvetter: In Teil 2 schauen wir uns neben Berlin auch Leipzig, Erfurt, Frankfurt am Main, München, Hamburg und Düsseldorf an. Das zentrale Ergebnis ist: Auch hier sind die großen Privateigentümer die größte oder zweitgrößte, aber die am wenigsten sichtbarste Gruppe. Die Erkenntnisse sollten auch hier lokalen Mieterinitiativen und linker Kommunalpolitik als Grundlage für ihre Arbeit dienen. Das hat in einigen Städten wie Hamburg, Leipzig oder Frankfurt am Main ganz gut geklappt. Unsere Methoden und Ergebnisse wurden zudem in Workshops und für gemeinsame Recherchen etwa in Aachen, Lüneburg, Saarbrücken und Stuttgart genutzt.

2023 hast du die fortschreitende Privatisierung in zwei weiteren wichtigen Bereichen der sozialen Infrastruktur – Krankenhauswesen und Pflege – untersucht, am Beispiel des Konzerns Asklepios und der stationären Altenpflege im Land Bremen. Brauchen wir noch mehr empirisches Wissen über die Geschäftsmodelle profitorientierter Unternehmen und deren Auswirkungen?

Christoph Trautvetter: Soziologen wie Steffen Mau bescheiden der öffentlichen Debatte über soziale Gerechtigkeit, sie sei weitgehend demobilisiert. Das heißt, wir diskutieren zu wenig über die Konzentration von großen Vermögen und die Steuerprivilegien der Superreichen, die dazu beitragen. Reichtum bleibt viel zu abstrakt und falsche Versprechungen, etwa dass Reichtum Arbeitsplätze schafft und letztlich allen zugutekommt, halten sich hartnäckig. Linke Politik sollte sich aus



Christoph Trautvetter.

meiner Sicht wieder viel stärker mit der Wirtschaftspolitik und der Verteilungsfrage beschäftigen. Dafür braucht es konkrete Beispiele, die Strukturen verständlich machen. Wir haben nur sehr wenige statistische Daten über die Superreichen, aber in den Geschäftsberichten ihrer Unternehmen einen großen Schatz an Informationen über ihre Aktivitäten. Das gilt für die Immobilienmilliardäre genauso wie für die Eigentümer von Krankenhäusern oder Pflegeheimen.

Sind Vergesellschaftung und demokratische Planung Themen, mit denen sich die gesellschaftliche Linke, aber auch die Partei und die Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Wohnungsfrage hinaus in Zukunft stärker profilieren könnten?

Christoph Trautvetter: Vergesellschaftung und Demokratisierung vor allem bei Unternehmen der Daseinsvorsorge auf kommunaler und regionaler Ebene machen Fragen von Verteilung, sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftspolitik greifbar. Deswegen sind sie ein wichtiges Feld für linke Politik. Dabei könnte man auf gute Projekte der Stiftung aufbauen. Aber Vergesellschaftung ist kein Wundermittel und auch nicht das einzige Werkzeug. Sie macht erst Sinn, wenn der Preis stimmt. Mit der Vergesellschaftung ist das Problem der Demokratisierung noch lange nicht gelöst. Und in vielen Fällen und Bereichen ist gerechte Besteuerung eine gute Alternative.

Was könnte die Rosa-Luxemburg-Stiftung tun, um die Reichweite der von ihr in Auftrag gegebenen Untersuchungen zu vergrößern?

Christoph Trautvetter: Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland hat das Gefühl, dass wirtschaftliche Gewinne nicht gerecht verteilt werden. Der potenzielle Resonanzboden für Analysen, die die Geschäftspraktiken großer Konzerne und die Vermögen der Superreichen greifbar machen, ist deswegen groß. Um auch Menschen jenseits des gewohnten Publikums zu erreichen, sollte die Stiftung ihre Untersuchungen noch stärker mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit begleiten.

WÄRMEWENDE

Die Strom- und Heizkostenexplosion im letzten Jahr infolge des Ukraine-Kriegs beschäftigte uns insbesondere Anfang 2023. So ging es um Aufklärung über die komplexen Zusammenhänge zwischen Krieg, Märkten und Preisen sowie Gewinnen. Beispielsweise kamen Teile der Preisschübe infolge der Gasknappheit im Jahr 2022 erst im Folgejahr im Endkundenbereich für Gas und Wärme an. Gleiches galt für die Strompreise, deren Verknüpfung mit den Gaspreisen viele Menschen überraschte. Fachbegriffe wie Merit Order oder Strommarktdesign waren plötzlich in aller Munde, wir erklärten auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung Inhalt und Reformbedarf.

Die kritische Analyse umfasste auch jene Milliarden an leistungslosen Übergewinnen, die auf den turbulenten Energiemärkten von den dort agierenden Unternehmen erzielt wurden. Die Bundesregierung hat diese Sonderprofite kaum abgeschöpft, ihre Reaktion kam zu spät und war zu schwach. Immerhin reagierte sie mittels Energiepreisschneidern und Zuschüssen für Verbraucher*innen auf die Preisrallye. Das geschah in einem relevanten, jedoch nicht ausreichenden Ausmaß. Zudem wurde die Unterstützung nicht gut verteilt: Die «Methode Gießkanne» bevorteilte Haushalte mit hohem Energieverbrauch.

Schutz zumindest vor importierten Energiepreisschüben bietet im Wärmebereich die Umstellung auf regenerative Heizungen sowie Klimasanierungen von Gebäuden. Doch kaum eine

Rechtsänderung löste in der Bundesrepublik gesellschaftlich solch ein Erdbeben aus wie das im letzten Jahr beschlossene Heizungsrecht. Erstens steckten im ersten Entwurf der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) handwerkliche Fehler. Zweitens wurde seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz die sozialpolitische Dimension des Vorhabens vollkommen unterschätzt. Und drittens gehört das neue Heizungsrecht zu jenen rechtlichen Regelungen, die für viele Menschen – zumindest gefühlt – deutlich unmittelbarer in das Alltagsleben eingreifen als etwa die in der Stromrechnung versteckte (und inzwischen abgeschaffte) EEG-Umlage. Auch das führte zu Abwehrreaktionen.

Gleichwohl war die Konzentration des GEG auf die hocheffiziente Wärmepumpe und grüne Fernwärme als Ersatz für kaputte Öl- und Gasheizungen richtig (siehe dazu unsere Online-Publikation «Heizungstausch: Mythen und Wahrheiten»). Leider wurde im Gesetzgebungsverfahren dem Wasserstoff-Einsatz im Gebäudebereich breiter Raum gegeben. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung warnt daher in ihren Publikationen bis heute: Grüner Wasserstoff, hergestellt mittels Ökostrom, ist im Heizungsbereich im Vergleich zur Wärmepumpe extrem ineffizient und teuer – überdies wird er kaum verfügbar sein.

Die Wärmewende muss insgesamt sozial ausgestaltet werden, auch bei energetischen Sanierungen, ansonsten wird sie scheitern. Über Wege dahin berieten im November 2023 Mieterinitiativen gemeinsam mit Klimaaktivist*innen in einer dreitägigen Werkstatt der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Insbesondere auf diesem Feld wollen wir 2024 weiterarbeiten.

Workshop «Wohnen klimagerecht organisieren», Berlin, November 2023.





Fanny Zeise spricht auf der Gewerkschaftskonferenz, Bochum, Mai 2023.



Die IG Metall bei der Gewerkschaftskonferenz.



Arbeitsgruppe zu den «wilden Streiks» der 1970er-Jahre.

GEWERKSCHAFTSKONFERENZ IN BOCHUM

Vom 12. bis 14. Mai 2023 veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit 15 lokalen und regionalen Gewerkschaftsgliederungen die fünfte Konferenz «Gewerkschaftliche Erneuerung» an der Ruhr-Universität Bochum.

Hier ein Auszug aus der Berichterstattung der *Frankfurter Rundschau* (15.5.2023) über die Konferenz von Jana Ballweber und Steffen Herrmann:

«Ausgerechnet Bochum: Hier im Ruhrpott erlebten die Gewerkschaften große Niederlagen. Das Aus von Opel und Nokia, der Niedergang des Bergbaus.

An diesem Wochenende ist die Stimmung auf dem Bochumer Campus aber ausgelassen, die Zeiten sind andere: Von einer Renaissance der Arbeitermacht ist die Rede; von einer «Konferenz in Zeiten des Aufschwungs gewerkschaftlicher Kämpfe» spricht Heinz Bierbaum, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das zeigen auch die Besucherzahlen: Zur letzten Streikkonferenz nach Braunschweig im Februar 2019 waren noch rund 820 Menschen gekommen, nun zählen die Veranstalter rund 1.550 Anmeldungen. [...]

Viele Besucherinnen und Besucher sind gekommen, um sich zu vernetzen, um von den erfolgreichen Arbeitskämpfen in anderen Branchen zu lernen. Oder um sich gegenseitig Solidarität zu versichern: Als eine Beschäftigte der Gelsenkirchener Galeria-Filiale von ihrem Kampf erzählt, gibt es Applaus und Standing Ovationen. Die Filiale werde zum 1. Juli schließen, berichtet die Frau, den Angestellten sei gekündigt worden. «In der Kündigung hat man vergessen, uns zu danken», erzählt sie. «Stattdessen kam dann ein Ostergruß mit dem Wunsch, dass wir hoffentlich Kundinnen bleiben.» [...] Wie Klima- und Arbeiterbewegung zusammenwirken können, um gemeinsame Ziele zu erreichen, berichten Christine Behle, stellvertretende Vorsitzende von Verdi, und Felicitas Heinisch, Aktivistin bei Fridays for Future. Beide Organisationen arbeiten eng zusammen [...], um insbesondere eine Verkehrswende zu erreichen, die das Klima schützt, aber die Interessen der Beschäftigten und der Bevölkerung nicht außer Acht lässt.

Am zweiten Konferenztag geht es in die Arbeitsgruppen: In rund 25 AGs sprechen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über «Machtaufbau durch Beteiligung», über «Tarifrunden in Zeiten der Inflation» oder feministische Streiks. [...]

Am dritten und letzten Tag der Konferenz ziehen die Veranstalter ein rundum positives Fazit: «Es war die größte links-gewerkschaftliche Konferenz in Deutschland seit Jahrzehnten», sagt Florian Wilde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Konferenz habe ihren «überregionalen, gewerkschafts- und generationenübergreifenden Charakter und ihren Fokus auf praktische Fragen der Gewerkschaftsarbeit» bewahrt, habe sich zugleich aber auch sichtbar verjüngt. Die große Nachfrage in Bochum zeige: Der Bedarf nach derartigen Plattformen für einen Austausch einer pluralen Erneuerungsbewegung in den Gewerkschaften sei groß, so Wilde. «Es wird daher auch nicht die letzte Konferenz ihrer Art gewesen sein – die nächste wird für 2026 vorbereitet.»

LINKE FORDERUNGEN IM UMFRAGEHOCH

Die Analyse der Lage der Linken einschließlich der gleichnamigen Partei und ihrer Strategien war auch 2023 eine der Hauptaufgaben des Instituts für Gesellschaftsanalyse. Seit einigen Jahren gibt die Stiftung auch repräsentative quantitative Umfragen in Auftrag. So zeigte unsere Befragung zum Thema Armut und Umverteilung in der Bevölkerung wachsende Existenzängste und eine hohe Zustimmung zu Forderungen nach einer stärkeren Reichtumsbesteuerung. Fast drei Viertel der Befragten sprachen sich für die Einführung einer Vermögenssteuer, 85 Prozent für die Einführung einer Übergewinnsteuer aus. Mit zusätzlichen Steuermitteln soll vorzugsweise die Situation in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie in Schulen und Kitas verbessert werden. Dass die Daseinsvorsorge nicht von privaten Unternehmen übernommen werden soll, sondern eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist, dem stimmten 85 Prozent aller Befragten zu. Die aus der Umfrage entstandene Publikation konnte für Schulungszwecke und für den Start einer Kampagne zum Thema genutzt werden.

Eine weitere repräsentative Befragung widmete sich dem Wählerpotenzial der Partei Die Linke und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW). Das neue Wagenknecht-Projekt möchte sich als eine Art «Anti-Establishment-Partei der Mitte» etablieren und ein extrem heterogenes Spektrum ansprechen. Es soll explizit keine linke Partei sein. Ein wenig zeigt sich dies auch in einer Umfrage, die wir am Tag des Europa-Parteitags der Linken veröffentlichen konnten: Die Überschneidungen zwischen den beiden Wählerpotenzialen scheinen geringer als befürchtet. Nur ein kleiner Teil mit einer Wahlabsicht für Die Linke (13%) kann sich vorstellen, auch das BSW zu wählen. Hingegen können sich viele mit einer Wahlpräferenz für die AfD (29%) und die FDP (21%) ein Kreuz für eine von Wagenknecht geführte Partei vorstellen. Politisch ordnen sich die potenziellen Wähler*innen des BSW im Durchschnitt rechts der Mitte ein. Die potenziellen Linke-Wähler*innen sind im Durchschnitt zudem deutlich jünger als die des BSW, zu dem viele Renter*innen tendieren. Die Partei Die Linke erscheint

insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen wählbar (21%), während das BSW eher für Menschen mit mittleren Einkommen eine Wahloption zu sein scheint (15%). Menschen mit niedrigem Einkommen gehen aber mit Abstand am wenigsten zur Wahl. Die Linke braucht daher eine wohlüberlegte Strategie, um bisherige Nicht-Wähler*innen für sich zu gewinnen. Dies ist nicht nur eine Frage der richtigen politischen Positionen, sondern eine Frage der richtigen Ansprache und aufsuchender Arbeit.

Der Partei Die Linke ist das Wählerpotenzial also nicht abhandengekommen, sie schöpft es nur schlechter aus als die meisten anderen Parteien. Aber nach der Abtrennung des BSW hat sie eine gute Chance, mit einer klareren Kommunikation, die sich nicht dauernd selbst widerspricht, wieder Boden gutzumachen. Die Befragung kam zum richtigen Zeitpunkt und avancierte zwischenzeitlich zum am häufigsten aufgerufenen Beitrag auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**20 JAHRE JUGENDBILDUNGSNETZWERK
FEIERLICH BEGANGEN**

Vom 9. bis 11. Juni 2023 kamen auf Schloss Trebnitz in Brandenburg mehr als 60 Menschen aus ganz Deutschland zusammen, um an dem Ort, an dem sich vor 20 Jahren das Jugendbildungsnetzwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung gegründet hat, zu feiern. Das Netzwerk setzt sich aus kleinen freien Trägern, Kollektiven und Einzelpersonen zusammen, die in der politischen Jugendbildung tätig sind und dort neue Wege beschreiten wollen. Gemeinsam wurde auf die letzten Jahre angestoßen, von erfolgreichen Projekten und Arbeitsweisen berichtet und die ein oder andere Anekdote ausgetauscht. Aber der Fokus lag nicht auf dem Rückblick, sondern auf der Zukunftsgestaltung der emanzipatorischen Jugendbildung.

Die Besucher*innen des Jugendbildungsfestivals trafen auf altbekannte und neue Gesichter. Am Abend eröffnete Silke Veth das Programm. Beim Podiumsgespräch «20 Jahre get together», moderiert von Lucie Matting und Lina Urbat, erzählten Ann-Katrin Lebuhn, Jibran Khalil, Ronald Höhner und Janis Walter von den Anfängen der Jugendbildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Entwicklung der letzten Jahre. «Wir haben alle an sehr unterschiedlichen Themen gearbeitet, aber hatten die gleichen Anliegen und Fragen: Wie können wir linke Bildung weniger elitär und bewegungsnäher gestalten? Wie können wir langfristige selbstorganisierte Strukturen aufbauen? Wie sichern wir Transfer- und Lernprozesse?» Der Tag endete mit der grandiosen Lesung «Feuerwerk gegen das Patriarchat» sowie der Vorführung des Films «RiseUp».

Am nächsten Tag stand zunächst der Austausch im Vordergrund. Vom Interbrigadas e. V. über die junge Arbeitsgemein-

Abbildung aus der Stiftungspublikation «Nach der Trennung» von Carsten Braband und Mario Candeias.





Teilnehmer*innen des Jugendbildungsfestivals, Schloss Trebnitz, Juni 2023.

schaft für bäuerliche Landwirtschaft, Solid Linksjugend und das Geflüchteten-Netzwerk Cottbus e. V. bis hin zu lokalen Antifa-Gruppen stellten die Teilnehmer*innen ihre Bildungsaktivitäten vor. In der «Zukunftswerkstatt», angeleitet von Rebecca Gotthilf und Ronald Höhner, fand eine Diskussion über die aktuellen Anforderungen an Jugendbildung statt. Am Abend wurden die Klima-Monologe aufgeführt, gefolgt von einem Podiumsgespräch zum Thema Klimakatastrophe und Flucht. Das Jugendbildungsfestival endete mit der Vorstellung der in der «Zukunftswerkstatt» gesammelten Ideen, darunter der Vorschlag eines intergenerationalen Austausches zum Thema Ost-Identitäten, an dessen Umsetzung 2024 gemeinsam gearbeitet werden soll. Es war ein arbeitsreiches und inspirierendes Jugendbildungsfestival mit vielen Inputs, Diskussionen und tollen Begegnungen. Wir danken allen Teilnehmer*innen und den Kolleg*innen der Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihre großartige Unterstützung. Worin wir uns einig sind: Wir brauchen auch in Zukunft Jugendbildung, damit wir Freiräume schaffen und aufrechterhalten, gesellschaftliche Normvorstellungen hinterfragen, praktische Utopien erarbeiten und gemeinsame Kämpfe organisieren können, die insbesondere für die anstehende sozialökologische Transformation benötigt werden.

ZWEITE KOMMUNALPOLITISCHE KONFERENZ IN WEIMAR

Im September 2023 fand in Weimar die zweite Kommunalpolitische Konferenz (KoPoKon) der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Veranstaltet wurde sie gemeinsam von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den Thüringengestaltern sowie den Fraktionen Die Linke im Bundestag, im Landtag Thüringen und im Stadtrat Weimar. Konferenzort war das mon ami, ein großes Jugend- und Kulturzentrum mitten in der Innenstadt am Goetheplatz. Die KoPoKon ist ein Format zur Weiterbildung, Vernetzung und zum Austausch für kommunal Aktive aus der Großstadt und vom platten Land, aus dem hohen Norden und dem bergigen Süden, mit viel politischer Erfahrung oder nur wenig, aber mit einem großen Herz und Interesse an kommunaler Politik. Neben vielfältigen Workshops und Fortbildungen zu linken (kommunal-)politischen Themen bot die KoPoKon vor allem einen Raum für Erfahrungsaustausch, Diskussionen, Ideenentwicklung und Begegnung. Das vielfältige Programm hatte für jede und jeden die passenden Angebote parat. Der erste Tag stand ganz im Zeichen der Vernetzung. Nachmittags gab es verschiedene Treffen der Kommunalpolitischen Foren, außerdem konnte die Umgebung bei einem po-



Kommunalpolitische Konferenz, Weimar, September 2023.

litischen Stadtpaziergang durch Weimar erkundet werden. Abends fand die offizielle Begrüßung im großen Saal statt, mit Gesprächen zum interaktiven Kennenlernen und anschließender Quiz-Night.

Der Samstag bot politische Weiterbildungsworkshops zu Themen wie kommunale Wärmeplanung, Argumentations- und Medientraining, ÖPNV oder zum Umgang mit Rechten in Gremien. Darüber hinaus fanden im Café zahlreiche kleinere Dialogveranstaltungen statt. Ein mobiler Buchladen lud zum Schmökern ein und an den Infoständen verschiedener Organisationen konnte man ins Gespräch kommen. Vor allem in den Pausen war Zeit für persönliches Kennenlernen und Vernetzung. Nach dem Empfang der Thüringer Landtagsfraktion mit regionaler Küche konnte man den Tag entweder gemütlich im mon ami oder auf der Abschlussparty im Mascha mit Karaoke, Musik und Kaltgetränken ausklingen lassen.

Am Sonntag standen mehrere Exkursionen auf dem Programm, eine Mischung aus Tourismus und Bildung. Während die einen sich Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Erfurt anschauten, konnten andere sich zum Thema Waldsterben als Folge des Klimawandels im Forst Willrode fortbilden oder an einem begleiteten Rundgang durch die Gedenkstätte Buchenwald teilnehmen. Passend zum Auftaktspaziergang am Freitag gab es am Sonntag die historische Führung «Abschied von Weimar».

Neben Abgeordneten aus dem Thüringer Landtag und dem Bundestag waren auch zwei Genossen der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) aus Graz zu Gast. Die KoPoKon war in ihrer zweiten Auflage eine inspirierende und motivierende Zusammenkunft, die linke Kommunalpolitiker*innen dabei unterstützt, ihre verschiedenen Aufgaben – Intervention, Gestaltung und Gesellschaftsveränderung – sowie den nötigen Reorganisationsprozess der Linken anzugehen.

TIEF INS GEDÄCHTNIS EINGEGRABEN: DER PUTSCH IN CHILE

Ganz tief ins linke Gedächtnis eingegraben hat sich der Putsch in Chile vor 50 Jahren – und er bewegt noch heute. Zusammen mit der Unidad Popular hatte Salvador Allende versucht, eine sozialistische Transformation des Landes auf demokratischem Wege voranzubringen. Am 11. September 1973 stürzte die Militärjunta unter Führung des Generals Pinochet ihn und seine gewählte Regierung. Das Parlament wurde aufgelöst, eine der blutigsten Diktaturen Lateinamerikas errichtet und Abertausende politische Gegner*innen wurden verschleppt, gefoltert und ermordet. Zehntausende gingen ins Ausland. Michelle Bachelet war eine von ihnen. Über Australien gelangte sie in die DDR, wo sie Medizin studierte. Später sollte sie erste Präsidentin in der Geschichte Chiles werden, zuletzt arbeitete sie als

Heinz Bierbaum, Michelle Bachelet und Daniela Trochowski (v. l. n. r.), Berlin, 27. September 2023.



UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. Auf Einladung der Rosa-Luxemburg- und der Friedrich-Ebert-Stiftung kam sie am 27. September 2023 nach Berlin, um über den Putsch und ihre Exilerfahrungen zu sprechen. Beide Vorstandsvorsitzenden, Heinz Bierbaum und Martin Schulz, waren sich in ihren Grußworten einig darin, hier über ein historisches Erbe zu sprechen, dem sich beide Stiftungen gleichermaßen verpflichtet sehen. Auch Amanda Jara, die Tochter des berühmten und von den Putschisten 1973 brutal ermordeten Sängers Victor Jara, ging im September 2023 mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf Vortragstour durch Sachsen, Hessen, Brandenburg und Berlin. Die Auseinandersetzung mit dem Putsch und seinen Folgen – nicht zuletzt auch für heutige linke Politik – vertiefend, fanden bundesweit zahlreiche Veranstaltungen, darunter Film- und Theateraufführungen sowie Musikabende, statt. Zugleich wurde das Rayuela Kollektiv, ein Zusammenschluss von Exil-Chilen*innen, dabei unterstützt, ein Online-Archiv mit audiovisuell festgehaltenen Erinnerungen an das Exil in beiden deutschen Staaten aufzubauen. Auszüge daraus sowie Beiträge von weiteren Kooperationspartnern sind in ein Dossier für die Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeflossen, das «Demokratischen Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart» zum Schwerpunkt hatte. Aufhänger für dieses Dossier war neben dem Putsch in Chile 1973 die Niederschlagung des «Prager Frühlings» gerade einmal fünf Jahre zuvor. Anlässlich des Jahrestages des Putsches in Chile erschien am 8. September 2023 außerdem als Gemeinschaftsprojekt der taz Panter Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Stiftung Umverteilen eine Beilage in der *tageszeitung*.

Die taz-Beilage findet sich hier: www.rosalux.de/fileadmin/images/Dossiers/Demokratischer_Sozialismus/chile_dossier_print_taz.pdf

SATTELZEIT DER REVOLUTION 1923 - EINE KONFERENZ AN DREI ORTEN

1923 ist das Jahr, in dem gleich drei Ereignisse, die das «kurze 20. Jahrhundert» (Hobsbawm) eröffneten und prägen sollten, ihre Verarbeitung fanden: der Schrecken des Ersten Weltkrieges, der Sieg der Revolution in Russland und das Scheitern revolutionärer Erhebungen in Deutschland und Westeuropa. Sie führten zu einem Umbruch in der Gesellschaftskritik, zu den Anfängen der Kritischen Theorie und des westlichen Marxismus. Zugleich markierte das Jahr 1923 das endgültige Ende der revolutionären Aufstände in Deutschland und Westeuropa, den Beginn der Stalinisierung in der UdSSR, aber auch in der KPD, sowie den Aufstieg des Faschismus. Mit dem (von Reinhart Koselleck entlehnten) Begriff der «Sattelzeit» wollten wir diese Um- und Neuorientierung in Theorie und Praxis einfangen, die sich in einflussreichen Texten, neuen po-



Konferenzankündigung unter Verwendung des 1909 entstandenen Fotos «Shouldering the imitation ox» von Richard Kearton.

litischen Konzepten sowie in den Biografien der jeweiligen Protagonist*innen abbilden lässt. Diese «Sattelzeit» kann bis zum Auftreten der «Neuen Linken» in den 1960er-Jahren weitergedacht werden.

Gründe genug, zusammen mit «Helle Panke» e. V. und dem Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung zu einer gemeinsamen Konferenz einzuladen. Sie fand vom 18. bis 20. Oktober statt, jeden Tag an einem anderen Ort. Verhandelt wurden die theoriegeschichtlichen Umbrüche in Philosophie, Politik und Marxismus sowie der historische Kontext des Umbruchjahres 1923 selbst, wobei das Nachdenken über linke Antworten auf die damals bereits bedrohlich gewordenen Gefahren von rechts eine erschreckende Aktualität erfuhr. Einen Höhepunkt hatte die Konferenz mit dem abendlichen Podiumsgespräch zum Thema «Geschlecht und Revolution» mit der Dramaturgin und Autorin Luise Meier und dem Kulturwissenschaftler Klaus Theweleit. Dessen Studien zu «Männerphantasien», die vor nun fast einem halben Jahrhundert erschienen sind, zeigen, dass der Sieg der Konterrevolution und der Aufstieg des Faschismus auch als geschlechterpolitische und psychodynamische Bewegung verstanden werden müssen.

Zeitstrahl zur Entstehung der "Sozialen Marktwirtschaft"

17. August 1948
Misstrauensvotum

Mit einem Misstrauensantrag im Parlament wirft die SPD Erhard und seiner "freien Marktwirtschaft" einen "langsamen, aber sicheren Verelendungsprozess im Zeichen der Freiheit" vor. In seiner Verteidigungsrede schraubt Erhard erstmals die Erwartungen an die freie Marktwirtschaft herunter. Nun spricht er von "sozialer Marktwirtschaft" – ohne dies freilich näher auszuführen. Der Misstrauensantrag scheitert erwartungsgemäß, Ludwig Erhard bleibt im Amt.

13. AUGUST 1948
 11. SEPTEMBER 1948

picture-alliance / akg-images | akg-images
 "Erhard befiehlt - wir folgen! und senken die Preise" - Schaufensterauslage eines Textilgeschäfts

Ludwig Erhard wird Wirtschaftsdirektor
 Die Währungsreform
Misstrauensvotum
 Forderungen und Getreide
 Das "Jedermanns-Programm"

Proteste der Arbeiter*innen
 Ein Erbhörungs-gesetz
 Preise nach Belieben
 400.000 Hesse
 "Ja, die Preise..."
 Generalstreik
 Preisüberhöhung

Ein zukünftiger Weltlass?
 Ein
 Wer soll bezahlen?
 Kaufstreiks und autonome Preiskontrollen
 Erfolge
 Nur die Marktwirtschaft ist sozial?

DEZ. 1948 FEB. MÄRZ APRIL MAI JUNI JULI AUG. SEPT. OKT. NOV. DEZ. 1949 FEB. MÄRZ APRIL MAI

Rights of use

LINX: Aus dem Zeitstrahl zur Entstehung der «Sozialen Marktwirtschaft».

MYTHEN UND FAKTEN ZUR ENTSTEHUNG DER «SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT»

Um die Geschichte der alten Bundesrepublik ranken sich viele Mythen und Legenden. Die bekanntesten kreisen sicherlich um das «Wirtschaftswunder» der 1950er-Jahre. Nicht weniger schillernd verhält es sich mit der «Sozialen Marktwirtschaft». Weder war sie eine Erfindung von Ludwig Erhard (CDU, 1949–1963 Bundeswirtschaftsminister, danach bis 1966 Bundeskanzler), noch war ihre Einführung dessen Ziel. Als Erhard im März 1948 zum Wirtschaftsdirektor der Bizone aufstieg, strebte er noch eine «freie Marktwirtschaft» an. Die wäre jedoch gegen den Widerstand der Bevölkerung und der Gewerkschaften nicht durchzusetzen gewesen. Man denke nur an den bislang letzten Generalstreik in Deutschland im November 1948. Am Ende beschreibt «Soziale Marktwirtschaft» ein Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, die auf den Märkten, den Straßen, im Betrieb und im Parlament stattfanden. Um die Hintergründe der «Sozialen Marktwirtschaft» anschaulich zu machen, bat die Rosa-Luxemburg-Stiftung den Historiker Uwe Fuhrman, die wichtigsten Ereignisse in einer Chronik zusammenzustellen. Daraus ist ein Zeitstrahl mit Begleittexten von ihm, Uwe Sonnenberg, Erwin Anders, Bernd Hüttner, Adriana Yee Meyberg und Steffen Kühne für die digitale Bildungsplattform der Stiftung LINX entstanden.

HISTORIENBILDER, UNGEMALT UND UMGEMALT

Es gibt Historienbilder, die nie gemalt wurden und trotzdem im internationalen Bildgedächtnis einen festen Platz gefunden haben. So sind die Januar-Unruhen 1919 in Berlin fest assoziiert mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie seiner Totenmaske, die Käthe Kollwitz anfertigte; mit Gustav Noske, der gar nicht in Berlin war; mit Friedrich Ebert, der Leitern für eine etwaige Flucht anbringen ließ, und seinem Spezi Philipp Scheidemann; mit der Barrikade aus einem Zeitungspapierballen vor dem Gebäude der SPD-Zeitung *Vorwärts*; mit den unbewaffneten *Vorwärts*-Parlamentären, die am 11. Januar 1919 in der Garde-Drögoner-Kaserne mit Bajonetten aufgespießt wurden; mit Wilhelm Runge, der den Befehl erhielt, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den Kopf einzuschlagen ... Einer fehlt: Berlins Stadtkommandant Anton Fischer. Er war der Initiator dieses Blutbades, hatte aber erst 1922, als der Rauch verfliegen war, den Wunsch verspürt, ebenfalls auf dieses Bild zu gelangen. Doch da war es zu spät. Historienbilder, vor allem die ungemalten, haben eine hohe Halbwertszeit. Nicht Noske, sondern Fischer, einst Pastor in der Schweiz, hatte an einem Abend Ende Dezember 1918 Ebert und Scheidemann bei einem Glas Wein erklärt, dass die Berliner Linke entwaffnet werden müsse, sonst rutsche die politische Revolution unweigerlich nach links und arte am Ende sogar in eine soziale Revolution aus. Die Linke müsse in Straßenkämpfe

verwickelt werden, solange sie noch schwach und auf solche Kämpfe nicht vorbereitet sei. Der Plan gelang. Nachdem der angebliche Spartakusaufstand im Blut erstickt worden war, kam allerdings nicht Fischer, sondern jemand anderes aufs Historienbild, der da gar nicht hingehörte. Der Unterfeldwebel Wilhelm Runge hatte versucht, den Befehl, Rosa Luxemburg zu erschlagen, zu sabotieren, und sie wahrscheinlich nicht einmal verletzt. Um die eigentlichen Täter, deutsche Offiziere, zu schützen, wurde jedoch Runge (bis zur Einziehung zum Kriegsdienst 1914 Mitglied der SPD) sowohl gedrängt als auch gelockt, die Alleintäterschaft zu übernehmen. Die 250.000 Reichsmark, die angeblich Scheidemann ausgelobt hatte, hat Runge natürlich nie gesehen.

Auch im zweiten Band der nun vom Karl Dietz Verlag veröffentlichten Briefe Clara Zetkinds (1919–1923) wurde einiges vom Kopf auf die Füße gestellt: vom Putsch im März 1921 in Mitteldeutschland über den Moskauer Schauprozess gegen die Sozialisten-Revolutionäre 1922 bis hin zum ausgefallenen «Deutschen Oktober» 1923. In China erschien 2023 der erste Band der Werke Rosa Luxemburgs als Übersetzung aus dem Deutschen – bisher gab es nur Übersetzungen aus dem Russischen. Nach dem Erscheinen des sechsten Bandes der englischen Ausgabe in London und New York lassen sich auch auf den dortigen Historienbildern diverse Ummalungen nicht vermeiden. Während Otto Runge Ende der 1920er-Jahre vergeblich versucht hatte, auf seinem Historienbild übermalt zu werden, er offiziell jedoch weiterhin der Mörder blieb, ist von Anton Fischer nicht einmal bekannt, wann und wo er starb.

.....

Jörn Schürtrumpf: Der wahre Runge. Wilhelm Pieck und die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Online-Publikation, Januar 2024, unter: www.rosalux.de/publikation/id/51484/der-wahre-runge

.....

Die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht feiern ihr Verbrechen im Hotel Eden, 15. Januar 1919 (Tischmitte: Otto Runge).



FELLOWS UND POSTDOCS

Markus Wissen führte sein Fellowship 2023 mit Arbeiten zur sozial-ökologischen Transformation und zu gerechter Mobilität fort. Zusammen mit **Ulrich Brand** und anderen betreut er das Graduiertenkolleg der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema «sozial-ökologische Transformation und Krise». Gemeinsam haben sie das Manuskript für das Buch «Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven» fertiggestellt, das 2024 im Oekom Verlag erschienen ist.



Markus Wissen.

Dieter Klein hat eine Studie mit dem Titel «Gemeinsame Sicherheit – trotz alledem!» verfasst und diese nach Debatten zu einem Buch ausgeweitet, das 2024 im VSA: Verlag erscheinen wird. Sein Buch «Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus» ist 2023 in englischer Übersetzung veröffentlicht worden.

Michael Brie verfasste seine Flugschrift «Chinas Sozialismus neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen jenseits der Froschperspektive auf ein spannendes Experiment», die ebenfalls bei VSA publiziert wurde. In seinem Aufsatz «Strategische Orientierung in Zeiten der Transformation» befasst er sich mit konzeptionellen Ansätzen von Hans-Jürgen Urban.

Alex Demirović schrieb den Beitrag «Gegen die Eindeutigkeit. In unübersichtlichen Zeiten ist die Sehnsucht nach klaren Gegensätzen und Parteinahmen groß, gerade in der Linken. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so». Er beteiligte sich intensiv an der Redaktionsarbeit der Zeitschrift *LuXemburg* und betreibt den ausgesprochen erfolgreichen Theorie-Podcast «tl;dr – too long, didn't read».

Judith Dellheim veröffentlichte zusammen mit Lutz Brangsch den Artikel «Ver-Kümmert? Was wir von der PDS lernen können» in der Zeitschrift *LuXemburg* und wirkte ebenfalls in deren Redaktion mit. Zudem verfasste sie eine Analyse der Rolle des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) bei der Genesis und Realisierung der «Zeitenwende», die 2024 als Stiftungspublikation erscheinen wird.

Thomas Goes beendete sein Postdoc am Soziologischen Forschungsinstitut (SoFI) Göttingen mit der Fertigstellung des Manuskripts «Grüner Sozialismus? Über das politische Bewusstsein von Arbeiter*innen in Zeiten des Umbruchs», das 2024 bei transcript erschienen ist.

BUNDESWEITE ARBEIT

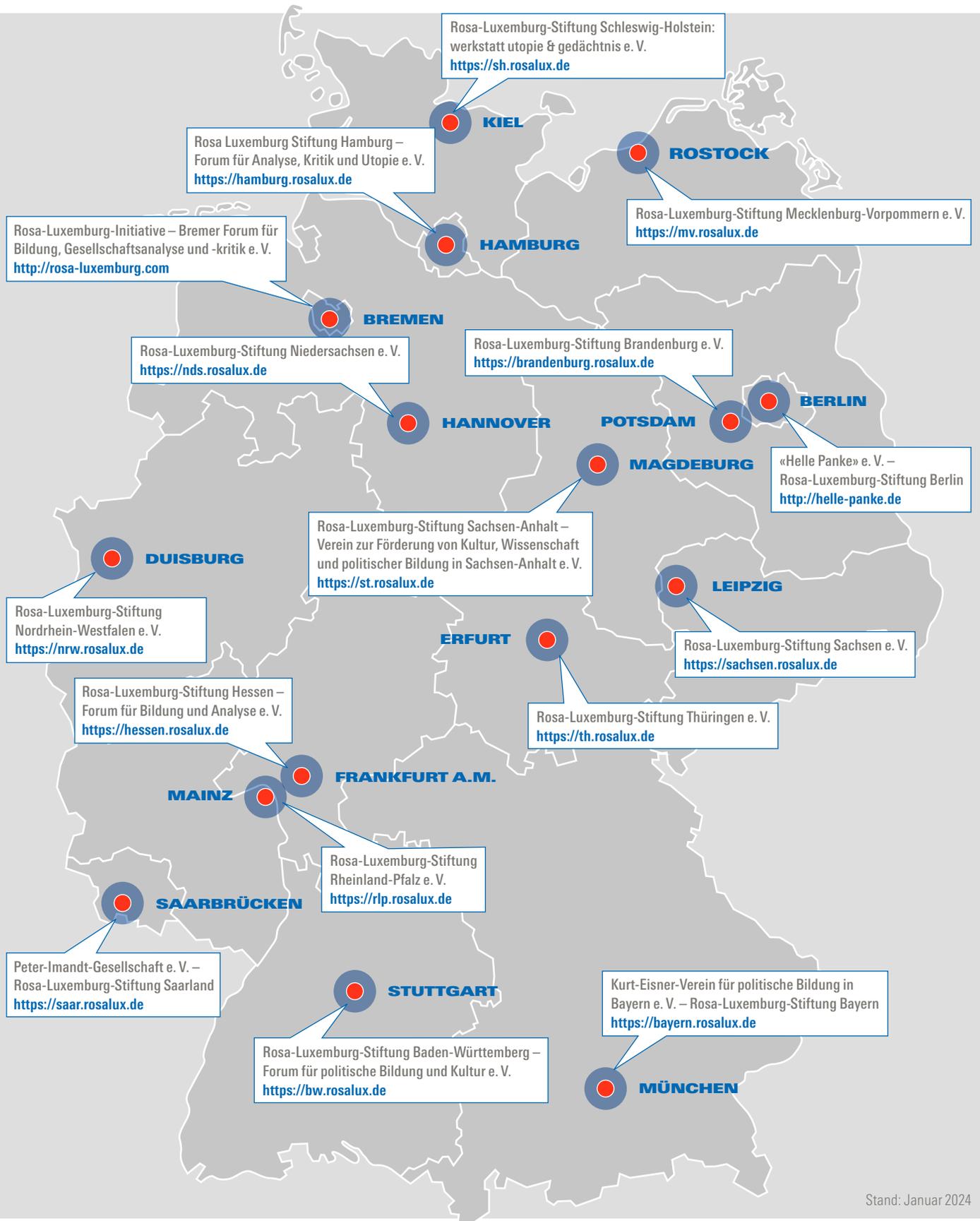
Politische Bildung vor Ort – dafür stehen die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie organisieren in allen 16 Bundesländern einen großen Teil der politischen Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung selbstständig oder in Kooperation mit Partnerorganisationen. Mit ihrem Angebot wenden sich die Landesstiftungen sowohl an das Umfeld der Partei Die Linke als auch an die breite Öffentlichkeit. Der Bereich Bundesweite Arbeit koordiniert die Zusammenarbeit der Stiftungsbereiche mit den Regionalbüros und Landesstiftungen. Finanziert werden die Aktivitäten der Landesstiftungen aus Globalmitteln der Stiftung, Spenden und Mitgliedsbeiträgen. In vielen Bundesländern können darüber hinaus Landesmittel eingesetzt werden.

Im Jahr 2023 bot der Stiftungsverbund rund 1.600 Präsenzveranstaltungen an, an denen mehr als 65.500 Personen teilnahmen. Hinzu kamen 105 Online- und Hybrid-Veranstaltungen mit insgesamt fast 6.000 Teilnehmenden. Zum festen Bestandteil politischer Bildung gehören mittlerweile auch Podcasts und Videos. Hiervon haben die Landesstiftungen im letzten Jahr 128 produziert, die über 80.000-mal abgerufen wurden. Vom 14. bis 16. September 2023 traf sich der Stiftungsverbund in Berlin. Hauptamtliche Mitarbeiter*innen und Vertreter*innen der 16 Vorstände der Landesstiftungen sprachen unter anderem mit Anne Helm, Vorsitzende der Fraktion Die Linke in Berlin, und Sebastian Walter, Fraktions- und Parteivorsitzender der Linken in Brandenburg, über aktuelle Herausforderungen der Linken aus landespolitischer Perspektive. Neu gewählt wurden die Sprecher*innen des Rates der Landesstiftungen. Lena Saniye Güngör (Thüringen) wurde als Sprecherin wiedergewählt, stellvertretende Sprecher*innen sind Philipp Frey (Baden-Württemberg), Anette Kruse (Hamburg) und Carsten Penzlin (Mecklenburg-Vorpommern).

Die Bundesweite Arbeit verantwortete 2023 folgende zentrale Projekte: die «Politikakademie für junge Aktive», die seit 2014 Raum für Diskussion und Vernetzung sowie die Vermittlung von Grundlagenwissen bietet und in enger Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen stattfindet. Im Jahr 2023 nahmen Aktive aus Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Baden-Württemberg teil. In Hessen fanden in der ersten Jahreshälfte drei Veranstaltungen zu den Themen Mobilität, Wohnen und Bildung statt. Hier kooperierte die Bundesstiftung mit der Landesstiftung Hessen und dem Stiftungsbüro in Brüssel.

Im Rahmen des Programms «Arbeit an Schulen» wurde im Jahr 2023 der Projekttag «Soziale (Un-)Gerechtigkeit» an fünf Orten insgesamt neun Mal durchgeführt. Das Konzept richtet sich an Berufsschüler*innen, die ihre Ausbildung im sozialen Bereich absolvieren.

Im Folgenden werden einige besonders erfolgreiche Bildungsaktivitäten der Landesstiftungen aus dem Jahr 2023 vorgestellt.



Stand: Januar 2024



Symposium zum 100. Geburtstag von Theodor Bergmann (li.), Stuttgart, 2016.



Was tun, wenn das Geld nicht reicht?

BADEN-WÜRTTEMBERG

«ZEITENWENDE» – WOHNIN?

Im Jahr 2016 richtete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg zum 100. Geburtstag Theodor Bergmanns im Stuttgarter Waldheim «Clara Zetkin» ein Kolloquium aus, das den Antifaschisten, antistalinistischen Kommunisten, Agrarwissenschaftler und Internationalisten würdigte. Am 12. Juni 2017 ist Theodor Bergmann verstorben. Seitdem findet jährlich in Stuttgart eine wissenschaftlich-politische Tagung unter dem Titel «Theodor Bergmann Lectures» statt. Dort werden die zentralen Herausforderungen heutiger linker Politik diskutiert – und damit das politische Erbe Bergmanns lebendig gehalten. Im Jahr 2023 bestimmte der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowohl die allgemeine öffentliche Debatte als auch die linke Diskussion. Haben wir es tatsächlich mit einer von Kanzler Olaf Scholz ausgerufenen «Zeitenwende» zu tun? Wohin führt sie uns? Und welche Schlussfolgerungen sollte die Linke aus den sich verändernden (welt-)politischen Konstellationen ziehen? ««Zeitenwende» – wohin?» lautete daher der Titel der diesjährigen Theodor Bergmann Lectures, die am 25. Juni 2023 stattfanden.

«Wie kann eine aktuelle kriegskritische, antimilitaristische und friedenspolitische Position aussehen?» war die leitende Fragestellung der Lectures. In den lebhaften Diskussionen ging es unter anderem darum, wie es gelingen kann, bei aller Unterschiedlichkeit in einzelnen Einschätzungen, sowohl in der Linken als auch in der Friedensbewegung, eine solidarische Debatte zu führen: Es sollten keine Gräben aufgerissen, sondern vielmehr existierende Gräben überwunden werden. Dass der russische Angriffskrieg zu verurteilen ist und die Solidarität den Opfern dieses Krieges gilt, darüber waren sich die Teilnehmer*innen einig. Ebenso stimmten sie überein, dass dessen Ursachen auch in der verfehlten Politik der NATO-Osterweiterung und einer bedrängenden EU-Nachbarschaftspolitik zu suchen sind und Lösungen daher auch eine veränderte Politik von NATO und EU erfordern.

BAYERN

ARMUT IN BAYERN

Geht es nach dem Sozialbericht der Bayerischen Staatsregierung, ist Armut nur ein Randphänomen im Freistaat. Die Staatsregierung zieht den bundesweiten Vergleich und stellt Bayern als Vorbild dar. Allerdings wird diese Darstellung von Sozialverbänden und Expert*innen gleichermaßen kritisiert: als Schönfärberei und Verschleierung der wahren Situation.

Um die tatsächliche, oft «versteckte» Armut in Bayern zu ermitteln und im Bereich der Armutsforschung eine Lücke zu schließen, hat der Kurt-Eisner-Verein – die Landesvertretung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern – eine Studie in Auftrag geben. Denn nur mit belastbaren Daten lassen sich auch konkrete Strategien zur Armutsbekämpfung entwickeln. Die Studie «Einkommensarmut und regionale Unterschiede in Bayern» wurde von Tobias Klinge, Hannah Busch, Andreas Kallert und Simon Dudek von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt erstellt – und hat alarmierende Daten zu Armut und Reichtum zutage gefördert.

Wird das bayerische Durchschnittseinkommen zur Berechnung der Armutsgefährdungsquote herangezogen, zeigt sich, dass 15,8 Prozent – über zwei Millionen Menschen in Bayern – einkommensarm sind. Bestimmte soziodemografische Gruppen sind hier besonders von Armut bedroht: Arbeitslose, *working poor*, alleinerziehende Menschen, kinderreiche Familien, Minderjährige und Senior*innen. Der Anteil einkommensarmer Senior*innen ist in Bayern im Vergleich zum Bundesdurchschnitt sogar besonders hoch, wobei vor allem Frauen betroffen sind. Zudem ist Armut in Bayern auch räumlich stark ungleich verteilt.

Der Armutsbericht wurde Anfang August 2023 in einer Auflage von 1.000 Exemplaren veröffentlicht. An der Pressekonferenz in München nahmen neben den Autor*innen auch Stefan Jagel, Vorsitzender des Kurt-Eisner-Vereins, und Karin Majewski, Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Oberbayern, teil. Zahlreiche Medien berichteten über die Studie.



Demonstration gegen hohe Mieten und Verdrängung, Berlin, 11. September 2021.

BERLIN

SEMINAR «GUTACHTEN ZUM VOLKSSENTSCHEID DEUTSCHE WOHNEN & CO ENTEIGNEN»

Im September 2021 stimmten 59,1 Prozent der abstimmenden Berliner*innen für das Anliegen der Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen (DWE). Damit setzten sie ein deutliches Zeichen gegen überhöhte Mieten in der Hauptstadt. Bereits in den zwei Jahren zuvor hatte der Verein «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin – die Kampagne immer wieder mit verschiedenen Aktionen begleitet. Zwei Jahre nach dem Volksentscheid, im September 2023, gab es ein erneutes Treffen mit Vertreter*innen der DWE-Initiative zu einem eintägigen Seminar.

Nach der gewonnenen Abstimmung war in der damaligen rot-rot-grünen Koalition ein Kompromiss beschlossen worden: Es sollte eine Kommission eingerichtet werden, um zu prüfen, ob es verfassungsrechtlich möglich wäre, in solch einem großen Umfang zu enteignen bzw. zu vergesellschaften – und falls ja, ob die Voraussetzungen für einen solch drastischen Schritt gegeben wären. Im Juni 2023 erschien der Abschlussbericht dieser Kommission mit einem für die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen erfreulichen Ergebnis: Die Umsetzung des Volksentscheids sei prinzipiell möglich. Die Kommission folgte in vielen Punkten der Argumentation der DWE-Initiative. Es gab aber auch Sondervoten zu einzelnen Punkten.

Da der 156-seitige Abschlussbericht recht sperrig zu lesen ist, hatte der «Helle Panke» e. V. die Idee, ein Bildungsangebot in Form eines Lektüreseminars zu veranstalten. Dazu konnte der Verein drei Frauen gewinnen, die für DWE die Arbeit der Kommission begleitet haben. Insbesondere wurden die Kapitel zur Verhältnismäßigkeit, zur Entschädigung und zu zwei Sondervoten analysiert. In einem Mix aus Vorträgen, gemeinsamer Lektüre und Diskussion näherten sich die 17 Teilnehmenden diesem nicht einfachen Stoff an. Einige von ihnen hatten sich aktiv in die Kampagne zum Volksentscheid eingebracht. Es nahmen aber auch Interessierte aus der Berliner Verwaltung teil.



Bärbel Romanowski-Sühl, Kathrin Gottwald, Mandy Tröger, Dietmar Ringel (v. l. n. r.)

BRANDENBURG

ZUKUNFT DER MEDIEN IM LÄNDLICHEN RAUM

Die Ankündigung, dass die *Märkische Allgemeine Zeitung* (MAZ) ihre Printausgabe in der Prignitz im Herbst 2023 einstellen und durch ein rein digitales Angebot ersetzt wird, löste bei vielen Menschen großen Unmut aus. Nicht verwunderlich in einer Region, in der viele ältere Menschen leben, Internetverbindungen mitunter schlecht sind und sowieso ein Gefühl des Immer-weiter-abgehängt-Werdens besteht. Um über die Zukunft der Medien im ländlichen Raum zu sprechen, lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum Brandenburg am 26. Oktober 2023 zur Diskussionsveranstaltung «Ist die Zeitung in der Prignitz das Papier nicht mehr wert?» in Bluhm's Hotel in Kyritz ein. Auf dem Podium saßen Bärbel Romanowski-Sühl, Medienrätin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, sowie Kathrin Gottwald, Redaktionsleiterin der MAZ Prignitz-Ruppin. Sie verteidigte die Einstellung der Printausgabe als notwendige Einsparung, um den Lokaljournalismus zu retten. Die Medienwissenschaftlerin Mandy Tröger konterte, dass die großen Zeitungsverlage jahrzehntelang von «übernommenen» Abonnent*innen der SED-Bezirkszeitungen profitiert und hauptsächlich Gewinne abgeschöpft hätten, ohne in den Lokaljournalismus zu reinvestieren. Dadurch habe er schon seit längerem Qualitätsprobleme. Es sei angesichts der Herausforderungen für die Demokratie an der Zeit, den Lokaljournalismus auszubauen, um die Menschen über lokale Ereignisse und Möglichkeiten politischer Beteiligung vor Ort zu informieren. Auch Betroffene kamen zu Wort und drückten ihre Enttäuschung darüber aus, dass sie teilweise 60 Jahre alte Gewohnheiten wie das morgendliche Lesen der Lokalzeitung ablegen müssten. Es wurde deutlich, dass viele Menschen aus der Region die neuen digitalen Angebote nicht nutzen werden. Zudem wurde klar, wie wichtig der Zugang zu journalistisch aufbereiteten lokalen Informationen für alle Menschen, unabhängig von Alter und Wohnregion, ist.



Artur Weigandt (re.) und Norbert Schepers, Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen.

BREMEN

«DIE VERRÄTER» – AUTORENLESUNG

Am 5. Dezember 2023 luden die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen und die Landeszentrale für politische Bildung Bremen zur Autorenlesung in die Theaterkneipe Falstaff ein. Artur Weigandt stellte sein Buch «Die Verräter» (2023, Hanser) vor, in dem er den Zusammenbruch der Sowjetunion, die Suche nach der eigenen Identität und den Krieg in der Ukraine thematisiert. Weigandt wurde 1994 in Uspenka (Kasachstan) geboren – einem «Plandorf», das früher wie die Nationalität seiner Bürger*innen an die Sowjetunion angeglichen werden sollte. Mit dem Zerfall der Sowjetunion verwaiste Uspenka, viele Menschen verließen das Dorf und die Region. Artur Weigandts Heimatroman erzählt von den Menschen seines Dorfes. In Deutschland hat der Autor einige von ihnen wiedergetroffen. Sie lebten gedanklich teilweise noch in der Sowjetunion, hätten einen romantisierenden Blick auf die Vergangenheit. Auch für Weigandt stelle das russischsprachige Fernsehen ein Fenster in eine goldene Zeit dar, sei aber auch ein Medium der Propaganda. Ein Grund für dieses ambivalente Verhältnis zur eigenen Vergangenheit könnte darin liegen, dass viele Kasach*innen nie wirklich in Deutschland angekommen sind, denn hier werden sie oft als Russen wahrgenommen. Als Sohn einer ukrainisch-belarussischen Mutter und eines deutschstämmigen Vaters bewegt sich auch Weigandt zwischen diesen Welten.

Ein wiederkehrendes Thema in seinem Buch ist der Verrat. Anhand des Kriegs der Sowjetunion gegen Afghanistan und dem späteren Russlands gegen Tschetschenien stellt er heraus, wie die damaligen Regierungen Soldaten verraten hätten, indem sie sie mit falschen Erzählungen und Versprechungen in einen falschen Krieg schickten. Andersherum hätten auch die Soldaten das Sowjetregime verraten, indem sie über ihre Erlebnisse im Krieg offen sprachen.

Viele Personen mit einem ähnlichen Hintergrund wie Weigandt nahmen an der Lesung teil – und brachten anschließend zum Ausdruck, wie sehr sie der Abend berührt habe.



«Intelligente Videobeobachtung» am Hansaplatz in Hamburg.

HAMBURG

DIGITALE ÜBERWACHUNG AM HANSAPLATZ

Der Vormarsch digitaler Überwachungstechnologien ist allgegenwärtig. Experimentierfelder für die Sicherheitsorgane werden allerorten geschaffen – bisweilen am Rande des rechtlich Zulässigen und auch wenn andere Schritte sinnvoller wären. Bahnhöfe mit Gesichtserkennung, Drohnenüberwachung auf Demonstrationen und in Fußballstadien, nicht zuletzt die hoch technisierte Kriegsführung und die Erprobung neuesten digitalen Kriegsgeräts auf dem ukrainischen Schlachtfeld zeugen von einer Veränderung im Vorgehen der Exekutive: Menschliche Urteile und Entscheidungen werden durch Künstliche Intelligenz geleitet, vorbereitet, schlimmstenfalls ersetzt.

In Hamburg gilt der Hansaplatz in St. Georg als ein solcher Erprobungsort. Er liegt in der Nähe des Hauptbahnhofs zwischen Straßenstrich, Drogenszene und gentrifiziertem Szeneviertel und wird seit Kurzem mit Kameras überwacht. Auf Grundlage von Algorithmen entscheiden sie, was sie sehen: eine Umarmung oder eine Schlägerei. Es ist erwiesen, dass diese Techniken eine hohe Fehlerquote sowie eine diskriminierende Verzerrung aufweisen. Eingesetzt werden sie primär gegen Gruppen, denen prinzipiell Delinquenz unterstellt wird. Am 16. November 2023 veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg in Kooperation mit dem Forschungsnetzwerk Sicherheit & Polizei, der Braun-Weißen Hilfe, der Fanhilfe des FC St. Pauli und dem Kollektiv Café Libertad im Gewerkschaftshaus eine Podiumsdiskussion zu den aktuellen Entwicklungen am Hansaplatz. Mit dabei waren Nathalie Meyer, wissenschaftliche Referentin der Linksfraktion, Matthias Marx vom Chaos Computer Club, Gudrun Greb, Geschäftsführerin von Ragazza e. V., einer Hilfs- und Beratungsstelle für drogenabhängige Prostituierte, und der Protestforscher Peter Ullrich; es moderierte Katharina Schipkowski von der taz Nord. Gemeinsam mit etwa 100 Teilnehmenden wurde kontrovers und konstruktiv diskutiert, insbesondere über die Folgeprobleme gesteigerter Repression am Hansaplatz.



Enis Gülegen (li.) und Benno Hafenegger (re.).



Bundeswehr auf der «Hanse Sail», Rostock, August 2023.

HESSEN

DEMOKRATIE IN GEFAHR

Nach Jahren sinkender Zustimmung für die AfD zeichnete sich bei der Landtagswahl in Hessen 2023 eine Trendwende ab. Die AfD konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 2018 um 5,3 auf 18,4 Prozent steigern. Auch deswegen organisierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) eine Veranstaltungsreihe zum Thema autoritäre Versuchungen, rechter Populismus und Fake News. Die sechs Seminare fanden in Hanau, Darmstadt, Gießen, Witzenhausen, Fulda und Offenbach statt.

Einleitend ging der Marburger Politikwissenschaftler Benno Hafenegger in den Seminaren auf verschiedene Begrifflichkeiten in der Debatte und die Unterschiede zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ein. Deren zentrales Merkmal sei Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Anschließend beleuchtete er Organisationsformen und Handlungsmechanismen rechter Akteure sowie Ursachen und Motive für Radikalisierungsprozesse. Dabei bezog er empirische Befunde mit ein und machte Vorschläge für eine umfassende Gegenstrategie. Der agah-Vorsitzende Enis Gülegen gab Einblicke in das Parteiprogramm der AfD aus migrantischer Perspektive. Er zeigte auf, welche Unwahrheiten – Fake News –, Mystifikationen und islamophobe Stimmungsmache es enthält und inwieweit es kulturellen Rassismus impliziert. Gülegen knüpfte an die Thesen seines Vorredners an und unterlegte sie mit konkreten Beispielen aus dem Programm der rechtspopulistisch-rassistischen Partei. So wurden das Ausmaß der Bedrohung, aber auch Handlungsmöglichkeiten deutlich.

An den anschließenden Diskussionen beteiligten sich viele der Anwesenden – in der Mehrzahl Mitglieder der jeweiligen Ausländerbeiräte und kommunalpolitisch Interessierte. Insbesondere wurde erörtert, welche Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtspopulismus den Mitgliedern der Ausländerbeiräte zur Verfügung stehen.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

«KEINE MILITÄRMUSIK ZUR HANSE SAIL»

Die «Hanse Sail» lockt jedes Jahr fast eine Million Besucher*innen zum maritimen Spektakel nach Rostock. Ein gutes Geschäft und lohnender Rahmen für Werbebotschaften aller Art. Dieses Jahr war auch die Bundeswehr mit rockig spielender Kapelle und Showtruck dabei, um unterhaltsam abenteuerorientiertes und technikbegeistertes Publikum über die «Karrieremöglichkeiten» bei der Bundeswehr zu informieren. Das anvisierte Publikum: vor allem Familien, Kinder und Jugendliche. Das Ziel: die Bundeswehr in ein gutes Licht stellen und für Nachwuchs sorgen. Und tatsächlich, im Ostseeraum gewinnt das Militär, also Bundeswehr und Rüstungsindustrie, angesichts der geostrategischen Lage, der x-milliarden-schweren «Zeitenwende» und der Forderung, die Gesellschaft «kriegstüchtig» zu machen, enorm an Bedeutung. Dies muss in einer demgegenüber mehrheitlich skeptischen Öffentlichkeit populär gemacht werden.

Dagegen organisierte das Rostocker Friedensbündnis unter dem Motto «Keine Militärmusik zur Hanse Sail» zivilen Protest. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern lud das Bündnis zu Vortrag und Diskussion ins Peter-Weiss-Haus. Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, referierte zur Öffentlichkeits- und Nachwuchsarbeit der Bundeswehr. Sie sei sehr aktiv, um junge Menschen für den Militärdienst zu rekrutieren. Von Besuchen in Schulen, gesponserten Ausflügen zu Militärstützpunkten bis zu Merchandising-Produkten und YouTube-Serien sei fast alles dabei, was sonst in der Werbeindustrie Erfolg verspricht. Das zu vermittelnde Image: Militär bedeutet Karriere, Abenteuer, Zusammenhalt und Hightech – die Bundeswehr ist cool und auf der Höhe der Zeit. In der anschließenden Diskussion wurde kritisiert, dass Die Linke, die in Mecklenburg-Vorpommern Regierungsverantwortung im Bildungsbereich trägt, die Aktivitäten der Bundeswehr an Schulen toleriert.



Referent Martin Fochler, Mitbegründer des Kommunistischen Bundes Westdeutschland.

NIEDERSACHSEN

MILITÄR UND BUNDESWEHR ALS KLASSENFRAGE

Spätestens seit Russlands Angriff auf die Ukraine ist die Möglichkeit eines Krieges in Deutschland wieder näher gerückt. Die von Bundeskanzler Scholz angekündigte «Zeitenwende» zur Stärkung der deutschen Armee muss den Blick von links auch auf die Frage lenken: Wie stehen wir zur Bundeswehr und welche Handlungsmöglichkeiten haben Linke dort?

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen lud gemeinsam mit dem Rosa-Luxemburg-Club am 20. Oktober 2023 ins Kino Scala in Lüneburg ein, um über Militär und Bundeswehr als Klassenfrage zu diskutieren. Der Referent Martin Fochler berichtete, warum sich Linke in den 1970er-Jahren in der Bundeswehr organisierten. Er war Funktionär im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) – eine von mehreren Kleinparteien der 68er-Bewegung –, der eigene «Soldaten- und Reservistenkomitees» aufbaute. Der KBW gab Zeitungen heraus, organisierte Plakat- und Flugblattaktionen sowie Vorträge, aber auch Geländeübungen. Das Ziel: Widerstand gegen soziale Missstände und das Leben in der Befehlskette zu organisieren. Linke sollten in der Truppe aktiv werden und Propagandaarbeit leisten.

Zugleich war die Arbeit auch Ausdruck der Defensive: Aufgrund der 1968 beschlossenen Notstandsgesetze befürchtete man, die Bundeswehr könne im Innern gegen linke und demokratische Kräfte eingesetzt werden. Der Fuß in der Tür der Armee sollte im Notfall Optionen für den Widerstand eröffnen. Zugleich wollte der KBW in sämtlichen Strukturen der Gesellschaft Fuß fassen und seinen sozialen Forderungen Gehör verschaffen.

Auf der Grundlage des Rückblicks auf die 1970er-Jahre wurden in der Veranstaltung auch Fragen aufgeworfen – zum heutigen Verhältnis von Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen zur Bundeswehr und zu Soldat*innen. Klar wurde, dass eine in der Gesellschaft verankerte Linke das politische Feld der Armee nicht vernachlässigen darf.



Teilnehmende der Fahrradtour zu den Orten der Streiks von 1973.

NORDRHEIN-WESTFALEN

FAHRRADTOUR AUF DEN SPUREN DER STREIKS VON 1973

Die Radtour mit 28 Teilnehmenden auf den Spuren der spontanen Streiks vor 50 Jahren war ein Programm-Highlight der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen im Jahr 2023. Die spontanen – nach dem Gesetz illegalen – Streiks von mehr als 275.000 Arbeiter*innen fanden 1973 in 335 Betrieben statt. Gekämpft wurde gegen die hohe Inflation, für gleiche Löhne, gegen Akkordarbeit, miese Arbeitsbedingungen und rassistische Zumutungen. Vom 14. bis 17. August 2023 führte die Radtour zu historischen Schauplätzen der Arbeitskämpfe im Ruhrgebiet und im Rheinland. Dabei fragten wir nach den Bedingungen für erfolgreiche, aber auch gescheiterte Solidarierungen und danach, was wir aus den Erfahrungen von damals für heutige Arbeitskämpfe lernen können.

Die Tour führte von Duisburg (Streik bei Mannesmann) über Dortmund (Arbeitskampf bei Hoesch Phönix) nach Gelsenkirchen (Streik bei AEG Küppersbusch) und Bochum (Opel-Streik). Von dort ging es weiter nach Neuss (Pierburg-Streik) und schließlich nach Köln (Ford-Streik). Vor Ort und im Rahmen von zwei Filmvorführungen kam es zu Gesprächen mit zahlreichen Zeitzeug*innen aus Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften. Dabei wurden die zum Teil sehr unterschiedlichen Perspektiven auf das damalige Geschehen deutlich. Einig war man sich aber darin: Auch wenn nicht alle spontanen Arbeitskämpfe erfolgreich waren, haben die Streiks die Arbeiterbewegung in Deutschland, die Gewerkschaften, die Gesellschaft und die Streikenden selbst verändert. Unsere Gesprächspartner*innen berichteten, dass sie durch ihr Engagement Selbstwirksamkeit als politische Akteur*innen erfahren haben, die sie bis heute trage.

Die Frage, unter welchen Bedingungen Solidarierungen erfolgreich sind, führte immer wieder zu Debatten über unterschiedliche Erwartungen an Gewerkschaften. Braucht es eine gewerkschaftliche Erneuerung? Braucht es ein politisches Streikrecht in Deutschland?



Der Band ist im November 2023 im Verlag Barbara Budrich erschienen.

RHEINLAND-PFALZ

BEITRAG ZUR ANTISEMITISMUSFORSCHUNG

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit und die politische Bekämpfung von Antisemitismus sind für die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit ihrer Gründung wichtige Anliegen. Angesichts der Ereignisse im Nahen Osten ist die Diskussion über Antisemitismus neu entflammt. Dabei spielt die spezifische Konstellation von postnazistischen ideologischen Kontinuitäten mit rassistischen und antisemitischen Deutungsmustern und gleichzeitig zunehmend (post-)migrantischen Identitäten in der deutschen Gegenwartsgesellschaft, in der gerade Antisemitismus immer wieder Gegenstand von Konflikten um Deutungsmacht und Aushandlungsprozessen wird, eine große Rolle. Angesichts dessen beleuchten die Autor*innen des von uns geförderten Bandes «Antisemitismus in der postnazistischen Migrationsgesellschaft. Eine interdisziplinäre Bestandsaufnahme» Kontinuitätslinien und aktuelle Entwicklungen des Antisemitismus in der Bundesrepublik und blicken auf Akteur*innen, Ideologien und die Möglichkeiten von Bildungsarbeit gegen Antisemitismus.

Der Sammelband bildet den Auftakt einer Reihe kritischer Auseinandersetzungen mit aktuellen und historischen Erscheinungsformen, den gesellschaftlichen Ursachen und vielfältigen Diskurssträngen des Antisemitismus in der deutschen Gegenwartsgesellschaft. Ziel der 2019 gegründeten Trierer Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (IIA), mit der die Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz eng zusammenarbeitet, ist es, diese antisemitischen Phänomene nicht nur zu benennen, sondern auch mit der Perspektive ihrer Überwindung zu analysieren. Die IIA bietet insbesondere Nachwuchswissenschaftler*innen die Gelegenheit, die Ergebnisse ihrer Forschungen zu präsentieren.

Durch das Open-Access-Format werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Antisemitismus einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und tragen so zur Bekämpfung jüdenfeindlicher Ressentiments bei.



Andrej Rudoy (Mitte) und Alexey Sakhnin mit Teilnehmenden im Restaurant Woll, Spichern.

SAARLAND

«MEETING GEGEN DEN KRIEG»

Als der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, waren viele Menschen in Deutschland nicht nur vom Ausmaß und den Grausamkeiten der Geschehnisse erschüttert, sondern auch von der Leichtigkeit überrascht, mit der sich die russische Linke mit den von Wladimir Putin proklamierten Kriegszielen solidarisierte. Sowohl die konforme und in der Duma vertretene Kommunistische Partei als auch viele andere kleinere linke Parteien, Organisationen und Gewerkschaften begrüßten den Krieg.

Nur wenige russische Linke fanden den Mut, den Krieg nicht als eine «militärische Sonderoperation zur Entnazifizierung der Ukraine» anzusehen und ihn abzulehnen. Eine der lautesten Stimmen gegen den Krieg ist die des Aktivisten, Gewerkschafters und Lehrers Andrej Rudoy. Seinen 2018 initiierten russischsprachigen YouTube-Channel haben mittlerweile rund 300.000 Menschen abonniert. Bis 2022 war er Ko-Vorsitzender der unabhängigen Lehrgewerkschaft Utschitel. Wie Alexey Sakhnin – Historiker, Publizist, Journalist und Mitbegründer der größten außerparlamentarischen linken Organisation «Linke Front» – war er in Russland zahlreichen Repressalien ausgesetzt und musste das Land verlassen. Rudoy floh nach Paris, wo er mithilfe von La-France-insoumise-Gründer Jean-Luc Mélenchon Zuflucht fand. Sakhnin war bereits 2013 ins Exil nach Schweden gegangen. Er war Mitglied des «Koordinationsrats der russischen Opposition», der im Zuge der Massenproteste 2011/12 entstanden ist.

Andrej Rudoy und Alexey Sakhnin kamen am 31. März 2023 auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland nach Deutschland, um über die Friedensbewegung in Russland zu berichten. Da beide in Frankreich Asyl beantragt haben, dürfen sie die deutsch-französische Grenze vorerst nicht überschreiten, weshalb unser Treffen im Restaurant Woll im französischen Spichern, nur etwa 100 Meter von der Grenze entfernt, stattfand.



Logo der Veranstaltungsreihe «Wege aus der linken Krise».

SACHSEN

«WEGE AUS DER LINKEN KRISE»

Kapitalismus, Klimakrise, Kriege – eigentlich gäbe es aus linker Perspektive viel zu tun. Doch die Linke ist zersplittert und trägt Streitigkeiten oft in aller Öffentlichkeit aus. In Zeiten multipler Krisen und tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Umbrüche ist sie viel zu oft mit sich selbst beschäftigt, statt echte gesellschaftliche Alternativen zu präsentieren.

In der sechsteiligen Veranstaltungsreihe «Wege aus der linken Krise» hat sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen der Problematik gestellt und gemeinsam mit 17 Referent*innen aus unterschiedlichen linken Kontexten (Stiftung, Partei, Gewerkschaften, Bewegung) die aktuelle Situation der gesellschaftlichen Linken analysiert, Utopien erörtert und konkrete Umsetzungsschritte hin zu einer neuen Gesellschaftsform diskutiert. Es wurden Verfehlungen und Potenziale linker Akteur*innen beleuchtet und versucht zu klären, welchen «Gebrauchswert» die Partei momentan noch hat. Gleichzeitig wurden Synergien aufgezeigt, die dazu beitragen können, die gesellschaftliche Linke wieder zu einer handlungsfähigen Kraft zu machen.

Weiterhin wurden konkrete Utopien und Umsetzungsstrategien für eine neue Gesellschaftsform diskutiert. Auch die Grenzen und Möglichkeiten von Organizing als Instrument der Mobilisierung wurden dabei besprochen.

Das Besondere an der Veranstaltungsreihe war neben der inhaltlichen Breite die Umsetzungsform. Während die Referent*innen mit dem Publikum in Leipzig zusammensaßen, wurde die Veranstaltung nach Chemnitz, Dresden, Görlitz und Zwickau übertragen. Dort fanden sich zahlreiche Interessierte zum gemeinsamen Anschauen der Veranstaltung, vor allem aber zum gemeinsamen Diskutieren der besprochenen Inhalte, zusammen. Dieser gemeinschaftliche Ansatz war den Veranstaltern besonders wichtig – es gab keinen Livestream für zu Hause. Mit der Veranstaltungsreihe wurden viele Menschen erreicht, die zuvor noch keine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung besucht hatten.



Rolf-Dietmar Schmidt (li.) und Dirk Oschmann.

SACHSEN-ANHALT

«DER OSTEN: EINE WESTDEUTSCHE ERFINDUNG»

34 Jahre nach dem Mauerfall, am 9. November 2023, luden die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt, die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und die Stadtbibliothek Halle zu einer ganz besonderen Lesung ins Stadthaus Halle: Dirk Oschmann, Bestsellerautor und Literaturprofessor, stellte sein Buch «Der Osten: eine westdeutsche Erfindung» (erschienen im Februar 2023 bei Ullstein) vor. Wie der Titel schon vermuten lässt, erhielt die Publikation viel Lob auf der einen und viel Kritik auf der anderen Seite und somit eine sehr hohe mediale Aufmerksamkeit.

Viele Menschen hatten das Bedürfnis, den Autor kennenzulernen und mit ihm ins Gespräch zu kommen, sodass selbst der riesige Festsaal der Stadt voll besetzt war. Der Abend wurde von Rolf-Dietmar Schmidt, Herausgeber und Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins *aspekt*, moderiert.

Dirk Oschmann betonte, er habe in seinem Buch nichts Neues geschrieben. Kritiker*innen regten sich nicht darüber auf, was er geschrieben habe, sondern wie er es geschrieben habe. Bewusst setzt der Autor auf Überspitzung. So habe der Osten den Eindruck gehabt, sich anpassen zu müssen, um «Westen» zu werden. Gleichwohl habe der Westen gedacht, er könne «Westen» bleiben und sein Bild vom Osten aus dem Kalten Krieg beibehalten. Kurz: Der Westen sei die Norm, der Osten die Abweichung. Was zu oft vergessen werde: Der Osten habe sich die Demokratie erkämpft und diese Selbstbefreiung des Ostens dürfe nicht als Sieg des Westens interpretiert werden. Das Publikum folgte den Ausführungen sehr aufmerksam und spendete zwischendurch immer wieder Applaus. Auch die anschließende Diskussion war sehr lebhaft, es wurden unter anderem Fragen zur Ostquote und zu einem Ostbeauftragten, die Rolle der AfD im Osten sowie das Interesse am Buch in westdeutschen Bundesländern erörtert. Sehr viele Teilnehmende zeigten sich von Oschmanns Buch begeistert und ließen es am Ende von ihm signieren.



Der Leopard 2 A5 der Bundeswehr.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

«IM RÜSTUNGSWAHN»

Am 21. März 2023 nahmen zahlreiche Flensburger*innen an einer friedenspolitischen Veranstaltung im Volksbad teil, zu der Attac Flensburg und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein geladen hatten. Thema des Abends war das neue Buch von Jürgen Wagner «Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisation» (erschienen 2022 im Papyrossa Verlag).

Laut Wagner gebe es derzeit das größte Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung seit Jahrzehnten. Bereits lange vor dem russischen Angriff der Ukraine sei die «Zeitenwende» (Olaf Scholz) vorbereitet worden, genau genommen seit der Münchner Sicherheitskonferenz 2014. Politische Großmachtsansprüche seien offen artikuliert worden, danach sei die Bundeswehr umgebaut und die Waffenbeschaffung massiv verstärkt worden. Seitdem steige der Verteidigungsetat signifikant – die Rede von der «kaputt gesparten Bundeswehr» entspreche nicht den Tatsachen. Diese Entwicklungen seien so gravierend für Deutschland, dass sie die politische Landschaft nachhaltig prägten.

Jürgen Wagner führte zentrale Thesen seines Buches aus und betonte die Dringlichkeit, Alternativen zu Aufrüstung und Militarisation zu finden. Er warnte davor, dass die aktuellen Maßnahmen nicht nur den militärisch-industriellen Komplex stärken, sondern auch dringend benötigte Ressourcen von anderen wichtigen Bereichen – die Bewältigung von Klimakrise, Gesundheitsproblemen, Armut – abziehen würden.

Die Veranstaltung in Flensburg bot viel Raum für kritische Diskussionen. Einig war man sich darin, dass es an der Zeit ist, eine breite öffentliche Debatte über die Verwendung von Ressourcen anzustoßen. In den Diskussionen spielten unterschiedliche Haltungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine gegen die russische Intervention kaum eine Rolle – ein wichtiger Schritt hin zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Rüstungspolitik der Bundesregierung.



Eingangsbereich zum Jugendclub Altes Gut in Jena-Burgau

THÜRINGEN

«JENA VOR DEM NSU»

Im April 2023 veröffentlichte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen gemeinsam mit dem Jenaer Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft den Forschungsbericht «Jena vor dem NSU – Rechtsextremismus bis 1990 in Jena und Ostthüringen», der die Entstehungsbedingungen des NSU und mögliche neonazistische Kontinuitäten beleuchtet.

Der Autor des Berichts, Michael Ebenau (Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen) hat dafür Akten der Polizei, der Staatsanwaltschaft und des Ministeriums für Staatssicherheit im ehemaligen Bezirk Gera ausgewertet. Er rekonstruiert, welche (neo-)nazistischen Strukturen staatlichen Behörden bekannt waren und wie sie in verschiedenen Phasen der DDR mit ihnen umgingen. Er identifiziert soziale Orte neonazistischer Politisierung im Bezirk Gera und fragt, inwiefern diese in den 1990er-Jahren und damit in der Zeit der Formierung des NSU fortwirkten. Wie viele antifaschistisch Engagierte trieb Ebenau nach der Selbstenntarnung des NSU die Frage um, wie es zur Bildung der rechtsterroristischen Gruppe kommen konnte. Mit seiner Forschungsarbeit liefert er dazu wichtige Erkenntnisse. Der Forschungsbericht wurde im April und Mai in Jena und Gera vorgestellt. Im November 2023 folgte ein zweiteiliger Workshop auf dem Antifaschistischen und Antirassistischen Ratschlag in Suhl. Dessen ersten Teil führte der Autor gemeinsam mit dem ehemaligen Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung Kai Richarz, der seine Masterarbeit basierend auf Erfahrungen antifaschistischer Akteur*innen im Bezirk Suhl zur Wendezeit verfasst hat, und einem Zeitzeugen durch. Der übergreifende Titel lautete: «Zur extremen Rechten in Thüringen, ihren Folgen und Widerstandsweisen aus historischer und Betroffenenperspektive». Teil eins befasste sich mit der extremen Rechten in den Bezirken Suhl und Gera. Zum zweiten Teil des Workshops wurde die Initiative «Blinde Flecken Erfurt» eingeladen, die subkulturelle und migrantische Perspektiven auf die 1990er-Jahre in Erfurt ergänzte.

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

Die Arbeit des Zentrums für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) im Jahr 2023 war vor allem geprägt von dem andauernden Krieg in der Ukraine sowie dem neu aufblühenden Krieg in Gaza infolge des Überfalls der Hamas auf Israel am 7. Oktober. Seitdem haben sich die Rahmenbedingungen für die Stiftungstätigkeiten in der Region, in der wir über drei Büros, in Tel Aviv, Ramallah und Beirut, verfügen, massiv verschlechtert. Zuallererst ging es darum, die Kolleg*innen vor Ort vor den Folgen des Krieges zu schützen und die Arbeit an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Leitungen der Büros in Tel Aviv und Ramallah mussten die Projektarbeit umstellen (zum Teil auch einstellen) und viel Energie und Zeit darauf verwenden, über die aktuellen Ereignisse und Entwicklungen in Israel und Palästina zu berichten. In Berlin fanden mehrere Briefings, aber auch hochkarätig besetzte öffentliche Veranstaltungen statt, unter anderem mit der israelischen Partnerorganisation Standing Together zur Friedensarbeit in Zeiten des Krieges. Die Projektarbeit der Büros in Tel Aviv und Ramallah wird aller Voraussicht nach 2024 schrittweise wieder aufgenommen werden, soweit es die Bedingungen zulassen.

Im Berichtsjahr gab es zudem einen Wechsel an der Spitze des ZID. Boris Kanzleiter, der es von 2016 bis 2023 souverän und mit viel Geduld durch allerlei Krisen gesteuert hat, wechselte von Berlin nach Athen, wo er seit Januar 2024 das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung leitet. Sein Nachfolger ist seit Dezember 2023 Philip Degenhardt, der zuvor dem Regionalbüro Südostasien in Hanoi vorstand und viele Erfahrungen und Ideen mitbringt, um das ZID erfolgreich durch die nächsten Jahre zu führen. Es gab weitere Personalwechsel: Gil Shohat leitet seit März das Israel-Büro in Tel Aviv, Karin Gerster übernahm die Leitung des Regionalbüros Palästina und Jordanien in Ramallah, Stefan Mentschel wechselte von der Bundesstiftung in Berlin in das Büro in Hanoi.

Dass die Stiftung über ihre 26 Auslandsbüros direkt mit linken sozialen und politischen Kämpfen in verschiedenen Ländern und Kontinenten verbunden ist, stellt einen unschätzbaren Erfahrungsreichtum dar, den es auch für die Arbeit der Stiftung im Inland zu nutzen gilt. Mitarbeiter*innen des ZID haben sich 2023 aktiv in den Organisationsentwicklungsprozess der Stiftung eingebracht und diesen mit ihren internationalistischen Perspektiven bereichert. Ganz im Sinne der neuen Planungsvorgaben und der vom Vorstand entwickelten thematischen Handlungsfelder hat das ZID 2023 einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema Friedenspolitik und geopolitische Herausforderungen gelegt. Ein Beispiel für die besonders gelungene Verbindung von Auslands- und Inlandsarbeit ist der Podcast «dis:arm» über die Möglichkeiten friedlicher Außenpolitik.



BRICS-Gipfel, Johannesburg, 24. August 2023.

MULTIPOLARE WELTORDNUNG - HOFFNUNG AUF GERECHTE INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Ein Begriff, der die internationale Politik im Jahr 2023 prägte und auch für die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung an Bedeutung gewann, ist Multipolarismus. Doch was genau bedeutet er, welche Rolle spielt er in der heutigen Weltordnung und wie betrachten wir als Linke diese Entwicklung?

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die globalen Kräfteverhältnisse und -konstellationen erneut verschoben. Für die Europäische Union stellt sich die Frage, wie sie sich als Akteurin in der Sicherheitspolitik etabliert. Staaten wie Südafrika, China, Indien, Brasilien und die Türkei werden immer wichtiger in der Weltpolitik. Auch andere Länder des globalen Südens verfügen inzwischen über ausreichend Souveränität, um sich für ihre eigenen Interessen und Prioritäten einzusetzen. Sie lösen sich aus der westlichen Dominanz und sind nicht länger bereit, einfach nur den Vorgaben der USA zu folgen. 2023 beschloss die BRICS-Gruppe, zum 1. Januar 2024 mit Ägypten, Argentinien, Iran, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten weitere Staaten aufzunehmen. Etwa 40 Prozent der Weltbevölkerung, fast 3,3 Milliarden Menschen, leben derzeit in den BRICS-Staaten.

Das zeigt, wir befinden uns in einer dynamischen und turbulenten Übergangszeit, in der sich die über Jahrzehnte einseitig von den USA geprägte Weltordnung hin zu einer multipolaren entwickelt. Diese ist geprägt von verschiedenen Machtzentren, die sowohl miteinander konkurrieren als auch kooperieren. Die Hoffnung vieler Linker ist, dass Multipolarismus eine Weltordnung befördert, die für mehr Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zwischen den Nationen und für einen Interessenausgleich sorgt. Multipolarismus verspricht, alte Hierarchien und einseitige Abhängigkeiten aufzubrechen. In der Vergangenheit hat das unipolare System zu zahlreichen Kriegen und Konflikten geführt, da der globale Norden seine Macht oft nur sehr eigennützig einsetzt, vor allem um seine wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen. Zudem birgt Multipolarismus die Chance, den Stimmen kleinerer Nationen mehr Gehör zu verschaffen. Eine multipolare Weltordnung, so die These, könne es allen oder zumindest mehr Nationen ermöglichen, gleichberechtigt an der Gestaltung der internationalen Politik mitzuwirken.

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung und insbesondere das Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit bedeutet dies, sich an Kräften und Initiativen zu orientieren (und diese nach Möglichkeit zu stärken), die auf kontinuierlichen

Dialog und Kooperation setzen. Denn das ist unabdingbar, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu fördern sowie Frieden und Sicherheit durch bilaterale und multilaterale Koordination und Zusammenarbeit zu gewährleisten. Alle Staaten, unabhängig von ihrer Größe, Konstitution oder wirtschaftlichen Lage, gehören gleichwertig der internationalen Gemeinschaft an. In einer Weltordnung mit vielfältigen Machtzentren ist das von besonderer Bedeutung.

Das ZID wird daher weiterhin die Arbeit und Rolle von regionalen Allianzen und Organisationen wie der Europäischen Union, der Organisation Amerikanischer Staaten, der Afrikanischen Union oder der Shanghai Cooperation Organization, um nur einige zu nennen, kritisch verfolgen und analysieren. Gleichzeitig ist und bleibt es die Aufgabe einer linken Organisation wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, auch die neuen Machtzentren und potenziellen neuen, wenn auch vielleicht kleineren Hegemone dahingehend zu betrachten und zu bewerten, inwieweit sie sich für gleichberechtigte internationale Beziehungen, soziale Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenrechte einsetzen. Wir können uns aber als Linke nicht allein auf die Bereitschaft von Regierungen und Staaten(-bündnissen) verlassen, die anstehenden globalen Herausforderungen zu bewältigen. Auch in einer multipolaren Welt braucht es weiterhin das Engagement sozialer Bewegungen, um eine gerechtere und solidarischere Weltordnung zu schaffen.

**FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK:
NICHT MEHR ALS PURPLE WASHING UND
ETIKETTENSCHWINDEL?**

Das Krisen- und Kriegsgeschehen in Westasien sowie der andauernde Krieg in der Ukraine haben die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2023 sehr geprägt. Dabei ist uns stets wichtig, auch eine feministische Perspektive einzunehmen. Mit Blick auf die jüngst vom Auswärtigen Amt (AA) herausgegebenen Leitlinien zur Feministischen Außenpolitik ist eine Verortung aber nicht ganz einfach. Das Konzept ist zwar in aller Munde, lädt aber auch zu Missbrauch ein. Es umfasst die sogenannten 3 R: Rechte, Ressourcen, Repräsentation. Es geht um die Stärkung und den Schutz von «Frauen und marginalisierten Menschen», um die Durchsetzung ihrer politischen und Selbstbestimmungsrechte und darum, sie auf diplomatischer Ebene und in Führungspositionen mehr zu fördern. Frauen und Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) sollen besseren Zugang zu Bildung, Gesundheit sowie zum Arbeitsmarkt erhalten, außerdem soll ihre besondere Vulnerabilität in Kriegs- und Ausbeutungsverhältnissen berücksichtigt werden. Dabei ist sowohl dem AA als auch dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) klar, dass sie dringend auch die eigenen Strukturen in den Blick nehmen und entsprechend verändern müssen. Bei Themen wie reprodu-



Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro, Bogota, 3. August 2023.

tive Selbstbestimmung, Rechte von LSBTI, Implementierung der Istanbul-Konvention, Femizide oder Gender Mainstreaming hat Deutschland selbst noch sehr viel zu tun.

Die derzeit praktizierte Feministische Außenpolitik ist entgegen dem eigenen Anspruch nach wie vor kein Querschnittsansatz. Sie wird systematisch konterkariert und fällt anderen Interessen zum Opfer. Es fehlt an Implementierungskohärenz, Konsistenz und Glaubwürdigkeit. Sie muss sich (auch) daran messen lassen, was sie auf höchster realpolitischer Ebene bewirkt. Seit Antritt der Ampelregierung gab es zahlreiche globale Entwicklungen, die Steilvorlagen für eine Feministische Außenpolitik hätten sein können: der Einsatz für eine sofortige Waffenruhe in Gaza, die Einstellung von Waffenexporten oder ein überzeugendes Engagement gegen die Niederschlagung der feministischen Proteste im Iran. Die Ansage «Wir stärken gendersensible Ansätze in der Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle» kommt angesichts des 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens für die Bundeswehr geradezu zynisch daher. Die gemeinsame europäische Migrationspolitik (GEAS) in Form von Abschottung und systematischer Entrechtung von Asylsuchenden ist immanent antifeministisch und mit einer menschenrechtsbasierten Politik nicht vereinbar. Feministische Außenpolitik, wie sie derzeit vom Auswärtigen Amt vertreten wird, scheint sich im Wesentlichen auf die Entwicklungszusammenarbeit sowie auf Repräsentationsfragen zu beschränken, mit einem, wenn überhaupt nur an der Oberfläche kratzenden Gender-Budgeting. Mit einem kohärenten, gendertransformativen und systemkritischen Ansatz hat das wenig zu tun.

**MILITÄR ODER ZIVIL? HAUPTSACHE AUTORITÄR!
ZUR LAGE IN WESTAFRIKA**

Ein Militärputsch kommt selten allein: Studien zeigen, dass ein Putsch im Putsch wahrscheinlich ist. Und in Westafrika sieht man, dass ein Putsch auch Militärs in Nachbarländern

inspiriert. Seit 2020 gab es dort bislang sechs Putsch in vier Staaten. Das Militär begründet sein Einschreiten mit einer sich verschlechternden Sicherheitslage angesichts dschiha-distischen Terrorismus und sozioökonomischer Krisen. Tatsächlich war die Bevölkerung in Mali, Guinea, Burkina Faso und Niger in vielerlei Hinsicht unzufrieden mit ihrer Regierung.

Die Militärregierungen in Mali, Burkina Faso und Niger taten sich Ende 2023 zu einer Allianz der Sahelstaaten zusammen und kündigten ihren Austritt aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) an. Aus populistischen Gründen bedienen sie sich einer bestimmten Rhetorik. Sie inszenieren sich als Macherinnen, die mit neokolonialen Abhängigkeiten brechen und ihre Länder endlich in die lang ersehnte Selbstbestimmung führen. Das ist eine große und mehr als berechtigte Hoffnung, nimmt doch der Westen, allen voran die Ex-Kolonialmacht Frankreich, nach wie vor großen Einfluss auf die politische und ökonomische Entwicklung der Länder. Leider folgen den großen Worten bisher wenig progressive Taten, sie sind vielmehr flankiert von Repressionen gegen Kritiker*innen.

Damit stehen die Militärs aber nicht allein da. Autoritarismus ist überall in der Region auf dem Vormarsch: Präsidenten bleiben länger im Amt als rechtmäßig (Côte d'Ivoire, Togo), Oppositionelle werden vor Wahlen ausgeschaltet (Benin, Senegal)

und Parlamente entmachtet (Guinea-Bissau). Zusammen mit dem Ausbleiben materieller Verbesserungen für den Großteil der Bevölkerungen schürt genau das weiter Unzufriedenheit. Zwar bietet sich Russland verstärkt als alternativer Kooperationspartner zum immer verpönten Westen an. Länder wie Mali blicken bereits auf eine lange Zusammenarbeit mit Russland zurück. Die zunehmend multipolare Welt eröffnet für die Regierungen Westafrikas neue Handlungsspielräume. Doch bleibt es unwahrscheinlich, dass Westafrika die ersehnte Selbstbestimmung erlangt, solange Handels- und Finanzbeziehungen ungleich bleiben – egal ob mit Russland, China, den USA oder der EU. Vielmehr müssten neben der Abkehr von der Kolonialwährung Franc CFA der innerafrikanische Handel gefördert und landwirtschaftliche Programme aufgelegt sowie staatliche Strukturen und soziale Infrastruktur gestärkt werden. Dass dabei wirkliche Mitbestimmung grundlegend ist, erklärt sich von selbst, wenn weitere Konflikte in der Region vermieden werden sollen.

Gegen autoritäre Regime und für nachhaltig progressive Veränderung bedarf es linker Organisation(en). Deshalb arbeitet die Rosa-Luxemburg-Stiftung in acht Ländern Westafrikas mit Partnern wie progressiven Gewerkschaften, Berufsverbänden von Fischer*innen, Jugend- und Frauengruppen sowie Klimaaktivist*innen zusammen. Sie unterstützen diejenigen aus der Zivilgesellschaft, die für eine bessere Zukunft streiten.

Demonstration gegen die Sanktionen der ECOWAS gegenüber Mali, Bamako, Januar 2022.



LINKSREGIERUNG IN KOLUMBIEN STÖSST BEI FRIEDENSVERHANDLUNGEN AUF WIDERSTAND

2016 schlossen die kommunistische FARC-Guerilla und die kolumbianische Regierung Frieden. Die internationale Freude war groß, schließlich endete damit ein 50 Jahre alter Bürgerkrieg. Die Hoffnung, dass ein Abkommen Frieden schafft, ist nachvollziehbar, doch blendete sie aus, dass es in Kolumbien weitere bewaffnete Gruppen und Kämpfe gibt und dass Frieden ein langer Prozess mit vielen Hindernissen ist.

Erstmals in seiner Geschichte hat Kolumbien heute mit dem Ex-Guerillero Gustavo Petro als Präsidenten und der afrokolombianischen Aktivistin Francia Márquez als seiner Stellvertreterin eine linke Regierung.

Das nach ihrer Wahl 2022 verabschiedete «Gesetz für den totalen Frieden» stellte zum ersten Mal fest, dass im Land ein bewaffneter Konflikt existiert, dem auch soziale Ursachen (wie Landkonflikte, Ungleichheit und Gewaltbereitschaft der ökonomischen Eliten) zugrunde liegen. Die rechten Vorgängerregierungen hatten nämlich allein die FARC als Ursache ausgemacht, während Petro mit allen bewaffneten Gruppen verhandeln will. Denn nach dem Rückzug der FARC ist in den von ihr vormals kontrollierten Territorien ein Machtkampf zwischen anderen Guerillagruppen, Paramilitärs und Narcoparamilitärs entbrannt. Sie alle führen den Krieg gegen die Armen weiter.

Auch im Jahr 2023 hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung, insbesondere ihr Regionalbüro in Quito, das auch für Kolumbien zuständig ist, den schwierigen Friedensprozess und die unübersichtliche Konfliktkonstellation dort zum Thema von Publikationen und Veranstaltungen gemacht. Am 21. Juni berichtete José Benito Garzon, kolumbianischer Historiker und aktiv in vielen Basisbewegungen, auf Einladung der Stiftung in Berlin über die aktuelle Situation. Die Widerstände gegen die Vorhaben der neuen Regierung seien groß. Zwar habe diese 2023 mit der linken Guerillaorganisation ELN einen Waffenstillstand vereinbaren können, insbesondere in vielen ländlichen Regionen sei die Lage der Bevölkerung aber unsicherer als noch vor zehn Jahren. Dass die rechte Opposition behindert, wo sie kann, darauf verweist ein Beitrag des Journalisten Raul Zelik mit dem Titel «Kolumbien: An der Regierung, aber nicht an der Macht», den die Stiftung Ende August auf ihrer Website veröffentlichte. So hat sie das «Gesetz für den totalen Frieden» durch eine Verfassungsklage verwässert. Das zeigt: Friedensprozesse sind kompliziert und schwierig. Sie brauchen eine Bevölkerung, die sich beteiligt, viel Zeit und internationale Unterstützung.

.....
[Eine erste Bilanz zur Regierung Petro findet sich hier: \[www.rosalux.de/news/id/50936/kolumbien-an-der-regierung-aber-nicht-an-der-macht\]\(http://www.rosalux.de/news/id/50936/kolumbien-an-der-regierung-aber-nicht-an-der-macht\)](http://www.rosalux.de/news/id/50936/kolumbien-an-der-regierung-aber-nicht-an-der-macht)



Luka Mesec, Vorsitzender von Levica.

BEVOR EUROPA WÄHLT: ZUR LAGE UND ZU DEN AUSSICHTEN LINKER PARTEIEN

.....
 2024 stehen für die Hälfte der Weltbevölkerung Wahlen an. Knapp 450 Millionen Menschen können über ein neues Europäisches Parlament abstimmen. Im Vergleich zu 2019 ergibt sich bereits jetzt schon ein verändertes Bild in Europa, insbesondere wenn man auf die linken Parteien und Akteure schaut. In gleich zwei Ländern gab es im Berichtsjahr in den jeweils größten linken Parteien Europas Spaltungen. In Deutschland treten jetzt die Partei Die Linke und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), in Griechenland Syriza und die gerade neu gegründete Nea Aristera getrennt an.

In Spanien konnte 2023 das Linksbündnis Sumar mit der aus der Partei Izquierda Unida stammenden Spitzenkandidatin Yolanda Diaz erneut in die Regierung einziehen. Die Wahlprognosen für Sumar liegen stabil bei um die 10 Prozent. Gleiches gilt für die finnische Left Alliance, für die Li Andersson, ihre Vorsitzende und ehemalige Bildungsministerin, bei den Europa-Wahlen erneut antreten wird. In Irland könnten die anstehenden Wahlen für Sinn Féin ähnlich gut ausgehen wie in Nordirland, wo ihre Schwesterpartei (Sinn Féin Großbritannien) mit Michelle O’Neil an der Spitze die Regierungsgeschäfte übernehmen konnte. Die nun mögliche Abstimmung über die Wiedervereinigung Irlands könnte in diesem Jahr Geschichte schreiben und diese weiter vorantreiben. Ein Positivbeispiel für erfolgreiche linke Regierungspolitik in Europa bleibt die Linkspartei Levica in Slowenien, die als kleiner Koalitionspartner einer Mitte-links-Koalition im Berichtszeitraum relevante Erfolge verbuchen konnte. Dazu gehört die Verabschiedung eines neuen demokratischen Mediengesetzes, das die politische und finanzielle Einflussnahme auf

den öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch politische Parteien oder kapitalstarke Unternehmen unterbinden soll. Des Weiteren wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Überführung von Unternehmen in Belegschaftseigentum erleichtert und somit einen wichtigen Beitrag für die Demokratisierung des slowenischen Wirtschaftssystems leistet.

Die Entwicklungen in den EU-Mitgliedsstaaten werfen die Frage auf, wie sich die linke Fraktion im Europaparlament THE LEFT zukünftig zusammensetzen wird. Es könnte sein, dass Teile von Sumar in die Grüne Fraktion eintreten werden, genauso wie die Vertreter*innen der polnischen Linkspartei Razem, die die neue Tusk-Regierung toleriert. In Frankreich hat sich anfänglichem Optimismus zum Trotz das Linksbündnis NUPES nicht stabilisieren können. Während beim BSW zu erwarten ist, dass es sich bei einem Einzug ins Europaparlament einer konservativen oder populistischen Gruppe anschließen wird, könnten sich sowohl Syriza als auch Nea Aristera in THE LEFT wiederfinden.

Es bleibt zu hoffen, dass 2024 zumindest einige Kandidat*innen aus mittel- und osteuropäischen Ländern in das Europäische Parlament einziehen und sich THE LEFT anschließen werden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die beschriebenen Prozesse in allen Ländern 2023 begleitet.



Wenke Christoph,
Anne Steckner (Hrsg.)
**HÄUFIG GESTELLTE
FRAGEN ZUR
EUROPÄISCHEN
UNION**
KLEINE KRITISCHE
INSTITUTIONENKUNDE
2. Auflage, überarbeitet
und aktualisiert von
Stephan Kaufmann
Broschur, 76 Seiten
ISBN 978-3-948250-74-4

Download und
Bestellung unter
[www.rosalux.de/
publikation/
id/40358](http://www.rosalux.de/publikation/id/40358)

Podiumsdiskussion auf der Veranstaltung «Europa den Räten!» mit Florian Schneider, Vincent Bababoutilabo und Raul Zelik (v. l. n. r.), Volksbühne Berlin, November 2023.



DIE AUSLANDS-BÜROS

MEXIKO-STADT

NEW YORK

QUITO

SÃO PAULO

BUENOS AIRES

REFERAT LATEINAMERIKA

ANDENREGION



Sitz: Quito/Ecuador
 Gründungsjahr: 2010
 Projektländer: Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Venezuela
 Büroleitung: Karin Gabbert
www.rosalux.org.ec

BRASILIEN UND PARAGUAY



Sitz: São Paulo/Brasilien
 Gründungsjahr: 2003
 Projektländer: Brasilien, Paraguay
 Büroleitung: Andreas Behn
www.rosalux.org.br

CONO SUR



Sitz: Buenos Aires/Argentinien
 Gründungsjahr: 2015
 Projektländer: Argentinien, Chile, Uruguay
 Büroleitung: Torge Löding
rosalux-ba.org

DIALOGPROGRAMM FEMINISMUS

Sitz: Buenos Aires/Argentinien (im Regionalbüro)
 Gründungsjahr: 2019
 Projektländer: weltweit (Schwerpunkt: Lateinamerika)
 Programmleitung: Alex Wischniewski

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA



Sitz: Mexiko-Stadt/Mexiko
 Gründungsjahr: 2007
 Projektländer: Costa Rica, Guatemala, Kuba, Mexiko, Nicaragua
 Büroleitung: bis August 2023: Dieter Müller, interim: Caroline Kim, ab März 2024: Gerold Schmidt
www.rosalux.org.mx

REFERAT INTERNATIONALE POLITIK

NORDAMERIKA UND VEREINTE NATIONEN

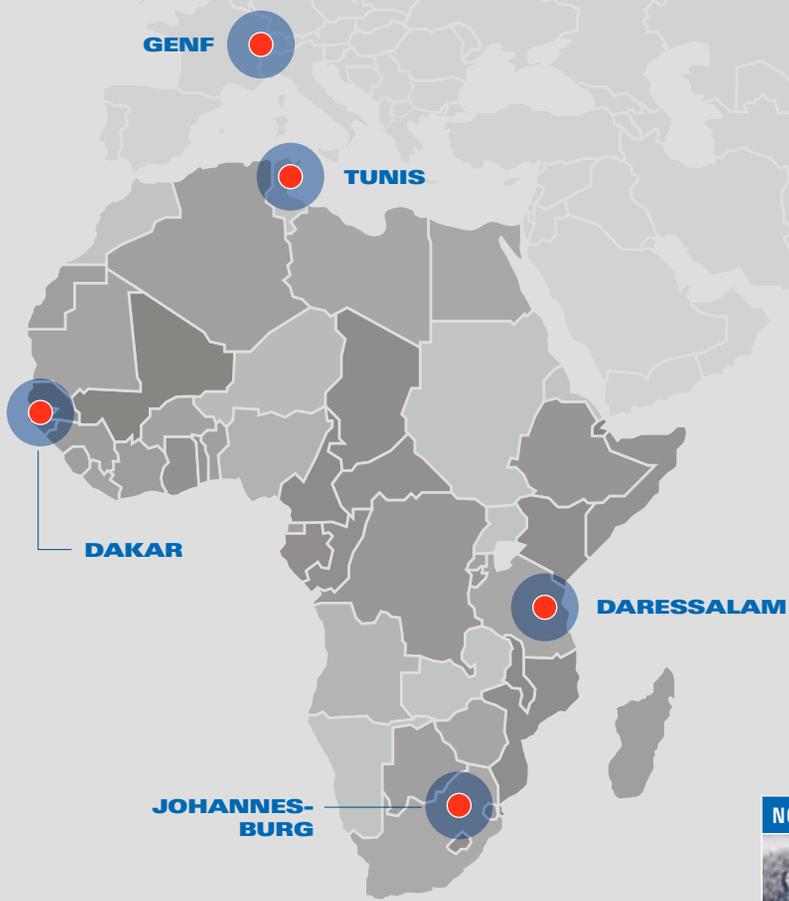


Sitz: New York/USA
 Gründungsjahr: 2012
 Projektländer: USA, Kanada, Standorte der Vereinten Nationen
 Büroleitung: Andreas Günther, ab März 2024: Stefan Liebich
<https://rosalux.nyc/de>

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSPOLITIK UND GLOBALE SOZIALE RECHTE



Sitz: Genf/Schweiz
 Gründungsjahr: 2019
 Projektländer: Standorte der Vereinten Nationen
 Büroleitung und Programmleitung Internationale Gewerkschaftspolitik: Jan Leidecker
 Programmleitung Globale Soziale Rechte: Eva Wuchold
<https://rosalux-geneva.org/de>



REFERAT AFRIKA

OSTAFRIKA



Sitz: Daressalam/Tansania
Gründungsjahr: 2012
Projektländer: Äthiopien, Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda
Büroleitung: Katrin Voss
www.rosalux.or.tz

WESTAFRIKA



Sitz: Dakar/Senegal
Gründungsjahr: 2010
Projektländer: Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Mali, Niger, Nigeria, Senegal
Büroleitung: Claus-Dieter König
www.rosalux.sn

NORDAFRIKA



Sitz: Tunis/Tunesien
Gründungsjahr: 2014
Projektländer: Tunesien, Ägypten, Algerien, Marokko, Sudan
Büroleitung: Armin Osmanovic
<https://rosaluxna.org>

WISSENSCHAFTSKOOPERATION NORDAFRIKA



Sitz: Tunis/Tunesien
Gründungsjahr: 2015
Programmländer: Tunesien
Programmleitung: Nadia El Ouerghemmi
<https://academiccooperation-rosalux.org/en/homepage>

SÜDLICHES AFRIKA



Sitz: Johannesburg/Südafrika
Gründungsjahr: 2003
Projektländer: Südafrika, Simbabwe, Mosambik, Mauritius, Namibia, Botswana, Komoren, Madagaskar, Seychellen
Büroleitung: Janine Walter
www.rosalux.co.za

DIALOGPROGRAMM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT



Sitz: Johannesburg/Südafrika (im Regionalbüro)
Gründungsjahr: 2017
Programmländer: weltweit (Schwerpunkt: südliches Afrika)
Programmleitung: Jan Urhahn
www.rosalux.co.za

REFERAT EUROPA

SÜDOSTEUROPA



Sitz: Belgrad/Serbien
Gründungsjahr: 2010
Projektländer: Serbien, Kroatien, Slowenien, Bulgarien, Nord-Mazedonien, Rumänien, Montenegro
Büroleitung: Maria Oshana
www.rosalux.rs

ORTSKRAFTBÜRO BOSNIEN UND HERZEGOWINA



Sitz: Tuzla/Bosnien und Herzegowina
Gründungsjahr: 2020
Projektländer: Bosnien und Herzegowina, Albanien, Kosovo
Büroleitung: Maria Oshana
www.facebook.com/RLStuzla

OSTMITTELEUROPA



Sitz: Warschau/Polen
Gründungsjahr: 2003
Projektländer: Polen, Litauen, Lettland, Estland
Büroleitung: Achim Kessler
www.rls.pl

WESTEUROPA



Sitz: Brüssel/Belgien
Gründungsjahr: 2008
Projektländer: Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien, Österreich, Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen, Island
Büroleitung: Anna Schröder
www.rosalux.eu

DIALOGPROGRAMM HANDEL UND WIRTSCHAFT

Sitz: Brüssel/Belgien (im Regionalbüro)
Gründungsjahr: 2018
Programmländer: weltweit (Schwerpunkt: Europa und EU-Handelsbeziehungen)
Programmleitung: Arif Rüzgar
www.rosalux.eu

ORTSKRAFTBÜRO SPANIEN UND PORTUGAL

Sitz: Madrid/Spanien
Gründungsjahr: 2017
Projektländer: Spanien, Portugal
Büroleitung: Anna Schröder
www.rosalux.eu

MITTELEUROPA



Sitz: Prag/Tschechien
Gründungsjahr: 2018
Projektländer: Tschechien, Slowakei, Ungarn
Büroleitung: Joanna Gwiazdecka
<https://rosalux.cz>

VEREINIGTES KÖNIGREICH UND IRLAND



Sitz: London/Großbritannien
Gründungsjahr: 2019
Projektländer: Vereinigtes Königreich, Irland
Büroleitung aus Berlin: Johanna Bussemer
www.rosalux.eu/en/topic/1567-rls-office-london.html

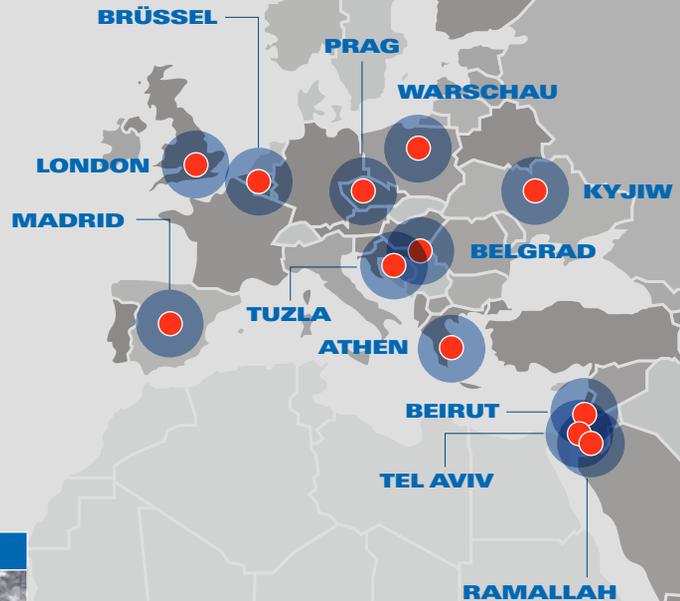
GRIECHENLAND



Sitz: Athen/Griechenland
Gründungsjahr: 2012
Projektländer: Griechenland, Mittelmeerregion
Büroleitung: Boris Kanzleiter
<http://rosalux.gr/de>

UKRAINE

Sitz: Kyjiw/Ukraine
Gründungsjahr: 2016
Projektländer: Ukraine
Büroleitung: Ivo Georgiev
<http://rosalux.org.ua/de/>





REFERAT WESTASIEN

ISRAEL



Sitz: Tel Aviv/Israel
Gründungsjahr: 2009
Projektland: Israel
Büroleitung: Gil Shohat
www.rosalux.co.il

PALÄSTINA UND JORDANIEN



Sitz: Ramallah/Palästina
Gründungsjahr: 2008
Projektländer: Palästina, Jordanien
Büroleitung: Karin A. Gerster
www.rosalux.ps

CHINA



Sitz: Peking/China
Gründungsjahr: 2008
Projektland: China
Büroleitung: Jan Turowski
www.rosalux.de

SÜDOSTASIEN (BÜRO MANILA)



Sitz: Manila/Philippinen
Gründungsjahr: 2019
Projektländer: Philippinen, Indonesien, Malaysia
Büroleitung: Liliane Danso-Dahmen
www.rosaluxmanila.org

SÜDASIEN



Sitz: Neu-Delhi/Indien
Gründungsjahr: 2010
Projektländer: Indien, Nepal, Bangladesch, Sri Lanka, Pakistan
Büroleitung: Nadja Dorschner, ab März 2024: Britta Petersen
www.rosalux.in

SÜDOSTASIEN (BÜRO HANOI)



Sitz: Hanoi/Vietnam
Gründungsjahr: 2009
Projektländer: Vietnam, Kambodscha, Laos, Myanmar, Thailand
Büroleitung: Stefan Mentschel
www.rosaluxhanoi.org

ZENTRALASIEN



Sitz: Almaty/Kasachstan
Gründungsjahr: 2017, eröffnet 2019
Projektländer: Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan
Büroleitung: Marlies Linke
<https://en.rosalux-ca.org>
<https://ru.rosalux-ca.org>

LIBANON, SYRIEN, IRAK



Sitz: Beirut/Libanon
Gründungsjahr: 2017
Projektländer: Libanon, Syrien, Irak, Iran, Jemen, Saudi-Arabien, Katar
Büroleitung: Tanja Tabbara, ab September 2024: Corinna Bender
www.rosalux-lb.org

GEFÖRDERTE PROJEKTE

Auch im Jahr 2023 kooperierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung über die externe Projektförderung mit verschiedenen Trägern politischer Bildung in allen Bundesländern. Aus 195 Anträgen auf Projektförderung wurden 59 Projekte für die Förderung ausgewählt. Davon wurden 25 Projekte von den Mitarbeiter*innen der Regionalbüros und Landesstiftungen betreut.

Auf die thematische Ausschreibung «Solidarität bilden. Wie geht soziale Gerechtigkeit in der Krise?» haben sich 13 Projekte beworben, von denen fünf Projekte mit bis zu 5.000 Euro gefördert wurden.

- Seminartage: «Let's talk about System Change!», Bund Deutscher Pfandfinderinnen – Landesverband M-V e. V., März bis Oktober 2023 in Schwerin – 2.550 Euro
- Workshops und Publikation: «Basisarbeit heißt auch Konflikt – wie wir mit Unterschieden arbeiten und miteinander wachsen», European Youth for Action Germany e. V., Februar bis August 2023 in Salzderhelden und Berlin – 4.300 Euro
- Publikation: «Öffentlicher Luxus», Communia e. V., Berlin – 5.000 Euro
- vier Radiobeiträge: Perspektiven von Armut in Deutschland, OS-Radio 104,8 e. V., Osnabrück, Januar bis April 2023 – 1.600 Euro
- zwei Podcast-Folgen: «Ohne Mehrwert 2.0», sozialwissenschaftsladen berlin gUG, April bis Dezember 2023 – 2.000 Euro

Insgesamt wurden knapp 110.000 Euro in der externen Projektförderung vergeben, von denen rund 35.000 Euro den Regionalbüros und Landesstiftungen zur Verfügung standen. Größtes Projekt im Jahr 2023 war die Linke Medienakademie 2023, die unter dem Motto «WTF – What the future?!» im April stattfand. Die meisten Projekte (zehn) wurden im Themenbereich Geschlechterverhältnisse gefördert, dicht gefolgt von neun Projekten im Themengebiet Gesellschaftstheorie und Kapitalismuskritik.

Im Jahr 2023 unterstützte die Stiftung die folgenden zwei Großprojekte:

- LiMA23: «WTF – What the future?!», Linke Medienakademie e. V., 11. bis 16. April 2023 in Berlin – 30.000 Euro
- Feministische Sommerakademie 2023: «Hoch die feministische Solidarität!», Frauensommerakademie e. V., 29. Juni bis 2. Juli 2023 in Brandenburg – 8.000 Euro

Der größte Anteil der geförderten Projektvorhaben bestand aus Präsenzveranstaltungen in größeren oder kleineren Formaten (insgesamt 50). Darüber hinaus wurden fünf Publika-

tionen, zwei Podcasts, die Erstellung einer Ausstellung und ein Dokumentarfilm gefördert.

Mit zehn Projekten waren Vorhaben zum Themenfeld Geschlechterverhältnisse am stärksten vertreten. Hier einige Beispiele für geförderte Projekte:

- For A Change e. V.: «For A Change Festival», queeres jugendkulturelles Festival, 21. und 22. Juli 2023 in Passau – 1.000 Euro
- Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V.: Feministisches Jugendcamp, 6. bis 9. Juli 2023 in Heideruh – 2.000 Euro

Mit neun Projekten gehörte zudem das Thema Gesellschaftstheorie und Kapitalismuskritik zu den Schwerpunkten der Projektförderung. Unter anderem förderten wir:

- Subotnik e. V.: «Kantine Sabot – Theorie und Geschichte des Anarchismus», 31. Juli bis 6. August 2023 in Chemnitz – 2.000 Euro
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e. V.: «Digitalisierung und Demokratie», BdWi-Herbstakademie 2023, 14. bis 17. September 2023 in Regensburg – 4.000 Euro

Mit sieben Projekten war das Themenfeld soziale Infrastrukturen, soziale Rechte und soziale Gerechtigkeit in der Projektförderung vertreten. Hier eine Auswahl:

- SoliMed e. V.: «Vom Ehrenamt zur transformativen Lohnarbeit», Workshop, 15. April 2023 in Köln – 500 Euro
- Zentrum Raum e. V.: «(re)searching urbanity», Symposium, 4. bis 6. August 2023 in Berlin – 2.000 Euro

EIN EINBLICK IN DIE VIELFALT DER GEFÖRDERTEN PROJEKTE

Die externe Projektförderung ermöglichte und begleitete 2023 ein thematisch breites Spektrum an Veranstaltungen und Vorhaben, die sich mit unterschiedlichen Formaten an diverse Zielgruppen richteten. Im Folgenden werden fünf Projekte vorgestellt.

COMMUNIA E. V.: BUCH UND BEWEGUNGS-WORKSHOPS ZUM THEMA «ÖFFENTLICHER LUXUS», OKTOBER 2023 IN BERLIN – 5.000 EURO

Im Rahmen einer thematischen Ausschreibung förderte die Stiftung im Berichtszeitraum die Buchpublikation «Öffentlicher Luxus» (Karl Dietz Verlag, hrsg. von communia & BUNDjugend) mit 5.000 Euro. Eine erste Buchvorstellung erfolgte am 1. November 2023 in den Berliner Stiftungsräumen. Mit «Öffentlicher Luxus» ist der bedingungslose Zugang zu Dingen gemeint, die unser Leben möglich und schön machen: vom öffentlichen Nahverkehr, der Autos überflüssig macht,

THEMEN DER GEFÖRDERTEN PROJEKTE

IM JAHR 2023 HAT
DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
59 VORHABEN GEFÖRDERT





Szenenbild «Invisible Game – (k)eine Grenze», Heimathafen Neukölln, Berlin, März 2023.

über öffentlichen Raum, in dem niemand ausgeschlossen, kriminalisiert oder diskriminiert wird, bis hin zu guter Arbeit, guter Bildung und Gesundheitsversorgung, günstigem Wohnraum und erneuerbarer Energie für alle. All das ist machbar. Das Buch mit Beiträgen unter anderem von Nancy Fraser, Eva von Redecker, George Monbiot, Simin Jawabreh, Barbara Fried und Alex Wischnewski zeigt, wie wir dahin kommen, warum es sich lohnt, dafür zu kämpfen, und wie «Öffentlicher Luxus» zur gerechten Organisation der Sorgearbeit, zum Gelingen der sozial-ökologischen Transformation und zur Demokratisierung der Wirtschaft beitragen kann.

KUNSTBLOCK E. V.: «INVISIBLE GAME – (K)EINE GRENZE», DREI THEATERAUFFÜHRUNGEN MIT ANSCHLIESSENDEN DISKUSSIONSRUNDEN, MÄRZ 2023 IN BERLIN – 2.000 EURO

Das Theaterstück «Invisible Game» thematisiert die illegalen Pushbacks in den Grenzregionen Europas. In Kooperation mit Investigativjournalist*innen und auf Basis von dokumentierten Fällen entstand ein Theaterabend, der den aktuellen Grundkonflikt von Grenzen in einer kolonialisierten Welt widerspiegelt

und von der Entgrenzung des menschlichen Körpers erzählt. Im Anschluss an die drei Vorstellungen im Heimathafen Neukölln fanden Paneldiskussionen mit Expert*innen statt. Geladen waren vor allem betroffene Personen und Journalist*innen sowie Vertreter*innen von Menschenrechtsorganisationen und anderen solidarischen Initiativen.

.....
<https://heimathafen-neukoelln.de/events/invisible-game>

BERLINER VVN-BDA E. V.: «DER SCHEUNENVIERTEL-POGROM 1923 – ALLES NUR GESCHICHTE?», AUSSTELLUNGSPROJEKT, 11. MÄRZ BIS 6. APRIL 2023 IN BERLIN – 2.000 EURO

Schüler*innen des Berliner John-Lennon-Gymnasiums recherchierten unter anderem im Centrum Judaicum und in der Berliner Stadtbibliothek zum sogenannten Scheunenviertel pogrom, bei dem am 5. November 1923, also noch in der Weimarer Republik und lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten, Jüdinnen und Juden im heutigen Stadt-



Ankündigung «Klimakneipe», Frankfurt a. M.

teil Berlin-Mitte zum Angriffsziel eines antisemitischen Mobs wurden. Die Aufgabe bestand darin, anlässlich des 100. Jahrestags dieses Pogroms eine Ausstellung zu erarbeiten. Die Schüler*innen gestalteten fünf große Ausstellungswände und beschäftigten sich dabei nicht nur mit der Frage, wie es vor 100 Jahren zu diesem Ereignis kommen konnte, sondern auch damit, ob es heute Parallelen zur damaligen Zeit gibt und ein ähnlicher Angriff noch einmal passieren könnte. Ihre Ergebnisse und Schlussfolgerungen präsentierten sie in Form von Collagen, Texten und Briefen. Zu sehen war die Ausstellung im Rathaus Mitte.

VEREIN ZUR FÖRDERUNG VON KLIMAGERECHTIGKEIT E. V.: «KLIMAKNEIPE», 1. SEPTEMBER BIS 1. DEZEMBER 2023 IN FRANKFURT AM MAIN – 1.000 EURO

Die «Klimakneipe» ist eine innovative Veranstaltungsreihe, die Wissen, Austausch und Engagement in Bezug auf Klimathemen fördert. Am 1. September war der ZDF-Moderator und Meteorologe Özden Terli zu Gast und diskutierte dort mit der Klimaschutzgruppe Koala-Kollektiv. Özden Terli brachte nicht nur sein Fachwissen, sondern auch eine inspirierende

Perspektive auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes mit. Am 1. Dezember sprach die Journalistin, Medienwissenschaftlerin und Podcasterin Samira El Ouassil über Narrative in der Berichterstattung und Kommunikation zum Thema Klimawandel. Die «Klimakneipe» soll nicht nur der Wissensvermittlung dienen, sondern auch als Anlaufpunkt für Menschen, die sich für Klimathemen und soziale Gerechtigkeit interessieren und aktiv werden möchten.

APABIZ E. V.: «DER UKRAINE-KRIEG IN DER RECHTEN PUBLIZISTIK», MAGAZINE, NR. 11, JULI 2023 – 1.190 EURO

Auch nach mehr als zwei Jahren zeichnet sich kein baldiges Ende des Kriegs in der Ukraine ab. Jedoch war lange Zeit wenig darüber bekannt, welche Positionen in Deutschland in extrem rechten Kreisen zu diesem Krieg, dessen Ursachen und einer möglichen Beilegung vertreten werden. Die Publikation *magazine* des antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums Berlin (apabiz e. V.) hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, rechte Publikationen und mediale Rezeptionen dahingehend zu untersuchen. Wie wird der Krieg insgesamt bewertet? Wie wird die Rolle Russlands, der Ukraine, der USA und Deutschlands gesehen, wie die Rolle der NATO? Wie steht die extreme Rechte in Deutschland etwa zu Waffenlieferungen und Friedensverhandlungen? In der Ausgabe wird ein gründlich recherchierter Einblick in diese Problematik gewährt.

www.apabiz.de/wp-content/uploads/2023/07/magazine_11_web.pdf

apabiz-Publikationsreihe *magazine*.



Vom 8. bis 10. November 2023 luden die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Volksbühne zur Veranstaltung «Europa den Räten!» ins Haus am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. Ein halbes Jahr vor den Europa-Wahlen wurden hier die brennenden Fragen der Gegenwart diskutiert: Wie verhindern wir den Aufstieg faschistischer Kräfte in Europa? Wie stärken wir die sozialen Kämpfe für Gerechtigkeit? Wie kann Europa seine koloniale Vergangenheit bearbeiten und zu einem Motor globaler Solidarität in einer sich polarisierenden Welt werden?

In der Volksbühne tagte der Gesellschaftsrat zu einem Europa von unten, unter anderem mit Carola Rackete, Martin Schirdewan, Klaus Dörre, Gesine Schwan, Clara Bünger, Gregor Gysi, Sabine Zielke, Wolfgang Kaleck, Elisa Aseva, Hans-Jürgen Urban, Sabrina Fernandes, Ines Schwerdtner, Gerhard Trabert, Caren Lay, Michael Hardt und Deutsche Wohnen & Co enteignen.

EUROPA DEN RÄTEN





ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG

ALD
ENTH
TUNEN

WWW.SALIX.K.D

UNTERREDE

TRANS
FORM
IEREN!



RA
US

ON WA
CH
TI
LU
VO
RE
ITS

LUX
BURG ST

UBLIK!

ENTEIGN
ENTEIGN

EUROPA
DEN
RATEN







STUDIENWERK

Das Studienwerk hat die Aufgabe, den akademischen linken Nachwuchs zu fördern. Dazu gehören die Auswahl, Begleitung, Beratung und politische Bildung der Stipendiat*innen. Der Fokus der Förderung liegt auf denjenigen, die von strukturellen Bildungsungleichheiten besonders betroffen sind.

Im Jahr 2023 haben wir uns zunehmend auf die Bindung unserer Stipendiat*innen und Vertrauensdozent*innen an das Studienwerk und die Stiftung konzentriert. Denn nach den Jahren der Corona-Pandemie schien es dringend erforderlich zu sein, nachgelassene Bindekraft zu erneuern. Es standen also Veranstaltungsformate im Vordergrund, bei denen neben den Inhalten politischer Bildung große und auch gesellige Zusammenkünfte möglich sind. So fand vom 27. August bis 3. September 2023 in Villigst (Schwerte) die dritte Sommerakademie der Begabtenförderwerke unter dem Motto «Der Wert der Demokratie» statt. Dieses Mal wurde sie von den beiden religionsgebundenen Begabtenförderwerken Villigst (evangelisches Studienwerk) und Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk (ELES) durchgeführt. Es beteiligten sich alle 14 Begabtenförderwerke. Ziel war es, mit den Stipendiat*innen über den gegenwärtigen Stand der Demokratie und ihre Entwicklung in einer sich stark wandelnden Welt ins Gespräch zu kommen.

Das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung führte gemeinsam mit dem jüdischen Studienwerk ELES das mehrtägige Seminar «Solidarisch aus der Krise – Demokratie neu denken» durch, an dem 13 Stipendiat*innen unterschiedlicher Begabtenförderwerke teilnahmen. Fünf Referent*innen – darunter die Feministin Veronika Kracher (Amadeu Antonio Stiftung), die Netzaktivistin Katharina Nocun und der Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und Vertrauensdozent der Stiftung Stephan Lessenich – präsentierten ihre gesellschaftspolitischen Analysen zum Thema und diskutierten im Anschluss mit den Teilnehmenden.

Vom 1. bis 4. Oktober 2023 fanden in Berlin die Kritischen Bildungstage statt – die größte Bildungsveranstaltung des Studienwerks seit seinem Bestehen. Vom 12. bis 14. Oktober konnten wir 150 neu aufgenommene Stipendiat*innen auf unserem Einführungsseminar begrüßen.

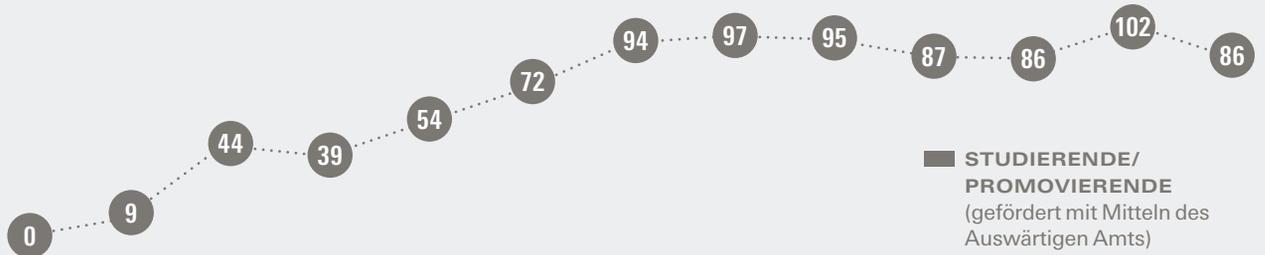
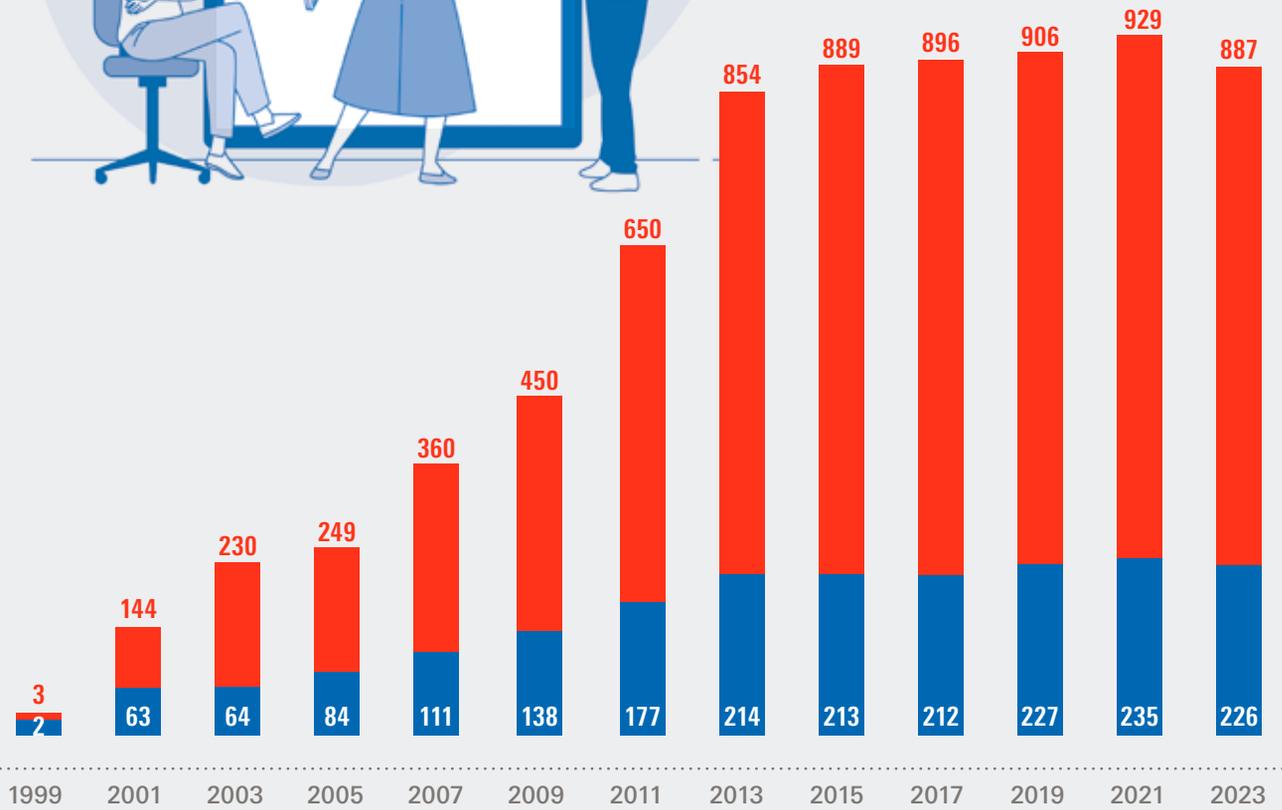
Eines hat sich auch im Jahr 2023 nicht geändert: Unsere Arbeit – sowohl die Auswahl als auch die Begleitung der Stipendiat*innen während des Studiums oder der Promotion – wäre ohne die Unterstützung der für uns ehrenamtlich tätigen Vertrauensdozent*innen nicht möglich. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich in Deutschland inzwischen ein großes und weitverzweigtes linkes akademisches Netzwerk entwickelt hat. Wir möchten ihnen für ihr unverzichtbares Engagement für das Studienwerk danken.

ENTWICKLUNG BEI DEN GEFÖRDERTEN



STUDIERENDE
(gefördert mit Mitteln
des BMBF)

PROMOVIERENDE
(gefördert mit Mitteln
des BMBF)



**STUDIERENDE/
PROMOVIERENDE**
(gefördert mit Mitteln des
Auswärtigen Amts)



Fellows des Internationalen Forschungskollegs zu «Autoritarismus und Gegenstrategien» bei einem Treffen in Berlin.

DEN AUTORITARISMUS VOM SÜDEN AUS ERFORSCHEN

INTERNATIONAL RESEARCH GROUP ON AUTHORITARIANISM
AND COUNTER-STRATEGIES

In vielen Teilen der Welt beobachten wir eine zunehmend autoritäre und gewaltsame Durchsetzung von neoliberaler Ausbeutung und Herrschaft, gleichzeitig haben nationalistische, rassistische, antifeministische und antiaufklärerische Ideologien und Bewegungen Hochkonjunktur. Kritische Forschende zählen oft zu den Ersten, die von Repressionen betroffen sind. Angesichts dessen haben das Zentrum für internationalen Dialog und das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019 die International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies (IRGAC) ins Leben gerufen. Damit stärken und vernetzen wir kritische und aktivistische Perspektiven insbesondere aus Ländern des globalen Südens auf die weltweiten autoritären Transformationen. Mit diesem Ziel haben wir bislang an über 30 Postdoc-Wissenschaftler*innen Stipendien mit Laufzeiten zwischen anderthalb und drei Jahren vergeben. Die meisten der Fellows forschen und lehren an Universitäten in Ländern des Südens und absolvieren im Laufe ihrer Förderung ein Forschungssemester an einer Universität in Deutschland. Mit dem Fokus auf Förderung vor Ort in Verbindung mit Gastaufenthalten hoffen wir, kritische linke Wissenschaft und

Aktivismus im Süden zu fördern, diese gleichzeitig aber auch in hiesige Diskurse stärker einzubringen.

Im Januar 2023 haben zwölf Fellows aus China, Brasilien, Bosnien und Herzegowina, Indien, Argentinien, Türkei, Iran, Simbabwe und Russland ihre Forschungen begonnen. Diese werden jeweils zwei Jahre lang von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert. Die Post-Doc-Wissenschaftler*innen untersuchen etwa das Verhältnis der Arbeiter*innenbewegung in der Türkei zum autoritären Populismus, die ideologische Dimension von Klassenkonflikten im urbanen Raum in Brasilien, die Verbindungen zwischen patriarchalem Moralismus und neoliberaler Transformation in Iran und die Rolle lokaler Influencer bei der Verbreitung eines hindunationalistischen Neoliberalismus in Indien.

.....

Die Fellows treffen sich im zweiwöchigen Rhythmus online sowie halbjährlich vor Ort in Berlin. Im Mai 2023 organisierte das IRGAC eine mehrtägige Konferenz zusammen mit der Universität Puebla in Mexiko sowie ein Kolloquium an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko. Auf www.ircac.org werden regelmäßig Analysen und Interviews veröffentlicht. 2024 erscheint der Band «Beyond Molotovs – A Visual Handbook of Anti-Authoritarian Strategies» (bei transcript), in dem das IRGAC 50 internationale Beiträge zusammenführt.

.....

KRITISCHE BILDUNGSTAGE

Vom 1. bis 4. Oktober 2023 veranstaltete das Studienwerk in Berlin sein bisher größtes Event: die Kritischen Bildungstage. An drei Tagen fanden 40 Workshops zu fünf Themen statt, darunter «Ideologien der Ungleichwertigkeit und der Kampf gegen rechts», «Imperialer Kapitalismus, Naturzerstörung und der globale Süden» sowie «Bildung – Lernen und Forschen in der Schule, im Beruf und an der Universität». Zwischen den Workshops gab es Zeit für informellen Austausch und Ver-



Eröffnung der Kritischen Bildungstage, Berlin, 1. Oktober 2023.

netzung. An den Abenden wurde ein vielfältiges Kulturprogramm geboten. Es nahmen mehr als 170 Stipendiat*innen, Ehemalige, Vertrauensdozent*innen und Kolleg*innen der Stiftung teil – ein voller Erfolg des neuen Veranstaltungsformats.

BILDUNGSZIELE IN DER DAUERKRISE

Politische Bildung sollte nicht nur zum kritischen Denken anregen, sondern auch die aktive Teilnahme an politischen Prozessen fördern. Wir begreifen Wissensvermittlung deshalb als einen wechselseitigen Prozess, in dem alle, auch die Lehrenden, voneinander lernen. Nur durch diese Gleichwertigkeit können emanzipatorische Lernprozesse wirklich in Gang kommen. Zudem wollen wir das Themenangebot mit den Interessen der Teilnehmenden in Einklang bringen, damit die Freude am Lernen nicht durch vorgegebene Themen oder restriktive Lernräume erstickt wird. Ferner geht es uns um Politisierung und Vernetzung. Um unsere kollektive Handlungsfähigkeit zu erneuern, wollen wir die Bindung unserer Statusgruppen – Stipendiat*innen, Ehemalige, Vertrauensdozent*innen – an die Rosa-Luxemburg-Stiftung, ihre Mitarbeiter*innen und Die Linke stärken. Dies erscheint uns insbesondere nach den Herausforderungen, die die Coro-



Abendprogramm: Live-Konzerte Liadland (o.) und Laiz & the New Love Experiences (u.).

na-Pandemie mit sich brachte, sowie aufgrund der allgemeinen Erfahrungen der Dauerkrise, die Ermüdungserscheinungen mit sich bringen, als essenziell.

.....
Die Kritischen Bildungstage machen wir zu einem festen Bestandteil unseres ideellen Förderprogramms. Sie sollen alle zwei Jahre stattfinden.

Prof. Dr. Friedemann Affolderbach
HTWK Leipzig, Soziale Arbeit

Prof. Dr. Ravi Ahuja
Uni Göttingen,
Moderne indische Geschichte

Prof. Dr. Thomas Alkemeyer
Uni Oldenburg, Soziologie

Dr. Freia Anders
JGU Mainz, Geschichte

Prof. Dr. Jörg Arnold
MPI Freiburg, Strafrecht

Dr. Sina Arnold
TU Berlin, Interdisziplinäre
Antisemitismusforschung

Dr. Sevda Can Arslan
Uni Paderborn,
Medienwissenschaft

Dr. Nele Austermann
Uni Bremen,
Rechtswissenschaft

Dr. Felix Axster
TU Berlin, Mittlere und
neuere Geschichte

Dr. Dr. Dario Azzellini
Autonome Uni von Zacatecas,
Mexiko, Soziologie

Prof. em. Dr. Kurt Bader
Psychologie

Dr.-Ing. André Baier
TU Berlin, Allgemeine
Ingenieurwissenschaft

Dr. Hanno Balz
Uni Bremen, Geschichte

Prof. Dr. Nils Baratella
HS Düsseldorf, Philosophie

Prof. Dr. Klaus Bastian
HTWK Leipzig,
Studium Fundamentale

Dr. Gisela Baumgratz
Intercultural Education

PD Dr. Johannes M. Becker
Uni Marburg, Friedens- und
Konfliktforschung

Prof. Dr. Julia Becker
Uni Osnabrück,
Sozialpsychologie

Prof. Dr. Lale Behzadi
Uni Bamberg, Arabistik

Prof. Dr. Bernd Belina
Uni Frankfurt a. M.,
Humangeographie

apl. Prof. Dr. Sebastian Berg
Uni Bochum, Anglistik

Dr. Peter Bescherer
FSU Jena, Soziologie

Prof. Dr. Henning Best
TU Kaiserslautern, Soziologie

Dr. Margrid Bircken
Literaturwissenschaft

PD Dr. Peter Birke
GAU Göttingen, Soziologie

Dr. Mai-Anh Boger
Uni Regensburg,
Sonderpädagogik

Dr. Marcel Bois
FZH Hamburg,
Neue Geschichte

Prof. Dr. Manuela Bojadžijev
HU Berlin, Politikwissenschaft

Prof. Dr. Kemal Bozay
Uni Köln, Soziale Arbeit

Prof. Dr. Ulrich Brand
Uni Wien, Politikwissenschaft

Prof. i. R. Dr. Thomas Bremer
Uni Halle, Kulturwissenschaft

Prof. Dr. Ariane Brensell
FH Braunschweig,
Soziale Arbeit

Prof. em. Dr. Micha Brumlik
SSZ Berlin,
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Hauke Brunkhorst
Uni Flensburg, Soziologie

Prof. Dr. Christian Brütt
HS Darmstadt, Soziale Arbeit

Prof. Dr. Antje Buche
Euro-FH Hamburg,
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Michael Buckmiller
Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Julika Bürgin
HS Darmstadt, Soziale Arbeit

Dr. Zülfukar Çetin
EV HS Berlin, Soziologie

Dr. Georgia Christinidis
Uni Bochum,
Kulturwissenschaft

Dr. Karin Cudak
Uni Flensburg,
Gesellschaftswissenschaften

Dr. Philipp Dapprich
FU Berlin, Philosophie

apl. Prof. Dr. Alex Demirović
Uni Frankfurt a. M., Soziologie

Dr. habil. Christian Dietrich
EUV Frankfurt (Oder),
Geschichte

Prof. Dr. Alexander Dietz
HS Hannover,
Diakoniewissenschaft

PD Dr. Kristin Eichhorn
Uni Paderborn,
Neuere deutsche Literatur

Prof. Dr. Andreas Eis
Uni Kassel,
Gesellschaftswissenschaften

Dr. Markus End
TU Berlin, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Esra Erdem
ASH Berlin,
Gesellschaftswissenschaften

Dr. Mechthild Exo
HS Emden/Leer, Soziale Arbeit

Dr. Dominik Feldmann
JLU Gießen,
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Karim Fereidooni
Uni Bochum,
Sozialwissenschaft

Dr. Maja Figge
UDK Berlin,
Medienwissenschaft

Prof. Dr. Andreas Fisahn
Uni Bielefeld,
Rechtswissenschaft

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
Uni Kassel, Öffentliches Recht

Prof. i. R. Dr. Peter Fleissner
TU Wien, Informatik

Dr. Fabian Frenzel
Uni Oxford,
Gesellschaftswissenschaften

Dr. Jens Gaitzsch
LI Dresden, Chemie

Dr. Udo Gerheim
Uni Oldenburg,
Bildungswissenschaft

Dr. Johanna Gold
Uni Bielefeld,
Erziehungswissenschaft

PD Dr. Stefanie Graefe
FSU Jena, Soziologie

Dr. Wolfram Grams
Politologie

apl. Prof. Dr. Hermann-Josef Große Kracht
TU Darmstadt,
Katholische Theologie

Prof. Dr. Encarnación Gutiérrez-Rodríguez
Uni Frankfurt a. M., Soziologie

Noa K. Ha
DeZIM, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Felix Hanschmann
HS Hamburg,
Öffentliches Recht

Dr. Johan Hartle
ABK Wien, Philosophie

Dr. Tino Heim
TU Dresden, Soziologie

Dr. Sarah Heinemann
RWTH Aachen,
Sprachwissenschaft

Prof. Dr. Arne Heise
Uni Hamburg,
Wirtschaftswissenschaft

Prof. Dr. Annette Henninger
Uni Marburg,
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Jutta Hergenhan
JLU Gießen,
Politikwissenschaft

Dr. Cordelia Heß
Uni Greifswald, Geschichte

Prof. Dr. Sabine Hess
GAU Göttingen, Gender Studies

Dr. Andreas Heyer
TU Braunschweig,
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld
Politikwissenschaft

Dr.-Ing. Stefan Hoerner
Uni Magdeburg,
Ingenieurwissenschaft

Prof. Dr. Rainer-W. Hoffmann
GAU Göttingen,
Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner
TU Wien, Informatik

Dr. habil. Martin Horsch
Faculty of Science and
Technology, Norwegian
University of Life Sciences

Dr. Anne Huffs Schmid
FU Berlin, Kulturwissenschaft

Prof. Dr. Dr. Frank Jacob
Nord Universität (NO), Neuere
und Neueste Geschichte

Prof. Dr. Philip Jaeger
TU Clausthal, Geothermie

Prof. Dr. Melanie Jaeger-Erben
BTU Cottbus, Technik- und
Umweltsoziologie

PD Dr. Anne Maximiliane Jäger-Gogoll
Uni Marburg,
Literaturwissenschaft

Dr. Carsten Jakobi
Uni Mainz,
Literaturwissenschaft

Dr. Lisa Janotta
Uni Rostock, Soziale Arbeit

Dr. Alke Jenss
Uni Freiburg, Soziologie

Dr. Petra Jung
Uniklinik Freiburg,
Humanmedizin

Prof. Dr. Horst Junginger
Uni Leipzig,
Religionswissenschaft

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth
HSRW Kleve,
Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Olaf Kaltmeier
Uni Bielefeld, Geschichte

Prof. Dr. John Kannankulam
Uni Marburg,
Politikwissenschaft

Dr. Florian Kappeler
Uni Göttingen, Neuere deut-
sche Literaturwissenschaft

Prof. Dr. Juliane Karakayali
EV HS Berlin,
Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Serhat Karakayali
Uni Lüneburg,
Gesellschaftswissenschaften

Dr. Ismail Karatepe
Uni Kassel,
Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause
FH Nordhausen,
Automatisierungstechnik

Prof. Dr. Regina Kreide
JLU Gießen,
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Franz Kasper Krönig
TH Köln, Pädagogik

Dr. Timmo Krüger
Uni Weimar,
Politikwissenschaft

Dr.-Ing. Karl-Eugen Kurrer
Technik- und Wissenschafts-
geschichte

**Prof. em. Dr. Ingrid
Kurz-Scherf**
Uni Marburg, Gender Studies

Prof. Dr. Friederike Kuster
Uni Wuppertal, Philosophie

Jun.-Prof. Dr. Rosa Lehmann
Uni Heidelberg,
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Thomas Lemke
Uni Frankfurt a. M., Soziologie

Prof. Dr. Stephan Lessenich
Uni Frankfurt a. M., Soziologie

Prof. Dr. Manfred Liebel
FH Potsdam,
Bildungswissenschaft

Dr. Kolja Lindner
Uni Paris 8, Politikwissenschaft

Prof. Dr. Daniel Loick
Uni Amsterdam, Philosophie

Prof. Dr. Volker Lüderitz
HS Magdeburg,
Agrarwissenschaft

Prof. Dr. Stefania Maffei
EHS Dresden, Philosophie

Prof. Dr. Kai Marquardsen
FH Kiel, Soziologie

Prof. Dr. Nadine Marquardt
Uni Bonn, Humangeographie

Prof. Dr. Angela Martini
Slawistik

Priv.-Doz. Dr. Reiner Marx
Literaturwissenschaft

Prof. Dr. Michael May
HS Rhein-Main, Soziale Arbeit

Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja
GAU Göttingen, Soziologie

Prof. Dr. Wolfgang Menz
Uni Hamburg, Soziologie

Dr. Jana Mikota
Uni Siegen, Germanistik

Prof. Dr. Matthias Naumann
Uni Klagenfurt, Geographie

Prof. Dr. John P. Neelsen
Uni Tübingen,
Gesellschaftswissenschaften

Dr. Filomain Nguemo
Uni Köln, Neurowissenschaften

Dr. Jan Niggemann
Uni Graz,
Erziehungswissenschaft

Univ.-Prof. Dr. Roberto Nigro
Uni Lüneburg, Philosophie

Prof. Dr. Karoline Noack
Uni Bonn, Sprach- und
Kulturraumwissenschaften

Dr. Salvador Oberhaus
Geschichte

Prof. Michaela Ott
HFBK Hamburg,
Ästhetische Theorien

Prof. Dr. Christof Parnreiter
Uni Hamburg, Geographie

Prof. Dr. Marc Partetzke
Uni Hildesheim,
Politikwissenschaft

Dr. Christian Paschke
Uni Halle, Rechtswissenschaft

Prof. Dr. Stefan Paulus
FHS St. Gallen, Soziologie

Prof. Dr. Martin Pinquart
Uni Marburg, Psychologie

Prof. Dr. Jan Pinseler
HS Magdeburg,
Kommunikationswissenschaft

Dr. Kathrin Plank
Uni Passau,
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Andrea Plüger
ASH Berlin, Kultur- und
Medienpädagogik

Dr. Matthias Rätzer
TU Chemnitz,
Sozialwissenschaft

Dr. habil. Jan Rehmann
Uni New York, Philosophie

**apl. Prof. Dr. Ursula
Reitemeyer**
Uni Münster,
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Tilman Reitz
FSU Jena, Soziologie

Prof. Dr. Lizzie Richardson
Uni Frankfurt a. M.,
Humangeographie

Prof. i. R. Dr. Steffi Richter
Uni Leipzig, Japanologie

Dr. Sabine Ritter
Uni Bremen, Soziologie

Prof. Dr. Eckhard Rohrmann
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Nikolai Roskamm
FH Erfurt, Urbanistik

Dr. Sven Rößler
PHS Weingarten,
Politische Bildung

apl. Prof. Dr. Karla Rost
TU Chemnitz, Mathematik

Prof. Dr. Werner Ruf
Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Oliver Rump
HTW Berlin, Museologie

Prof. Dr. Ulrich Ruschig
Uni Oldenburg, Philosophie

Dr. David Salomon
TU Darmstadt,
Politikwissenschaft

Dr. Martin Sauber
Uni Hamburg,
Wirtschaftswissenschaft

Prof. Dr. Markus Sauerwein
HS Nordhausen, Soziale Arbeit

Dr. Wolfram Schaffar
Uni Passau,
Südostasienwissenschaft

Prof. Dr. Barbara Schäuble
ASH Berlin, Soziale Arbeit

Prof. Dr. Renuat Schenkel
HS Magdeburg, Journalistik

Prof. Dr. Jörg Schmidt
HS Anhalt,
Wirtschaftswissenschaft

Dr. Imke Schmincke
LMU München, Soziologie

Prof. Dr. Lars Schmitt
HS Düsseldorf, Soziologie

**Prof. Dr.-Ing. Volker
Schöppner**
Uni Paderborn, Maschinenbau

Prof. Dr. Andreas Schröder
BTU Cottbus, Physik

Dr. Jörg Schröder
Uni Rostock, Sportwissenschaft

**Dipl. phil. Klaus-Dieter
Schubert**
Uni Halle, Verkehrswesen

Prof. Dr. Erika Schulze
FH Bielefeld, Soziologie

Prof. Dr. Volker Schürmann
DSHS Köln, Philosophie

Prof. Dr. Francis Seeck
TH Nürnberg, Soziale Arbeit

Dr. Christian Seipel
Uni Hildesheim,
Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Detlef Siegfried
Uni Kopenhagen,
Zeitgeschichte

Dr. Alexander Silbersdorff
GAU Göttingen, Statistik

Prof. Dr. Ruth Sonderegger
ABK Wien, Philosophie

Prof. Dr. Susanne Spindler
HS Düsseldorf, Soziologie

Dr. Anja Steidinger
HFBK Hamburg,
Kunstpädagogik

Dr. Kevin Stützel
Uni Frankfurt a. M.,
Sozialpädagogik

Prof. Dr. Chris Tedjasukmana
JGU Mainz, Filmwissenschaft

Dr. Angelika Timm
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Patrizia Tolle
HS Frankfurt a. M.,
Soziale Arbeit

Dr. Ben Trott
Uni Lüneburg, Philosophie

Prof. Dr. Vassilis Tsianos
FH Kiel, Philosophie

Dr. Pinar Tuzcu
Uni Kassel, Soziologie

Jun.-Prof. Dr. Niklas Venema
Uni Leipzig, Kommunikations-
und Medienwissenschaft

**Univ.-Prof. Dr. Roland
Verwiebe**
Uni Potsdam, Soziologie

Prof. Dr. Fabian Virchow
HS Düsseldorf, Soziologie

**Univ.-Prof. Dr. Friedemann
Vogel**
Uni Siegen,
Germanistische Linguistik

Prof. Dr. Janis Voigtländer
Uni Duisburg, Informatik

Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß
HS Merseburg,
Sexualwissenschaften

Dr. Benjamin Wachtler
RKI Berlin, Public Health

Ass. Prof. Dr. Thomas Waitz
Uni Wien, Medienwissenschaft

Prof. Dr. Klaus Weber
FH München, Psychologie

Prof. Dr. Martina Weber
HS Emden/Leer,
Gender Studies

Prof. Dr. Barbara Wedler
FH Mittweida, Gesellschafts-
wissenschaften

Prof. Dr. Klaus Weinbauer
Uni Bielefeld, Geschichte

PD Dr. Wolfgang Weiß
Uni Greifswald, Geographie

Prof. Dr. Felix Wemheuer
Uni Köln, Sinologie

Dr. Christa Wichterich
Uni Wien, Soziologie

Ass.-Prof. Katharina Wiedlack
Uni Wien, Gender Studies

Prof. Dr. Hanns Wienold
Uni Münster, Soziologie

Prof. Dr. Kathrin Wildner
HCU Hamburg, Urban Studies

Prof. Dr. Werner Winzerling
HS Fulda, Informatik

Prof. Dr. Markus Wissen
HWR Berlin,
Politikwissenschaft

**Prof. Dr. Dipl.-Psych.
Markus Wöhr**
Uni Marburg, Psychologie

Dr. Benedikt Wolf
Uni Bielefeld, Germanistische
Literaturwissenschaft

Prof. Dr. Gabriel Wollner
Uni Bayreuth, Philosophie

Prof. Dr. Safiye Yildiz
IUBH Köln, Pädagogik

Dr. Michael Zander
FH Magdeburg, Psychologie

Prof. Dr. Aram Ziai
Uni Kassel,
Gesellschaftswissenschaften

Dr. Birgit zur Nieden
HU Berlin, Sozialwissenschaft

POLITISCHE KOMMUNIKATION

Das insgesamt für die Linke eher schwierige Jahr 2023 bot aus Sicht des Bereichs Politische Kommunikation auch einige Lichtblicke. Das betrifft Veranstaltungen, Podcasts, Publikationen, aber auch die Social-Media- und TV-Präsenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung. So war ihr Referent für internationale Krisen und Konflikte Jan van Aken in diesem Jahr nachgefragter Talkshow-Gast (u. a. bei «Anne Will» und «Hart aber fair»). Gemeinsam mit Linda Peikert betreibt er seit April 2023 den Podcast «dis:arm – Friedensgespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung». Insgesamt erweisen sich Podcasts als erfolgreiches Bildungs- und Kommunikationsmittel. Der Theorie-Podcast «tl;dr» hat mittlerweile über 500.000 Abrufe, die Spotify-Statistik für das Jahr 2023 weist eine Nachfragesteigerung um 90 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Ebenso hat der Rosa-lux-History-Podcast seine Zahlen in dem Zeitraum bei Spotify um 80 Prozent erhöht. Mit 6.684 Abrufen und einer Druckauflage von 2.000 Stück war die Studie «Linke Kommunikation in Podcasts» 2023 eine der erfolgreichsten Stiftungspublikationen. Auch das «Schwarzbuch Krankenhaus» zu Missständen im Gesundheitswesen verzeichnete über 6.000 Abrufe und ist inzwischen als Printausgabe vergriffen. Eine vergleichende Untersuchung zum Wählerpotenzial des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) und der Partei Die Linke hat von allen Stiftungspublikationen mit 15.118 Aufrufen das meiste Online-Interesse hervorgerufen.

Eine in der Stiftungsgeschichte sicherlich besonders bemerkenswerte Veranstaltung fand am 12. Oktober 2023 im Berliner Haus der Kulturen der Welt statt. Dort stellte US-Senator und Ikone der US-Linken Bernie Sanders sein neues Buch «Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein» vor. Es gab weitere ausverkaufte Buchpremierer, unter anderem zu Kohei Saitos «Systemsturz». Ein Videoausschnitt aus der Veranstaltung mit Saito hat der Stiftung mit über 1,6 Millionen Views auf Instagram die bisher größte Social-Media-Reichweite eines einzelnen Posts beschert. Die crossmediale Auspielung von Inhalten ist eine Notwendigkeit in Zeiten eines neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit. Die Veranstaltungen wurden alle in virale Videoelemente übersetzt und übertreffen so die Reichweiten von «klassischen» Veranstaltungen deutlich. 2023 konnten die Social-Media-Kanäle der Stiftung zahlreiche neue Abonnent*innen und Follower hinzugewinnen: Bei Instagram gab es eine Steigerung von 85 Prozent auf 28.800 Follower, TikTok ist mit einem Zuwachs von 116.300 Likes und zahlreichen Kommentaren enorm wichtig geworden. Die Zugriffe auf die Website der Stiftung sind um 6,5 Prozent auf 2.519.577 angestiegen. Die Stiftung ist im Berichtsjahr auch bei Threads und BlueSky, die als Twitter- bzw. X-Alternativen gelten, angestiegen. Damit zeigt sich, dass sie die Herausforderungen des neuen Kommunikationszeitalters angenommen hat.



Heinz Bierbaum, Martin Schirdewan und Bernie Sanders (v.l.n.r.) vor dem Haus der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

BERNIE SANDERS ZU GAST IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

.....
«Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein» ist der Titel des neuen Buches von US-Senator Bernie Sanders, das dieser, eingeladen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Tropen-Verlag, am 12. Oktober 2023 im restlos ausverkauften Vortragssaal des Berliner Haus der Kulturen der Welt (HKW) das erste Mal in Deutschland vorstellte. Veranstaltungspartner waren die American Academy in Berlin und die *tageszeitung*.
.....

Das Buch ist ein Zeugnis von Sanders' politischem Lebenswerk und leidenschaftlicher Appell an die multiethnisch zusammengesetzte Arbeiterklasse, gemeinsam zu kämpfen und sich nicht gegeneinander aufwiegeln zu lassen. Tony Kushner, US-amerikanischer Drehbuchautor und Schriftsteller, schrieb einst: «Der Fortschritt in dieser Welt ist ein schmerzhafter. Wir sehnen uns nach dem, was verloren ging, und träumen nach vorn.» Bernie Sanders schafft es, in einfachen Worten Solidarität von unten gegen einen spaltenden Rassismus von oben zu setzen. Mit seiner erfolgreichen Nominierung bei den Vorwahlen der US-Demokraten im Jahr 2016 hätte möglicherweise die erste Präsidentschaft von Donald Trump verhindert

werden können. Damit wäre ein völlig anderer Impuls von den USA ausgegangen.

In dem Buch entwickelt Sanders nichts weniger als ein Programm für den Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht. Die Journalistin und Fernsehmoderatorin Jana Pareigis führte eloquent durch den Abend und befragte Sanders zu den wesentlichen Aspekten seines Buchs. Gerade eine Woche vor der Veranstaltung hatte die Hamas Israel überfallen, 1.200 Menschen getötet und 200 entführt. Dieses Ereignis führte zu zahlreichen Nachfragen an den Sohn von Holocaust-Überlebenden und einen der prominentesten Vertreter der US-amerikanischen Linken. Sanders richtete sich entschieden gegen die Hamas, forderte aber auch entschiedene Schritte, um das Leiden der Palästinenser*innen zu beenden. Die Veranstaltung endete mit Standing Ovationen der über 1.000 Besucher*innen für Sanders und sein Lebenswerk. Auch das Presse- und Medienecho war enorm: Es gab Fernsehauftritte bei Maischberger und «Jung und Naiv», Interviews mit der *Zeit* und anderen wichtigen Medien. Den Mitschnitt der Veranstaltung sahen auf YouTube mehr als 50.000 Menschen, womit es eines der am meisten angeschauten Videos der Stiftung im Jahr 2023 ist.

Einen Tag nach der Buchvorstellung konnte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Bernie Sanders dann im eigenen Haus begrüßen. Moderiert von Stefan Liebich, dem Leiter des Büros der Stiftung in New York, diskutierte er mit der Klimaaktivistin

Carla Reemtsma von Fridays for Future darüber, wie Klima- und Klassenfragen zusammenhängen und wie die Potenziale von sozial-ökologischen Allianzen zu bewerten sind. Der Besuch und die Veranstaltungen mit Bernie Sanders gehören sicherlich zu den Höhepunkten in der Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und sein Credo «Nicht ich, wir!» hat auch bei seinem Besuch in Berlin seine Spuren hinterlassen.

VERANSTALTUNG MIT STANDING TOGETHER

Eines der dramatischsten politischen Ereignisse des Jahres 2023 war zweifellos die erneute Eskalation des Nahost-Konflikts. Das brutale Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 mit 1.200 Toten hat eine Schockwelle erzeugt. Bei den darauffolgenden schonungslosen Bombardierungen und Bodenangriffen der israelischen Armee auf Gaza sind Zehntausende palästinensische Zivilist*innen getötet worden. Selbst die Aufforderung des Internationalen Gerichtshofs, alles zu unternehmen, um einen möglichen Genozid zu verhindern, verhallten lange ungehört. In Israel sind die Räume für Kritik an dem Vorgehen des Militärs massiv eingeschränkt worden: Demonstrationen wurden verboten, Kritiker*innen eingeschüchtert, es kam zu Angriffen auf palästinensische Israelis. Jüdisch-israelische Friedensaktivist*innen, darunter die etwa

5.000 Angehörigen der Bewegung Standing Together, werden als vermeintliche Verräter angegangen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte die beiden Vorsitzenden von Standing Together, Rula Daood und Alon-Lee Green, am 8. Dezember 2023 in Berlin zu einer öffentlichen Veranstaltung begrüßen. Mit Gil Shohat, dem Leiter des Israel-Büros der Stiftung, sprachen sie über die aktuellen Herausforderungen für Friedensaktivist*innen in Israel. Sie machten deutlich, wie kompliziert die Lage für die jüdische und palästinensische Linke in Israel, die sich für die Freilassung der israelischen Geiseln und gleichzeitig für einen gerechten Frieden und ein Ende der Besatzungspolitik im Westjordanland einsetzen, geworden ist.

.....
 Die Veranstaltung wurde kurzfristig organisiert, war aber binnen zwei Tagen mit 300 Teilnehmer*innen ausgebucht. Fast 10.000 Aufrufe auf YouTube zeigten das große Interesse an linken Stimmen aus der Region und einer empathischen und multiperspektivischen Sicht auf den Krieg und seine weit zurückliegenden Ursachen. Der Auftritt und die Ausführungen der beiden Vertreter*innen von Standing Together haben uns Mut gemacht, weiter für einen gerechten Frieden im Nahen Osten einzutreten.

Rula Daood und Alon-Lee Green von Standing Together.





Podiumsdiskussion zur Stefan-Heym-Ausstellung mit Annekathrin Bürger, Bettina Wegner, Therese Hörnigk, Joochen Laabs und Jenny Erpenbeck (v.l.n.r.).

STREITBAR UND UMSTRITTEN - AUSSTELLUNGEN IN DER STIFTUNG

Mit zwei Ausstellungen sorgte die Rosa-Luxemburg-Stiftung 2023 für öffentliche Diskussion und Aufmerksamkeit. Anlässlich des 110. Geburtstags von Stefan Heym wurde vom 30. März bis 15. September unter dem Titel «Ich habe mich immer eingemischt» eine Ausstellung zu seiner Biografie und seinem literarischen Werk gezeigt. Als Kuratorin konnte die exzellente Heym-Kennerin Therese Hörnigk gewonnen werden, die 2013 ein gleichnamiges Buch herausgegeben hatte. In Heyms Leben und Werk spiegeln sich die Widersprüche des 20. Jahrhunderts mit all seinen Tragödien, Hoffnungen und Illusionen. Er verstand sich als Erzähler und Publizist. Ein umfangreiches Begleitprogramm brachte den streitbaren Dichter und politischen Menschen einem jungen und älteren Publikum näher. Dazu gehörten ein Konzert von Robert Stadlober & Band mit dem Titel «Vom Aufstoßen der Fenster», eine Exkursion nach Chemnitz, der Geburtsstadt Heyms, ein Filmabend mit der Regisseurin Beate Kunath, die in ihrem Film «Abschied und Ankunft» den Umzug der Arbeitsbibliothek des Schriftstellers nach Chemnitz dokumentiert hat, und eine Reminiszenz von Zeitzeug*innen im Rahmen einer Podiumsdiskussion.

Unter dem Titel «Wir sind keine Rausländer» gab eine Fotoausstellung vom 27. September 2023 bis 16. Februar 2024 Einblicke in die politische Organisation und die Kämpfe von Menschen türkischer Herkunft im West-Berlin der 1970er- und 1980er-Jahre. Die Historikerin und Journalistin Svenja Huck war bei Recherchen zufällig auf das Archiv des Pressefotografen Jürgen Henschel (1923–2012) im Friedrichshain-Kreuzberg Museum gestoßen. Dort finden sich zahlreiche Bilder, die das politische und kulturelle Leben türkeistämmiger

Menschen im ehemaligen West-Berlin dokumentieren. Seine Bilder haben einen hohen Wert für die Erinnerung an diese Zeit der Migration und der politischen Organisation. Einige der damaligen Forderungen und Parolen, wie die nach einem Verbot faschistischer türkischer Organisationen, sind auch heute noch aktuell. Die Fotoausstellung mit Begleittexten auf Deutsch und Türkisch stieß auf große Resonanz. Gerade in Zeiten einer von rassistischen Diskursen bestimmten Einwanderungsdebatte sind Strategien des Widerstands und der Selbstermächtigung zentrale Themen. Zeitzeug*innen und Aktivist*innen kamen über die Ausstellung miteinander ins Gespräch und teilten auf Veranstaltungen ihre Erinnerungen und Erfahrungen mit dem Publikum.

Die AG Ausstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat beide Ausstellungen organisiert und begleitet.

Ausstellungseröffnung «Wir sind keine Rausländer» im Stiftungsgebäude in Berlin.





Still aus dem Video «Weshalb sind die Reichen so reich?» mit Wolfgang M. Schmitt.

AUFKLÄRUNG ÜBER ÖKONOMISCHE ZUSAMMENHÄNGE

«Weshalb sind die Reichen so reich?», fragte der bekannte Filmkritiker und Podcaster Wolfgang M. Schmitt am 21. September 2023 in dem mit 300 Gästen randvollen Saal der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Schmitt betreibt sowohl den Podcast «Die Filmanalyse» als auch den Wirtschafts-Podcast «Wohlstand für Alle». Anhand von Hollywood-Filmen wie «Das Geheimnis meines Erfolges» mit Michael J. Fox analysierte er im Ersteren einmal sehr anschaulich das klassische Glücks- und Aufstiegsversprechen des Kapitalismus. Auch in seinem Vortrag in der Rosa-Luxemburg-Stiftung setzte sich Schmitt mit diesen ideologischen Versprechen anhand von Statistiken zur Aufstiegsmobilität und anderen Indikatoren für die soziale Durchlässigkeit einer Gesellschaft auseinander. Fakt ist, gerade in Deutschland ist die Gesellschaft kaum durchlässig. Wer arm geboren ist, bleibt in der überwältigenden Zahl der Fälle auch arm. Armut vererbt sich.

Im globalen Maßstab ist es sogar so, dass 690 Millionen Menschen an Hunger leiden. Weltweit gibt es mittlerweile 2.640 Milliardäre, ihre Zahl und ihr Anteil am gesellschaftlichen Reichtum steigt konstant an. Schmitt hob hervor, dass fast immer nicht die eigene Arbeit oder die eigenen Anstrengungen, sondern vor allem Erbschaften Menschen zu Milliardären machen. Schmitt ließ in der Diskussion deutlich werden, dass es notwendig ist, die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben zu stoppen. Neben der radikalen Besteuerung von «leistungslosem Einkommen» durch Erbschaften schlug Schmitt vor, auch das Konzept eines demokratischen Sozialismus wieder auf die politische Agenda zu setzen. Der Mitschnitt seines Vortrags war 2023 das am meisten nachgefragte Video der Stiftung. Über 80.000 Aufrufe allein bei YouTube zeigen den hohen Bedarf an Aufklärung über ökonomische Hintergründe und Realitäten sowie ihren ideologischen Verblendungszusammenhang durch die Kulturindustrie.

PODCASTS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DIS:ARM - FRIEDENSGESPRÄCHE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Es geht um Krisen, Kriege und Konflikte, um Auswege und Lösungsansätze. «dis:arm» ist ein Podcast über die Möglichkeiten friedlicher Außenpolitik. Einmal im Monat diskutieren Linda Peikert und Jan van Aken mit Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen aus aller Welt jeweils ein konkretes Thema.

MANYPOD. DIE GESELLSCHAFT DER VIELEN IM GESPRÄCH

In diesem Gesprächs-Podcast von und mit Massimo Perinelli geht es um die Kämpfe der Migration. Er unterhält sich mit Freund*innen und Genoss*innen aus Bewegungen, Wissenschaft, Kultur und Politik, wie wir die Verhältnisse zum Tanzen bringen können.

TL;DR - TOO LONG, DIDN'T READ

Im Theorie-Podcast mit Alex Demirović werden Schlüsselwerke der linken Theorie vorgestellt und ihre heutige Relevanz diskutiert. Die Spannbreite liegt dabei von klassischem Marxismus, Kritischer Theorie, Feminismus, antikolonialer Theorie, Poststrukturalismus bis hin zu Hegemonietheorie und Existenzialismus.

ROSALUX HISTORY

«Geschichte gegen den Strich bürsten» (Walter Benjamin) ist das Anliegen. Moderiert und thematisch eingeleitet von Anika Taschke und Albert Scharenberg kommen Gäste aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu Wort. Diskutiert werden aktuelle Fragen in ihrem historischen Zusammenhang.

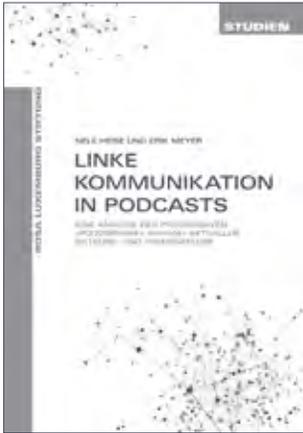
LUX.LOCAL - DER KOMMUNALPODCAST

Gestaltungsräume einer progressiven Kommunalpolitik stehen im Zentrum von «LUX.local». Über Interviews mit engagierten Menschen, Best Practices und Geschichten aus dem lokalpolitischen Alltag stellt Katharina Weise die Themen in der Lokal- und Kommunalpolitik verständlich dar.



ZU HÖREN AUF DER WEBSEITE
DER ROSA-LUXEMBURG-
STIFTUNG, AUF SOUNDCLOUD,
SPOTIFY UND ÜBERALL SONST,
WO ES PODCASTS GIBT.

WWW.ROSALUX.DE/PODCASTS



AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Jane McAlevey, Abby Lawlor
Machtaufbau in Tarifverhandlungen
 Fallbeispiele aus den USA
 und Deutschland
 Broschur, 52 Seiten
 ISBN 978-3-948250-20-1

Wenke Christoph, Anne Steckner
**Häufig gestellte Fragen
 zur Europäischen Union**
 Kleine kritische Institutionenkunde
 2. Auflage, überarbeitet und aktualisiert
 von Stephan Kaufmann
 Broschur, 76 Seiten
 ISBN 978-3-948250-74-4

communia e. V. (Hrsg.)
**Neue Energie für Vergesellschaftung
 für neue Energie**
 Vergesellschaftungsperspektiven
 im Energiesektor
 Broschur, 60 Seiten
 ISBN 978-3-948250-62-1

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)
Antisemitismus definieren?
 Eine Handreichung für
 die politische Bildungsarbeit
 Broschur, 24 Seiten
 ISBN 978-3-948250-70-6

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)
Schwarzbuch Krankenhaus
 Das Schweigen brechen
 Broschur, 48 Seiten
 ISBN 978-3-948250-66-9
[https://www.rosalux.de/publikation/
 id/50301](https://www.rosalux.de/publikation/id/50301)

Johannes Schulten, Jörn Boewe
**Die Transformation
 der globalen Automobilindustrie**
 Trends, Deutungen, sozialökologische
 Handlungsstrategien – Ein Handbuch
 für die gewerkschaftliche und
 politische Praxis
 Broschur, 108 Seiten
 ISBN 978-2-8399-3840-2

Stephan Kaufmann
Geld allein macht nicht glücklich
 Mythen und Irrtümer zum Reichtum
 luxemburg argumente, 40 Seiten
 ISSN 2193-5831

Riccardo Altieri, Bernd Hüttner,
 Florian Weis (Hrsg.)
**Die Arbeiter*innenbewegung als
 Emanzipationsraum**
 Jüdinnen und Juden in der internatio-
 nalen Linken (Band 3)
 luxemburg beiträge, 112 Seiten
 ISSN 2749-0939

Nuria Cafaro, Bernd Hüttner,
 Caner Tekin (Hrsg.)
**Gelungende und misslingende
 Solidarierungen**
 Spontane Streiks in Westdeutschland
 um 1973
 luxemburg beiträge, 112 Seiten
 ISSN 2749-0939

Anne Göbel, Florian Janik
Schöner Wohnen in Hessen?
 Eine Bestandsaufnahme
 der Wohnungskrise in Hessen und
 Vorschläge zu ihrer Bewältigung
 luxemburg beiträge, 72 Seiten
 ISSN 2749-0939

Hendrik Sander
Mobilitätswende in ländlichen Räumen
 Das Beispiel Thüringen
 luxemburg beiträge, 102 Seiten
 ISSN 2749-0939

Nele Heise, Erik Meyer
Linke Kommunikation in Podcasts
 Eine Analyse der progressiven
 «Podosphäre» anhand aktueller
 Akteurs- und Themenfelder
 Studien, 40 Seiten
 ISSN 2194-2242

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)
#wifahrenzusammen
 Argumente für eine soziale
 und ökologische Verkehrswende
 Zahlen & Fakten, 8 Seiten
 ISSN 2942-2825

IM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

communia & BUNDjugend (Hrsg.)
Öffentlicher Luxus
 160 Seiten, Broschur
 ISBN 978-3-320-02414-7

Jörn Schütrumpf, Marga Voigt (Hrsg.)
**Clara Zetkin – Die Briefe 1914 bis
 1933. Band 2: Die Revolutionsbriefe
 (1919–1923)**
 760 Seiten, gebunden
 ISBN 978-3-320-02412-3

Andreas Arndt
Hegel in Marx
 Studien zur dialektischen Kritik
 und zur Theorie der Befreiung
 272 Seiten, Klappenbroschur
 ISBN 978-3-320-02407-9

VERLAGSKOOPERATIONEN

EDITION NAUTILUS

Mohammed Chahrouh, Levi Sauer,
 Lina Schmid, Jorinde Schulz,
 Michèle Winkler (Hrsg.)
Generalverdacht
 Wie mit dem Mythos Clankriminalität
 Politik gemacht wird
 Broschur, 320 Seiten
 ISBN 978-3-96054-328-2

VSA: VERLAG

Richard Detje, Dieter Sauer
**Solidarität in den Krisen
 der Arbeitswelt**
 Aktualität kollektiver Widerstands-
 erfahrungen
 Broschur, 160 Seiten
 ISBN 978-3-96488-181-6

Andreas Fisahn, Alois Stiegeler,
 Manfred Braatz
Oben, Unten, rechts und links
 Eine etwas andere Einführung
 in die politische Farbenlehre
 Broschur, 208 Seiten
 ISBN 978-3-96488-183-0

Kostenloser Download
 und Bestellung von
 Publikationen der Rosa-
 Luxemburg-Stiftung



BERICHTE AUS DER STIFTUNG

DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Im Nachgang der Mitgliederversammlung 2022 fand am 10. Juni 2023 eine Außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Hier standen das Thema «Krieg und Frieden» und die friedenspolitischen Angebote von links im Mittelpunkt. Nach der Einführung in das Thema durch den Vorstandsvorsitzenden Heinz Bierbaum sprachen zunächst drei Referent*innen: Christina Schües, Friedensphilosophin (Universität Lübeck), Ingar Solty, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik unserer Stiftung, und Janine Wissler, Ko-Vorsitzende der Partei Die Linke. Auf Basis der drei aus unterschiedlichen Perspektiven vorgetragenen, einander gut ergänzenden Beiträge entspann sich eine angeregte Debatte über die aktuelle Sicherheitslage in Europa und darüber hinaus und die Frage, auf welchen Wegen die Linke zur friedlichen Beilegung der aktuellen Konflikte beitragen kann.

Auf der Ordentlichen Mitgliederversammlung am 25. November 2023 informierten Heinz Bierbaum und die Geschäftsführerin Daniela Trochowski über ihre Arbeit im Berichtszeitraum und stellten dabei sowohl das Wirken der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach außen als auch die grundlegenden Strukturveränderungen im Inneren der Stiftung im Kontext des Organisationsentwicklungsprozesses in den Mittelpunkt. Betont wurde das sich tiefgreifend verändernde Umfeld der Bildungsarbeit unserer Stiftung aufgrund von Konflikten, Krisen und Kriegen – sowohl in Europa als auch darüber hinaus – und die Notwendigkeit, sich hierauf inhaltlich und organisatorisch einzustellen. Die Stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats Franziska Scheier berichtete über die Arbeit dieses Gremiums. Lena Saniye Güngör, Vorstandsmitglied und Sprecherin des Länderrats, informierte über die Lage der Landesstiftungen und die Auswirkungen der anstehenden Sparmaßnahmen.

.....
Frieden, soziale Gerechtigkeit und eine sozial-ökologische Transformation – diese drei Ziele wurden immer wieder genannt, wenn es um die Positionsfindung der Stiftung in diesen schwierigen Zeiten ging.
.....

In der anschließenden Generaldebatte ging es um die sich zuspitzenden Konflikte, die sich ausweitenden Kriege und einander überlagernde Krisen. Immer wieder betonten die Redner*innen, dass sich die Stiftung ebenso wie die nahestehende Partei für friedliche und gerechte Lösungen einsetzen und statt für «Kriegstüchtigkeit» für «Friedenstüchtigkeit» sorgen müsse. Zum Ende der Mitgliederversammlung wurden drei neue Mitglieder in den Wissenschaftlichen Beirat nachgewählt.



Erneut hybrid – die Mitgliederversammlung am 25. November 2023 in Berlin.

MITGLIEDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ORDENTLICHE MITGLIEDER

Marwa Al-Radwany
 Renate Angstmann-Koch
 Dr. Dietmar Bartsch
 Yasmina Bellounar
 Prof. Dr. Heinz Bierbaum
 Dr. Joachim Bischoff
 Steffen Bockhahn
 Karola Boger
 Dr. Marcel Bois
 Prof. Dr. Ulrich Brand
 Dr. Lutz Brangsch
 Dr. André Brie
 Prof. Dr. Michael Brie
 Prof. Dr. Ulrich Brinkmann
 Sandra Brunner
 Christine Buchholz
 Prof. Dr. Michael Buckmiller
 Dr. Carolin Butterwegge
 Kate Cahoon
 Wenke Christoph
 Daniela Dahn
 Prof. Dr. Alex Demirović
 Prof. Dr. Frank Deppe
 Richard Detje
 Ulrike Detjen
 Sophie Dieckmann
 Dr. Cornelia Domaschke-Prochnow

Evelyn Edler
 Dr. Dagmar Enkelmann
 Prof. Dr. Andreas Fisahn
 Dr. Thomas Flierl
 Wulf Gallert
 Wolfgang Gehrcke
 Claudia Gohde
 Dr. Stefanie Graefe
 Dr. Bärbel Grygier
 Lena Saniye Güngör
 Ates Gürpınar
 Dr. Gregor Gysi
 Dr. Noa Ha
 Sofia Hamaz
 Thomas Händel
 Karl-Heinz Heinemann
 Heiko Hilker
 Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann
 Dr. Barbara Höll
 Florian Höllen
 Dr. Steffen Hultsch
 Meike Jäger
 Dr. Gerda Jasper
 Dr. Lukrezia Jochimsen
 Kadriye Karci
 Cigdem Kaya-Boztemur
 Dr. Andreas Keller
 Prof. Dr. Mario Keßler
 Katja Kipping
 Prof. Dr. Dieter Klein

Dr. Thomas Klein
 Katharine Kolmans
 Erhard Korn
 Jan Korte
 Prof. Ingrid Kurz
 Caren Lay
 Dr. Klaus Lederer
 Dr. Steffen Lehndorff
 Sabine Leidig
 Katrin Lompscher
 Dr. Gesine Lötzsck
 Prof. Dr. Christa Luft
 Dr. Helmuth Markov
 Ulrich Maurer
 Prof. Dr. Margit Mayer
 Sahra Mirow
 Cornelia Möhring
 Margret Mönig-Raane
 Prof. Dr. Oliver Nachtwey
 Helga Nowak
 Onur Ocak
 Petra Pau
 Victor Perli
 Klaus Pickshaus
 Prof. Dr. Dörte Putensen
 Peeter Raane
 Bodo Ramelow
 Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya
 Dr. Sabine Reiner
 Prof. Dr. Rolf Reißig

Bernd Riexinger
 Prof. Dr. Rainer Rilling
 Dr. Bernd Rump
 Dr. David Salomon
 Dr. Reyhan Şahin
 Dr. Birgit Schliewenz
 Horst Schmitthenner
 Christiane Schneider
 Dr. Ursula Schröter
 Siri Schultze
 Dr. Karin Schüttpelz
 Dr. Jörn Schütrumpf
 Dr. Reinhard Semmelmann
 Dr. Petra Sitte
 Prof. Dr. Susanne Spindler
 Sonja Staack
 Gabriele Gün Tank
 Güldane Tokyürek
 Nina Treu
 Daniela Trochowski
 Vera Vordenbäumen
 Dr. Jochen Weichold
 Janine Wissler
 Dr. Evelin Wittich
 Dr. Ulrich Wolf
 Ulrike Zerhau
 Gabriele Zimmer

INSTITUTIONELLE MITGLIEDER

«Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
 Kurt-Eisner-Verein – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern
 Peter-Imandt-Gesellschaft e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland
 Rosa-Luxemburg-Initiative e. V., Bremen
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.

EHREN-MITGLIEDER

Prof. Dr. Günter Benser
 Gerda Daenecke
 Ilseget Fink
 Dr. Kurt Hövelmans
 Prof. Dr. Kurt Krumbach
 Prof. Dr. Manfred Neuhaus
 Prof. Dr. Jörg Roesler
 Prof. Dr. Werner Ruf
 Dr. Monika Runge
 Bosiljka Schedlich
 Fritz Schmalzbauer
 Dr. Wolfgang Spicker
 Regina Stosch
 Heinz Vietze

RUHENDE MITGLIEDERSCHAFT

Dr. Mario Candeias
 Dr. Stefanie Ehmsen
 Kerstin Kaiser
 Stefan Nadolny
 Norbert Schepers
 Dr. Jan van Aken
 Eva Völpel
 Dr. Florian Weis
 Fanny Zeise

MITGLIEDER DES VORSTANDS

Prof. Dr. Heinz Bierbaum (Vorstandsvorsitzender): geb. 1946, Soziologe und Betriebswirt, 2009–2017 Mitglied des saarländischen Landtags, Vorsitzender der Internationalen Kommission Die Linke, seit 2019 Präsident der Europäischen Linken; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) seit 2020.

Lena Saniye Güngör (stellv. Vorstandsvorsitzende): geb. 1993, Studium der Psychologie, der Angewandten Ethik und des Konfliktmanagements, seit 2019 Abgeordnete des Thüringer Landtags, seit 2021 Sprecherin des Länderrats; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

Jan Korte (stellv. Vorstandsvorsitzender): geb. 1977, Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft, seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags, 2013–2017 stellvertretender Vorsitzender und 2017–2023 Erster parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion; Vorstandsmitglied der RLS seit 2014.

Daniela Trochowski (geschäftsführendes Vorstandsmitglied): geb. 1969, Diplom-Volkswirtin, 2012–2021 ehrenamtliche Vizepräsidentin und seit 2021 Präsidiumsmitglied des Humanistischen Verbands Berlin/Brandenburg, 2016–2019 Mitglied des Parteivorstands Die Linke, 2009–2019 Staatssekretärin im Finanzministerium Brandenburg; Vorstandsmitglied der RLS seit 2020.

Apl. Prof. Dr. Alex Demirović: geb. 1952, Studium der Philosophie, Soziologie und Germanistik, apl. Prof. an der Goethe-Universität Frankfurt a. M., 2015–2019 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, 2007–2014 und seit Januar 2020 Vorstandsmitglied der RLS.

Dr. Richard Detje: geb. 1954, Sozialwissenschaftler, Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*, Gründungsmitglied der WASG; Vorstandsmitglied der RLS seit 2020.

Ulrike Detjen: geb. 1952, Industriebuchbinderin, seit 1999 Gesellschafterin und Geschäftsführerin eines Druckvorstufenbetriebs, seit 2008 ehrenamtliche Tätigkeit im kommunalpolitischen Forum Nordrhein-Westfalen und in der dortigen Landesstiftung der RLS, Sprecherin des Rates der Landesstiftungen von Oktober 2014 bis November 2021; Vorstandsmitglied der RLS seit 2013.

Sophie Dieckmann: geb. 1983, Studium der Sinologie, Philosophie und Anglistik, Gründungsmitglied DIE LINKE.SDS, seit 2019 Leiterin der Politischen Bildung beim Parteivorstand der Linken; Vorstandsmitglied der RLS seit 2020.

Dr. Barbara Höll: geb. 1957, Studium der Philosophie, 1990–2002 und 2005–2013 Mitglied des Deutschen Bundestags; Vorstandsmitglied der RLS seit 2016.

Victor Perli: geb. 1982, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Neueren Geschichte, 2008–2013 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, Mitglied des Wolfenbütteler Kreistags und Fraktionsvorsitzender 2011–2015, seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

Bernd Riexinger: geb. 1955, 1980–1990 Betriebsrat, 1991–2000 Gewerkschaftssekretär, 2001–2012 Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart, 2012–2021 Vorsitzender der Partei Die Linke, seit 2017 Mitglied des Bundestags; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

Sonja Staack: geb. 1977, Diplomchemikerin, 2006–2012 Wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. Referentin in der Bundestagsfraktion Die Linke, 2013–2017 Referentin beim Hauptvorstand der GEW, 2018–2021 Stellvertretende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, seit 2021 Bundesfachkommissionsleiterin Hochschulen und Forschung bei ver.di; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

Gabriele Zimmer: geb. 1955, Diplom-Sprachmittlerin, 2000–2003 Vorsitzende der PDS, 2004–2019 Europaabgeordnete für die PDS/DIE LINKE, 2012–2019 Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL im Europaparlament; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

VORSTANDSARBEIT

Der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist ein ehrenamtlich fungierendes Gremium; seine Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung, dem höchsten Organ der Stiftung, gewählt. Seit der Wahl des neuen Vorstands auf der Ordentlichen Mitgliederversammlung am 26. November 2022 gehören ihm 13 Mitglieder (sieben Frauen und sechs Männer) an.

Vorrangige Aufgabe des Vorstands ist es, die Geschäfte des Vereins zu führen und die Grundlinien der Stiftungsarbeit zu benennen. In diesem Sinne entscheidet der Vorstand über die grundsätzliche Struktur der Stiftung und die Eckpunkte der Personal- und Finanzstruktur.

Der Vorstand traf sich im Jahr 2023 zu sechs Sitzungen und einer anderthalbtägigen Klausurberatung Anfang September in Wien. Grundsätzlich nehmen der Stellvertretende Geschäftsführer, der/die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats sowie ein Mitglied des Betriebsrats an den Sitzungen und Klausuren des Vorstands teil, mit Ausnahme der geschlossenen Teile.

Auf seinen Sitzungen bzw. Klausuren verständigt sich der Vorstand regelmäßig zu aktuellen Themen und Ereignissen. Im Berichtszeitraum waren dies der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Reaktionen der westlichen Staaten und Institutionen darauf, die Wahlen in Griechenland, der Türkei und Spanien ebenso wie diejenigen in Bremen. Nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verständigte sich der Vorstand über die Positionierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung hierzu. Auf der Stiftungswebsite wurde sofort eine Stellungnahme des Vorstands veröffentlicht und ein Dossier zum Nahostkonflikt erstellt. Die Stiftung versteht sich als



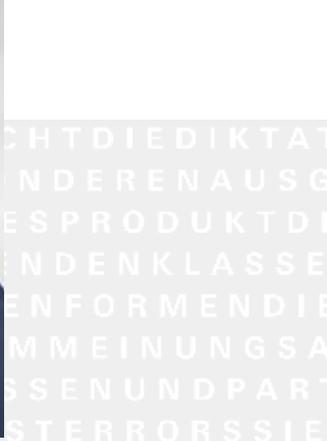
PROF. DR. HEINZ BIERBAUM



**MITGLIEDER
DES VORSTANDS**



DANIELA TROCHOWSKI



JAN KORTE



ULRIKE DETJEN



DR. BARBARA HÖLL



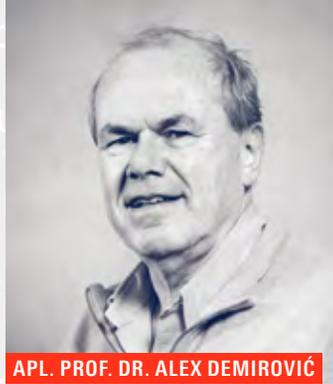
LENA SANIYE GÜNGÖR



RICHARD DETJE



SONJA STAACK



APL. PROF. DR. ALEX DEMIROVIĆ



GABRIELE ZIMMER



BERND RIXINGER



SOPHIE DIECKMANN



VICTOR PERLI

Plattform für die Diskussion durchaus kontroverser Anschauungen und bietet dafür entsprechende geschützte Räume. Eines der Hauptanliegen des Vorstands ist es, die Potenziale der Auslandsbüros unserer Stiftung öffentlichkeitswirksamer zu nutzen und die Auslands- und Inlandsarbeit stärker zu verknüpfen.

Permanente Tagesordnungspunkte der Sitzungen und Klausuren im Berichtszeitraum:

- Stand der Umsetzung der vom Vorstand beschlossenen Schwerpunkte der Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, also Friedens- und Sicherheitspolitik, Kampf gegen rechts/für eine Gesellschaft der Vielen, sozialistische Gerechtigkeitspolitik, sozial-ökologische Transformation und Zeitdiagnose;
- Stand der Umsetzung der im Rahmen des Organisationsentwicklungsprozesses getroffenen Vorstandsbeschlüsse;
- integrierter Planungsprozess und Etappen seiner Implementierung; stiftungsweiter Planungsprozess, der nunmehr alle Bereiche und damit auch alle Zuwendungsgeber erfasst. Dies war eines der Hauptthemen der Vorstandsklausur in Wien. Der neue Planungsansatz wurde von den Vorstandsmitgliedern als großer Fortschritt gewertet.

Auch über Neubesetzungen der Leitungen unserer Auslandsbüros entschied der Vorstand, so über die Besetzung der Auslandsbüroleitungen in Neu-Delhi, Athen, New York und, nach dem plötzlichen Tod von Dieter Müller, Mexiko-City. Auf seiner Oktobersitzung entschied der Vorstand zudem über die Neubesetzung der Leitungen des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (Philip Degenhardt), der Politischen Kommunikation (Henning Obens) und des im Rahmen des Organisationsentwicklungsprozesses neu entstandenen Zentrums Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Stefen Kühne).

DAS STIFTUNGSFINANZIERUNGSGESETZ UND SEINE FOLGEN

Anlass für die gesetzliche Regelung der Finanzierung der Politischen Stiftungen war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 22. Februar 2023 (2 BvE 3/19). Die AfD hatte sich in Bezug auf die Finanzierung ihrer Politischen Stiftung, der Desiderius-Erasmus-Stiftung, in ihrem Grundrecht auf Chancengleichheit verletzt gesehen und daher gegen den Deutschen Bundestag, den Haushaltsausschuss des Bundestags, die Bundesregierung, das Innenministerium und das Finanzministerium geklagt. Die mündliche Verhandlung fand am 25. Oktober 2022 am BVerfG statt. In seiner Urteilsverkündung am 22. Februar 2023 stellte es unter anderem fest, dass die bisherige Regelung der Finanzierung über ein Haushalts-

gesetz nicht ausreichend und ein Stiftungsfinanzierungsgesetz notwendig ist.

Ein solches hat der Bundestag am 10. November 2023 verabschiedet. Wesentliche Regelungen im Gesetz sind, dass eine neue Politische Stiftung erst dann eine Finanzierung erhält, wenn die nahestehende Partei in einer dritten Wahlperiode in Folge in den Bundestag einzieht. Auch die Verteilung der Finanzen unter den Politischen Stiftungen wurde neu geregelt: Zunächst erhält jede Politische Stiftung aus dem Globalmittelbudget einen Sockelbetrag in Höhe von einem Prozent. Die Höhe der weiteren Globalmittel ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Ergebnisse der letzten vier Bundestagswahlen. Die Mittel für die Auslandstätigkeiten der Stiftungen werden ausschließlich nach dem arithmetischen Mittel der Wahlergebnisse verteilt, ebenso – das ist ebenfalls neu – wie die Mittel für die Stipendiat*innen.

In Paragraph 2 Absatz 4 des Stiftungsfinanzierungsgesetzes ist die Voraussetzung für die Förderung einer Politischen Stiftung festgeschrieben: Sie sollte erkennbar «für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für den Gedanken der Völkerverständigung» eintreten.

.....
Das Gesetz ist zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten. Bereits jetzt gibt es ganz konkrete Auswirkungen auf die Rosa-Luxemburg-Stiftung: Seit Beginn dieser Legislaturperiode erhält sie 10,4 Prozent der Mittel der verschiedenen Zuwendungsgeber. Diese Quote ist das Ergebnis des arithmetischen Mittels sowie der Verhandlungen zwischen den Politischen Stiftungen.
.....

Ab 1. Januar 2024 gilt die neue Quote von 9,9 Prozent. Das bedeutet, dass die Stiftung schon 2024 deutlich weniger Mittel erhalten wird. Insgesamt muss damit gerechnet werden, dass die Zuwendungen ab 2026 aufgrund des voraussichtlichen Wahlergebnisses der uns nahestehenden Partei weiter deutlich zurückgehen werden. Bei einem Wahlergebnis der Partei Die Linke von 5 Prozent wird die Quote auf 7,4 Prozent sinken. Aufgrund der deutlich geringeren Mittel, die der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zukunft zur Verfügung stehen werden, muss ein einschneidender Strukturabbau eingeleitet werden. Da ein Großteil der Ausgaben Personalkosten sind, wird ein Personalabbau in größerem Umfang notwendig sein. Aus diesem Grund wurde bereits im Dezember 2023 ein Prozess zur Betriebsänderung nach Paragraph 111 Betriebsverfassungsgesetz eingeleitet.

.....
Das Ziel ist, die Rosa-Luxemburg-Stiftung strukturell an die neuen Gegebenheiten anzupassen, neu aufzustellen und in ihrer Existenz zu sichern.
.....

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT

Der Wissenschaftliche Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich im Jahr 2023 mit zentralen Schwerpunkten der Arbeit der Stiftung auf organisationsbezogener und inhaltlicher Ebene beschäftigt. Er begleitete den Organisationsentwicklungsprozess der Stiftung und verfasste dazu zwei Stellungnahmen. Auf seinen fünf Sitzungen behandelte er eine Reihe inhaltlicher Fragen der Stiftungsarbeit und diskutierte diese mit den relevanten Stellen und zuständigen Personen in der Stiftung. Dazu gehörten der linke China-Diskurs, die Förderungspolitik der Stiftung im Rahmen des Studienwerks, die Arbeit der Stiftung auf dem Gebiet von Gewerkschaften, der Ukraine-Krieg, der Arbeitsschwerpunkt «Sorgende Stadt» und der Aufstieg der Neuen Rechten im internationalen Kontext. Ferner standen Fragen der Zeitdiagnose im Mittelpunkt. Mit Bezug auf das von Nancy Fraser verfasste Buch «Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt» debattierte der Beirat über die zentrale Deutung der Zeit. Darüber hinaus wurden Fragen der Klassenpolitik der Linken in ihren Dimensionen für Analyse und politische Bildung erörtert.

Als ehrenamtliches Beratungsgremium unterstützt der Wissenschaftliche Beirat die Stiftung vor allem unter wissenschaftlich-strategischen Gesichtspunkten. Im Herbst 2023 haben sich im Beirat einige Änderungen ergeben. Er ist nun folgendermaßen zusammengesetzt:

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT:

Vorsitzende:

Prof. Dr. Birgit Sauer, Professorin für Politikwissenschaft im Ruhestand

Stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Wolfram Schaffar, Professor für Entwicklungspolitik an der Universität Passau

Dr. Franziska Scheier, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Beraterin und Gesellschafterin des IMU-Instituts Berlin GmbH

Dr. Christa Wichterich, Dozenturen für Geschlechterstudien, Sozial- und Politikwissenschaft; freiberufliche publizistische Tätigkeit für deutschsprachige Tageszeitungen, Zeitschriften, Rundfunk; Beratungs- und Gutachterinnen-tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Weitere Mitglieder:

Prof. Dr. habil. Ilker Ataç, Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Fulda

Prof. Dr. Frank Deppe, Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Marburg

Prof. Dr. Andreas Fisahn, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht, Rechtstheorie, Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dr. Stefanie Hürtgen, Politologin und Arbeitssoziologin, Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt a. M.



Birgit Sauer ist neue Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats.

Prof. Dr. Mario Kessler, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam

Prof. Dr. María do Mar Castro Varela, Professorin für Soziale Arbeit und Allgemeine Pädagogik mit Schwerpunkt Diversity, insbesondere Gender an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin; Dozentin für Pädagogik an der Universität Basel

Prof. Dr. Margit Mayer, Professorin em. für Politikwissenschaft am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin

Dr. Nadja Rakowitz, Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte

Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya, Professorin für kindliche Entwicklung, Bildung und Sozialisation an der Hochschule Magdeburg-Stendal

Prof. Steffi Richter, Professorin für Japanologie am Ostasiatischen Institut der Universität Leipzig

Dr. Axel Rüdiger, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin

Dr. David Salomon, Politikwissenschaftler an der Technischen Universität Darmstadt

Sarah Schilliger, Ph. D., derzeit Ko-Leiterin des internationalen Forschungsprojekts «Migrant mobility, «illegality» and racialization in European agricultural labour»

Dr. habil. Susanne Schultz, Dozenturen an den Universitäten Frankfurt a. M. und Wien, DFG-Projekt «Demografisierung des Politischen», derzeit Privatdozentin mit den Schwerpunkten Biotechnologie, Natur und Gesellschaft an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Dr. Alexandra Wagner, Schwerpunkt Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik, Geschäftsführerin der von ihr gegründeten FIA GmbH (Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt)

Prof. Dr. Markus Wissen, Professor für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt sozial-ökologische Transformationsprozesse an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR)

DIE GESPRÄCHSKREISE

Im Berichtszeitraum existierten in der Rosa-Luxemburg-Stiftung mehr als 20 Gesprächskreise (GK) einschließlich des an den GK Bildungspolitik angedockten Arbeitskreises (AK) Kritische Pädagogik. Sie bieten geschützte Räume für den Austausch unterschiedlicher, teils kontroverser Auffassungen zu bestimmten Themen. Sowohl die Themenfelder und die Strukturen als auch die Formate der GK sind sehr divers.

Die GK sind insofern hybride Gebilde, als dass hier Haupt- und Ehrenamtliche zusammenkommen. Ihr Ziel besteht nicht zuletzt darin, auf das weitere Umfeld der Stiftung auszustrahlen bzw. dieses Umfeld stärker an die Stiftung heranzuziehen und von dem dort vorhandenen Know-how zu profitieren. Bestimmte GK bestehen bereits seit längerer Zeit, etwa der

GK Geschichte oder der GK Ländlicher Raum, die es seit Mitte der 2000er-Jahre gibt. Andere sind jüngerer Datums, etwa der GK Wirtschaftspolitik, der 2017 seine Arbeit aufnahm, oder der GK Zukunft Auto – Umwelt – Mobilität (ZAUM), der 2018 ins Leben gerufen wurde. Jüngster GK ist der GK Antisemitismus. Zur Arbeit der GK gehören auch die einmal jährlich stattfindenden Klausuren der GK-Koordinator*innen, zu denen der Vorstandsvorsitzende einlädt und auf denen einzelne GK über ihre Arbeit berichten. Die Teilnehmer*innen der Jahresklausur 2023 waren sich einig: Auch künftig sollte es in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesprächskreise geben, da sie ein wichtiger Bestandteil unserer Bildungsarbeit sind. Sie können ein Stück weit die Arbeit vor Ort, auf dem «flachen Land», abdecken, wo die hauptamtlichen Strukturen aufgrund ihrer begrenzten Kapazitäten zuweilen nicht hinreichen.

ANTISEMITISMUS

Florian Weis (florian.weis@rosalux.org)

ARBEITSRECHT/ARBEITSGESETZBUCH

Steffen Hultsch; hauptamtl. Ansprechpartnerin:
Effi Böhlke (effi.boehlke@rosalux.org)

BILDUNGSPOLITIK

Karl-Heinz Heinemann (heinemann@rls-nrw.de)
und Katrin Schäfgen (katrin.schafgen@rosalux.org)

Zugehörig zum GK Bildungspolitik: AK Kritische Pädagogik
Lukas Eble und Simon Kunert

EUROPAPOLITIK

Johanna Bussemer (johanna.bussemer@rosalux.org)

FEMINISMUS

Barbara Fried (barbara.fried@rosalux.org)

FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Alexej Stoljarow; hauptamtl. Ansprechpartner: Ingar Soltý
(ingar.soltý@rosalux.org)

GESCHICHTE

Bernd Hüttner (bernd.huettner@rosalux.org)

GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

Cornelia Domaschke-Prochnow (dr.c.domaschke@t-online.de)
u. Gerd-Rüdiger Stephan (gerd-ruediger.stephan@rosalux.org)

GEWERKSCHAFTEN

Fanny Zeise (fanny.zeise@rosalux.org)
und Florian Wilde (florian.wilde@rosalux.org)

KLASSEN UND SOZIALSTRUKTUR

Horst Kahrs (Horst.Kahrs.Fellow@rosalux.org) und
Florian Weis (florian.weis@rosalux.org)

KOLLEGIUM WISSENSCHAFT/PHILOSOPHIE UND BILDUNG

Wolfgang Girus; hauptamtl. Ansprechpartner:
Gerd-Rüdiger Stephan (gerd-ruediger.stephan@rosalux.org)

KULTUR

Michaela Klingberg (michaela.klingberg@rosalux.org)

MIGRATION

Massimo Perinelli (massimo.perinelli@rosalux.org)

PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

N. N.

PERSPEKTIVEN LÄNDLICHER RÄUME

Steffen Kühne (steffen.kuehne@rosalux.org)

RECHTS

Anika Taschke (anika.taschke@rosalux.org)

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

N. N.

STADTPOLITIK

Stefan Thimmel (stefan.thimmel@rosalux.org) und
Armin Kuhn (armin.kuhn@rosalux.org)

WELTANSCHAULICHER DIALOG

Jürgen Klute; hauptamtl. Ansprechpartnerin:
Cornelia Hildebrandt (cornelia.hildebrandt@rosalux.org)

WIRTSCHAFTSPOLITIK

N. N.; hauptamtl. Ansprechpartnerin:
Eva Völpel (eva.voelpel@rosalux.org)

ZUKUNFT AUTO - UMWELT - MOBILITÄT (ZAUM)

Stephan Krull; hauptamtl. Ansprechpartner: Mario Candeias
(mario.candeias@rosalux.org)

GESAMTKOORDINATION GESPRÄCHSKREISE

Effi Böhlke (effi.boehlke@rosalux.org)

JÖRG-HUFFSCHMID-PREIS 2023

Im Gedenken an den 2009 verstorbenen Bremer Ökonomen Jörg Huffschmid vergeben die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Attac Deutschland, die EuroMemo-Gruppe und die Rosa-Luxemburg-Stiftung alle zwei Jahre den Jörg-Huffschmid-Preis. Am 14. Juli 2023 wurden Patrick Kaczmarczyk und Moritz Kuhles für ihre Arbeiten auf dem Feld der Politischen Ökonomie mit dem Preis ausgezeichnet.



Patrick Kaczmarczyk erörtert in seiner Dissertation «Growth models in a world of international trade and capital flows», wie transnationale Konzerne die Europäische Union prägen. Er fokussiert den Konkurrenzkampf der großen Automobilhersteller in Deutschland und Frankreich und verdeutlicht, welche Hindernisse für eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Mobilität bestehen.

Moritz Kuhles stellt in seiner Masterarbeit «Von der Geldware zur Geldpolitik. Über das Maß der Werte nach der Demonetisierung des Goldes» überzeugend dar, dass auch das heutige, nicht mehr an Gold gebundene Geldsystem mit der marxistischen Werttheorie erklärt werden kann. Seine Einsichten in das Wesen der Geldpolitik haben angesichts der zuletzt relativ hohen Inflationsraten große Relevanz.



Die Preisverleihung wurde von Birgit Mahnkopf (Institute for International Political Economy) moderiert und fand innerhalb der Konferenz «Zeitenwende – welche Zeitenwende? Umbrüche im globalen Kapitalismus» an der Goethe-Universität Frankfurt am Main statt. Die Laudationen hielten Arno Gottschalk (AG Alternative Wirtschaftspolitik) und Thomas Sablowski (Rosa-Luxemburg-Stiftung).



INTERNE KOMMUNIKATION - NEUER DREIKLANG

Seit dem 1. Dezember 2023 verfügt die Stiftung – erstmals in ihrer Geschichte – über eine Stelle für die Interne Kommunikation (IK), die im Büro der Geschäftsführung angesiedelt ist. Die anstehende Betriebsänderung stellt eine besondere Herausforderung dar, denn die strukturellen Veränderungen sind groß und die Sorgen der Kolleg*innen ebenso. Wesentliches Ziel der IK in dieser Situation ist es, diese Sorgen durch transparente und verlässliche Kommunikation zu mindern und anstehende Fragen zu klären.

Dafür haben wir im Wesentlichen drei Kommunikationsmittel etabliert und weiterentwickelt: die Mitarbeiter*innen-Versammlung (MAV), die Mitarbeiter*innen-Information (MAI) als E-Mail und die Sofort-Information (Sofl) aus der Leitungsberatung. Die im Dezember 2023 neu eingeführte Sofl fasst direkt im Anschluss an die Sitzungen der Leitungsberatung relevante Entscheidungen und Informationen zusammen und macht sie allen Mitarbeiter*innen zugänglich. Vorbereitung und Durchführung der MAV wurden professionalisiert und eine Langfristplanung eingeführt. Für das Jahr 2024 sind sechs Termine vorgesehen und die der ersten Jahreshälfte kommuniziert, sodass sich die Kolleg*innen zeitlich darauf einstellen können und auch die Gewissheit haben, dass es Räume gibt, in denen sie ihre Anliegen vorbringen können. Die MAI per E-Mail kommt vor allem zum Tragen, um die Zeiträume zwischen Leitungsberatung und MAV zu überbrücken.

Dieser Dreiklang aus MAV, MAI und Sofl, der künftig durch ein Intranet ergänzt werden soll, spiegelt den Anspruch der Stiftung an ihre Kommunikation wider: dialogisch, transparent und solidarisch.

ZENTRALE AUFGABEN

Im Bereich Zentrale Aufgaben sind die Referate Personalwesen, IT & Kommunikation, Verwaltung & Vergabe sowie Rechnungswesen angesiedelt. Zudem sind hier die Arbeitsfelder Haushalt, Bau sowie Inklusion und Diversity verortet. Damit vereint dieser Bereich alle wesentlichen Dienstleistungsfunktionen der Stiftung.

Mit der Umsetzung des Organisationsentwicklungsprozesses wurde der Bereich Zentrale Aufgaben im Jahr 2023 um weitere Themenfelder und Referate ergänzt. So gehört seit Dezember das Archiv Demokratischer Sozialismus dazu. Mit seiner originären Aufgabe, Quellen zur Entwicklung der Partei Die Linke und ihrer beiden Ursprungsorganisationen zu sammeln, zu erschließen, zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, gibt es bereits Anknüpfungspunkte zum Archiv und zu anderen Referaten des Bereichs, die weiter ausgebaut werden sollen. Darüber hinaus wurde im Zuge des Organisationsentwicklungsprozesses das Arbeitsfeld Haushalt um den Bereich Ressourcensteuerung erweitert. Hier geht es vor allem um eine engere finanzielle Steuerung der Fachaussgaben der Stiftung und um eine bessere Verzahnung mit der Personalplanung.

Seit November 2023 hat die Bereichsleitung der Zentralen Aufgaben auch die Personalleitung der Stiftung inne. Das Personalreferat wird als Referat Personalwesen weitergeführt. Zudem wurde durch eine interne Umbesetzung eine Stelle für Weiterbildungen und Personalentwicklung geschaffen, um die interne Qualifizierung der Kolleg*innen in der Stiftung zu fördern. Die Personalarbeit war im letzten Jahr durch eine Reihe von Projekten geprägt. Abgeschlossen wurde etwa das Weiterbildungsprogramm «Fit für Veränderung» (dazu berichten die Teilnehmenden im Interview). Begonnen haben zudem die Verhandlungen für eine Inklusionsvereinbarung und Planungen für eine inklusive Stelle in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Weiterhin wurden mit dem Betriebsrat der Stiftung vier Betriebsvereinbarungen verhandelt und verabschiedet. Sie regeln zukünftig den Umgang mit mobiler Arbeit, mit Diskriminierung, das Konfliktmanagement sowie die Umsetzung des Hinweisgeberschutzgesetzes in der Stiftung.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2023 das neue Raumnutzungskonzept für den Stiftungsneubau wesentlich vorangebracht. Ziel ist die schnellstmögliche Ablösung der Büroflächen am Franz-Mehring-Platz 1 und damit die Zusammenführung aller Bereiche der Stiftung an einem Standort. Dieser Schritt wird zum April 2024 vollzogen. In diesem Zuge werden auch die Team- und Besprechungsflächen aufgewertet. Zudem sind Umbaumaßnahmen für die erste Etage des Gebäudes geplant. Hier geht es vor allem um eine stärkere Nutzung der Bibliothek als Veranstaltungsfläche und Begegnungsort in Kombination mit einem stillen Leseort. Diese Maßnahmen werden Mitte 2024 realisiert.



Teilnehmer*innen des Programms «Fit für Veränderung» mit ihren Mentor*innen.

PROGRAMM «FIT FÜR VERÄNDERUNG»

INTERVIEW MIT EVA UND FRANZISKA,
ZWEI DER ACHT PROGRAMMTEILNEHMER*INNEN

Vor zwei Jahren wurde die Idee geboren, ein Weiterbildungsprogramm für Mitarbeiter*innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu entwickeln, das sie besser in die Lage versetzt, auf verschiedensten Stellen im In- und Ausland tätig zu werden. Das 18-monatige Programm «Fit für Veränderung» zielte darauf ab, den Blick der Teilnehmenden auf die Stiftung als Gesamtorganisation zu schärfen und sie professionell breiter aufzustellen. Im Herbst 2023 endete die Weiterbildung.

Welche Bilanz würdet ihr nach den eineinhalb Jahren ziehen?

Eva: Ich ziehe eine äußerst positive Bilanz. Der Gruppenprozess war von entscheidender Bedeutung und hat ein wertvolles Netzwerk hervorgebracht. Das umfangreiche Programm

hat alle relevanten Bereiche gut abgedeckt und uns ermöglicht, sehr viel zu lernen. Wir haben viele Kolleg*innen kennengelernt und wurden ermutigt, neue Wege zu beschreiten. Die Organisation des Programms mit dem Mentor*innenkonzept war sehr gut.

Franziska: Ich habe seit meiner Schulzeit nicht mehr so viele verschiedene Sachen in so kurzer Zeit gelernt! Das hat richtig Spaß gemacht, mich teilweise auch an meine Grenzen gebracht und mich wachsen lassen.

Hat sich euer Blick auf die Stiftung durch «Fit für Veränderung» verändert?

Eva: Ja. Die Hospitationen in den Büros in Hanoi und Rostock waren besonders prägend, da ich tiefer in die Arbeit vor Ort eintauchen konnte. Durch die Projektarbeiten im Rahmen der Ausbildung kamen wir auch innerhalb der Stiftung in Berlin mit vielen Kolleg*innen in Kontakt und arbeiteten mit anderen Bereichen zusammen.

Franziska: Wir haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung tatsächlich von ganz neuen Seiten kennengelernt. Dabei haben wir ein besseres Verständnis für das große Ganze und die Zusammenhänge in der Stiftung erlangt. Wir haben gelernt, dass wir zusammen nicht nur besser sein können als allein, sondern dass es tatsächlich sehr gut funktioniert und Spaß macht, wenn wir mit mehr Verständnis und einem besseren Wissen voneinander aufeinander zugehen.

Was war eure überraschendste Erkenntnis im Zuge der Weiterbildung?

Eva: Die Teilnahme an dem Planungsworkshop des Büros Hanoi/Südostasien. Dort habe ich nicht nur das Verfahren der Planung nach PME kennengelernt, sondern auch detaillierte Einblicke in die Inhalte, Themen und Ziele der politischen Arbeit der Stiftung in der Region Südostasien gewonnen.

Franziska: Es gab viele kleine und große Überraschungen. Der Aufenthalt in Hanoi war ein Highlight, da ich einmal mehr an einen Ort auf dieser Welt reisen durfte, an den ich sonst nicht gekommen wäre.

Wie geht es jetzt für euch weiter?

Eva: Ich möchte die Erfahrungen aus der Ausbildung weitertragen, neue Netzwerke innerhalb der Stiftung aufbauen und die vorhandenen Potenziale unserer Mitarbeiter*innen heben, ausbauen und für die Stiftung und uns alle nutzbar machen.

Franzi: Ich würde gern mehr Kolleg*innen für die bereichsübergreifende Zusammenarbeit begeistern. Wir sollten alle über unseren eigenen Tellerrand hinausschauen, wenn wir zusammen gute politische Bildung machen wollen, um die Welt zu verändern.



PERSONALENTWICKLUNG 2000 BIS 2023

31. Dezember ...	2000	2005	2010	2015	2020	2023
Zahl der Mitarbeiter*innen insgesamt	45	58	134	212	296	275
... darunter in den Auslandsbüros	0	4	14	25	41	45
... darunter in den Regionalbüros	0	2	15	20	25	25
Anteilige Zusammensetzung						
weiblich	56%	50%	55%	55%	56%	57%
männlich	44%	50%	45%	45%	43%	43%
divers					1%	
Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund	0%	0%	11%	15%	18%	18%
unbefristete Mitarbeiter*innen	3%	90%	84%	78%	80%	78%
Teilzeitbeschäftigte	4%	16%	22%	29%	34%	30%
Durchschnittsalter						
Durchschnittsalter	47	47	45	46	46	48
weiblich	46	45	44	45	45	47
männlich	47	48	46	48	48	49
divers					39	

DIE UNSELBSTSTÄNDIGEN STIFTUNGEN

Die Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird wesentlich durch sechs Treuhandstiftungen ergänzt. Diese unselbstständigen Stiftungen verfolgen gemeinnützige, durch ihre jeweilige Satzung festgelegte Ziele. Sie haben auf Basis eines hohen ehrenamtlichen Engagements ihre Aktivitäten erweitern können. Hier einige Beispiele aus der Arbeit der Treuhandstiftungen:

Die Max-Lingner-Stiftung konnte 2023 die Publikation «Der Wille zum Glück. Max Lingner im Kontext. Kunst und Politik 1929–1949» nach mehrjährigen Recherchen fertigstellen.

Die Hermann-Henselmann-Stiftung verabschiedete auf ihrem Neujahrsempfang 2023 ihren langjährigen Vorsitzenden Dr. Thomas Flierl. Neue Vorsitzende ist die ehemalige Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher. Unter ihrer Leitung wurde die neunte Ausgabe des Henselmann-Journals herausgegeben, das sich mit der Geschichte, dem Status quo und der Zukunft des Freiraums zwischen Alexanderplatz und Spree auseinandersetzt.

Die Modrow-Stiftung hat im September 2023 den Sammelband «Abschied von Hans Modrow – Reden, Nachrufe und Kondolenzen» veröffentlicht. Einmal mehr sei hier an das Wir-

ken Hans Modrows erinnert, der wenige Tage nach seinem 95. Geburtstag Anfang des Jahres 2023 verstarb. Unter dem Vorsitz von Torsten Hochmuth wird die Modrow-Stiftung weiterhin Projekte zur Erinnerungskultur und in Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Geschichte initiieren.



Hans Modrow, 2018.

Die Erik-Neutsch-Stiftung setzte 2023 die enge Zusammenarbeit mit den Preisträger*innen des Erik-Neutsch-Preises zum Thema «WENDEpunkte» fort. Große Resonanz fand eine Bilderausstellung von Armin Mueller-Stahl im Stadtwerkehaus Schönebeck im Sommer 2023. Hier wurden Schaffensparallelen von Neutsch und Mueller-Stahl thematisiert.

Die Clara-Zetkin-Stiftung organisierte im Herbst erstmals einen Workshop auf der Grundlage des 2023 erschienenen zweiten Editionsbands von Clara Zetkins Briefen «Die Revolutionsbriefe (1919–1923)». Darüber hinaus war es Ziel, einen Überblick über den aktuellen Stand der Zetkin-Forschung zu geben und die Vernetzung der unterschiedlichen Akteur*innen zu unterstützen.

Die Harald-Breuer-Stiftung unterstützte 2022/23 Student*innen der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg bei der Produktion und Veröffentlichung des Kurzfilms

«Stray Flower», der sich mit dem Völkermord an den Herero und Nama durch die deutsche Kolonialmacht in Südwestafrika auseinandersetzt. Gemeinsam mit der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft (DAFRIG) initiierte sie 2023 das Projekt «Selbstbestimmung durch Bildung» in Nordkamerun.

Die **HARALD-BREUER-STIFTUNG** ist vor allem in Afrika tätig und trägt zu Verständigung und Entwicklungszusammenarbeit bei.

Vorsitzende: Evelin Wittich

E-Mail: evelin.wittich@rosalux.org

www.rosalux.de/stiftung/treuhandstiftungen/harald-breuer-stiftung

Die **ERIK-NEUTSCH-STIFTUNG** widmet sich Fragen von Kunst und Literatur sowie der Bewahrung des Werks von Erik Neutsch.

Vorsitzende: Evelin Wittich

E-Mail: evelin.wittich@rosalux.org

www.rosalux.de/stiftung/treuhandstiftungen/erik-neutsch-stiftung

Die **MAX-LINGNER-STIFTUNG** widmet sich der Pflege und Verbreitung des Werks des Malers und Pressegrafikers Max Lingner (1888–1959).

Vorsitzender: Thomas Flierl

E-Mail: info@max-lingner-stiftung.de

www.max-lingner-stiftung.de

Die **HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG** fördert die Auseinandersetzung mit Fragen von Architektur, Städtebau und sozialer Stadtentwicklung.

Vorsitzende: Katrin Lompscher

E-Mail: info@hermann-henselmann-stiftung.de

www.hermann-henselmann-stiftung.de

Die **MODROW-STIFTUNG** fördert die Kultur des Erinnerns und Gedenkens an Alltag, Arbeit, Kunst, Medien und Kultur in der DDR.

Vorsitzender: Torsten Hochmuth

E-Mail: info@modrow-stiftung.de

www.modrow-stiftung.de

Die **CLARA-ZETKIN-STIFTUNG - GEDÄCHTNIS DEMOKRATISCHER SOZIALISTINNEN UND SOZIALISTEN** beschäftigt sich mit der deutschen und europäischen Zeitgeschichte im 20. und 21. Jahrhundert sowie mit Biografien von Repräsentant*innen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Vorsitzende: Anny Heike und Gerd-Rüdiger Stephan

E-Mail: clara-zetkin-stiftung@rosalux.org

www.rosalux.de/news/id/39808

STIFTUNGSHAUSHALT

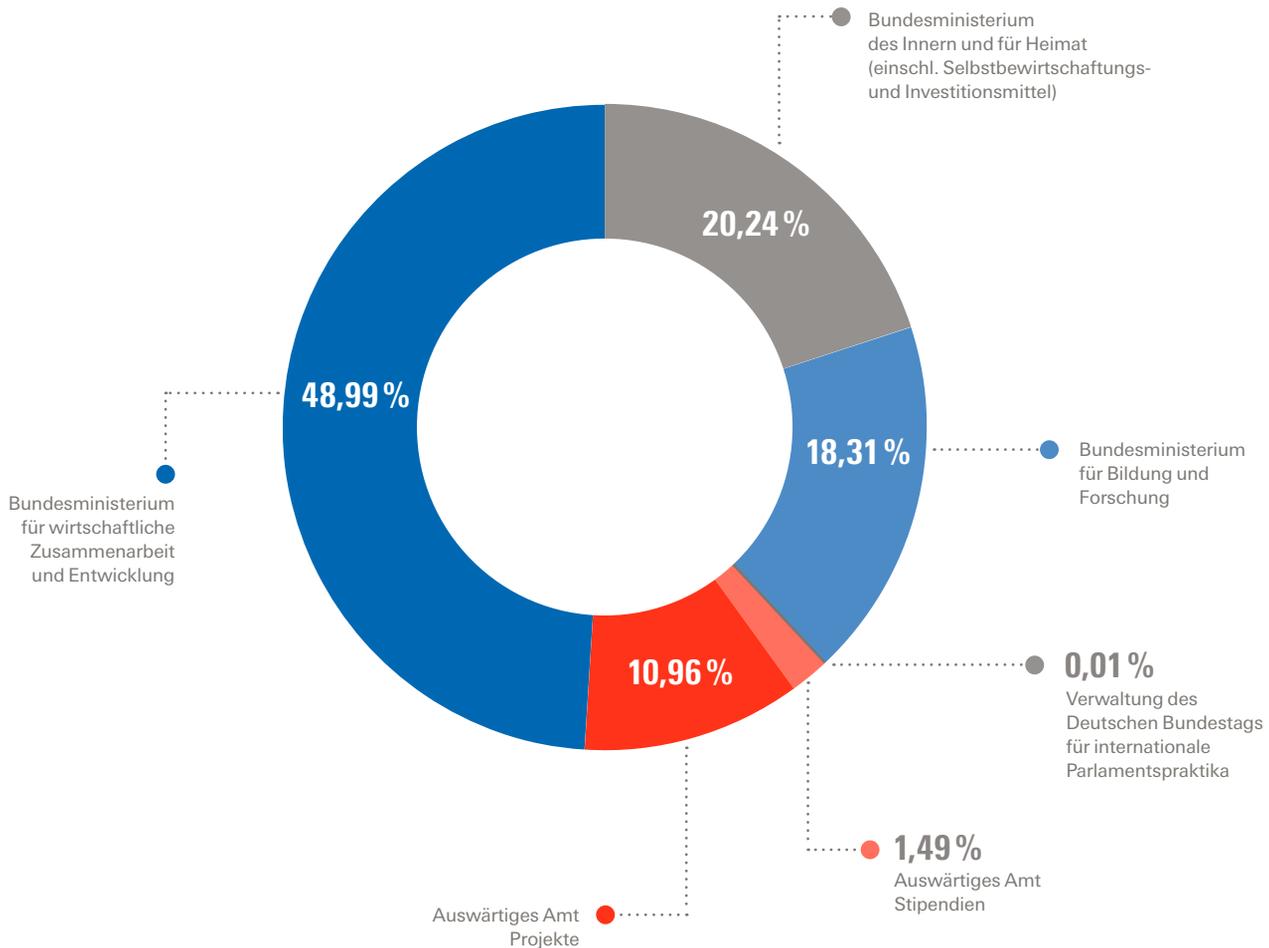
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei Die Linke nahestehende politische Stiftung. Sie wird, wie die anderen parteinahen Stiftungen, im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Innern und für Heimat (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amts (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Was das genau heißt, entscheidet der Deutsche Bundestag. Als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung in der Bundesrepublik gilt in der Praxis, dass die der politischen Stiftung nahestehende Partei wiederholt – dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke – im Deutschen Bundestag vertreten war. Dabei orientiert sich die

Verteilung der Zuwendungen an den Ergebnissen der jeweils nahestehenden Partei bei den letzten vier Bundestagswahlen.

Seit dem Jahr 2010 stieg der Anteil der Zuwendungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung von 30,6 Millionen Euro auf 75,8 Millionen Euro im Jahr 2023. Mit der zahlenmäßigen Berichterstattung über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur kommt die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Selbstverpflichtung der Politischen Stiftungen nach Öffentlichkeit und Transparenz der Mittelverwendung nach, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung der parteinahen Stiftungen 1998 fixiert wurde und seither von allen Stiftungen praktiziert wird.

Die Globalmittel vom BMI bilden den Kern für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Infrastruktur sowohl in Berlin als auch in den Bundesländern. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von Forschungsmitteln mit ge-

ZUWENDUNGEN 2023



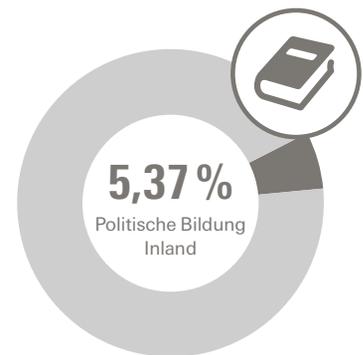
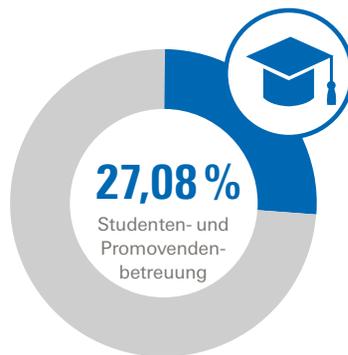
sellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung.

Mithilfe der Mittel aus dem BMZ und dem AA unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Dazu gehört die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland. Inzwischen können 26 Standorte und die Arbeit in mehr als 80 Ländern finanziert werden. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind für Stipendien zur Förderung begabter und gesellschaftlich engagierter Studierender und Promovierender vorgesehen. Neben den Bundesmitteln können die parteinahen Stiftungen Gelder aus den Landeshaushalten in Anspruch nehmen – dies erfolgt bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die eigenständigen Landesvereine. Im Rahmen des Stiftungsverbands werden diese Mittel durch die Landesvereine genutzt.

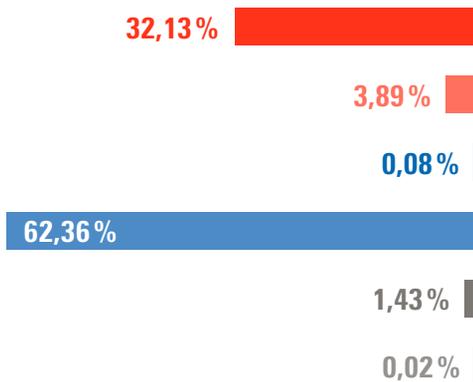
Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahe-

stehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteilwerden lassen. Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind. Als Politische Stiftung ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung verpflichtet, die jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrollieren zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2022 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des BMI sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Bundesministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controlling- und Prüfungsverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

FACHAUSGABEN 2023



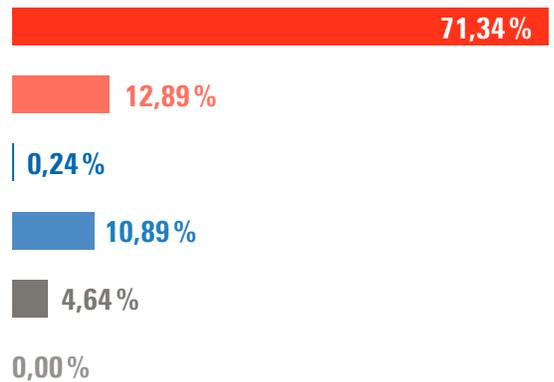
AUSGABEN 2023 GESAMTHAUSHALT



Personalausgaben
Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für Investitionen
Fachausgaben
BMI Globalmittel an Landesstiftungen
Vermögensverwaltung Ausgaben

AUSGABENSTRUKTUR HAUSHALT INLAND 2023

BMI und Verwaltungskostenzuschüsse von BMZ, AA und BMBF



VERMÖGENSRECHNUNG ZUM 31.12.2022

Aktiva		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
A	Anlagevermögen		
I	Immaterielle Vermögensgegenstände		
	Markenrechte	5.000,00	5.000,00
	EDV-Software	89.486,57	103.889,53
II	Sachanlagen		
	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	156.760,40	159.649,04
	Betriebs- und Geschäftsausstattung	827.819,38	1.202.326,62
	Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau	0,00	0,00
III	Finanzanlagen	0,00	0,00
	Beteiligungen	26.833.765,64	26.707.302,22
	Wertpapiere	233.152,13	0,00
	Summe Anlagevermögen	28.145.984,12	28.178.167,41
B	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
I	Sonstige Forderung	0,00	0,00
	a) Stand Selbstbewirtschaftungsmittel beim BMI	4.119.218,00	2.966.311,00
	b) nicht abgerufene Selbstbewirtschaft.-mittel beim BMI	-4.119.218,00	-2.966.311,00
II	Forderung aus Zuwendungen	59.983,61	0,00
II	Forderung gg. verbundene Unternehmen	1.950,45	2.950,45
III	Sonstige Vermögensgegenstände	454.212,16	489.649,04
	Summe Forderungen	516.146,22	492.599,49
C	Liquide Mittel		
	Summe liquide Mittel	5.986.399,63	6.508.351,51
D	Aktive Rechnungsabgrenzung	88.166,25	74.390,99
Summe		34.736.696,22	35.253.509,40

Passiva		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
A	Reinvermögen		
I	Stand Vorjahr	315.826,26	272.394,62
II	Überschuss/Fehlbetrag	415.627,35	51.431,79
III	Rücklagen	82.719,42	82.719,42
IV	Rücklagen	213.706,17	205.706,02
	Summe Reinvermögen	1.027.879,20	612.251,85
B	Sonderposten Zuwendungen	27.748.980,59	28.018.427,37
C	Rückstellungen		
	Sonstige Rückstellungen	1.177.916,46	552.697,38
D	Verbindlichkeiten		
I	Verbindlichkeiten Kreditinstitute	2.086,61	2.938,26
II	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.868.769,47	4.511.713,18
III	Sonstige Verbindlichkeiten	28.109,33	28.915,60
	Summe Verbindlichkeiten	2.898.965,41	4.543.567,04
E	Passive Rechnungsabgrenzung	1.882.954,56	1.526.565,76
Summe		34.736.696,22	35.253.509,40

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG ZUM 31.12.2022

	2022 in Euro	2021 in Euro
I Erträge	77.759.933,67	79.706.101,99
1 Zuwendungen des Bundes	76.477.096,09	78.970.688,36
2 Spenden	27.717,00	13.518,68
3 Mitgliedsbeiträge	15.929,50	18.131,50
4 Einnahmen aus Vermögensverwaltung	31.423,42	6.949,37
5 Sonstige Einnahmen	592.679,69	21.017,65
6 Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	615.087,97	675.796,43
II Aufwendungen	-77.344.306,32	-79.654.670,20
1 Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit	-48.773.581,56	-50.923.449,84
Fachausgaben Globalmittel	-2.364.794,58	-2.619.842,11
Weiterleitung von Globalmitteln	-1.063.801,87	-1.335.731,51
Förderung von Studierenden und Promovierenden	-12.615.243,06	-12.855.970,62
Internationale Zusammenarbeit	-32.478.685,22	-33.969.640,09
Sonstige Fachausgaben	-251.056,83	-142.265,51
2 Personalausgaben	-24.565.139,29	-22.842.669,71
Löhne und Gehälter	-19.904.887,40	-18.793.949,48
Soziale Abgaben	-4.660.251,89	-4.048.720,23
3 Ausgaben Vermögensverwaltung	-7.395,10	-7.379,95
4 Abschreibungen	-617.976,61	-678.685,07
5 Sächliche Verwaltungsausgaben	-3.034.572,57	-2.907.990,87
Geschäftsbedarf	-617.335,33	-585.944,60
Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	-5.495,70	-4.617,72
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-2.329.571,01	-2.317.428,55
Sonstige Ausgaben	-82.170,53	0,00
6 Investitionen	-345.641,19	-2.294.494,76
III Jahresüberschuss/-fehlbetrag	415.627,35	51.431,79

EINNAHMEN IM JAHR 2023 (VORLÄUFIG)

I	Einnahmen in Euro	75.974.952,78
1 Zuwendungen		75.803.828,66
Bundesministerium des Innern und für Heimat (einschl. SB- und Investitionsmittel)		15.341.551,82
Bundesministerium für Bildung und Forschung		13.878.653,74
Verwaltung des Deutschen Bundestags für internationale Parlamentspraktika		4.944,20
Auswärtiges Amt Stipendien		1.127.928,00
Auswärtiges Amt Projekte		8.311.403,90
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung		37.139.347,00
2 Steuerneutrale Einnahmen/Spenden		51.857,13
3 Mitgliedsbeiträge		15.076,00
4 Vermögensverwaltung Einnahmen		44.996,69
5 Sonstige Einnahmen		104.418,70
6 Erlösschmälerungen		-45.224,40

AUSGABEN IM JAHR 2023 (VORLÄUFIG)

II	Ausgaben in Euro	-74.669.618,95
1	Personalausgaben	-23.994.445,74
	davon Personalkosten Inland	-16.389.199,16
	a) Löhne und Gehälter	-19.813.324,36
	b) Soziale Abgaben und Sonstiges	-4.181.121,38
2	Sächliche Verwaltungsausgaben	-3.032.309,38
2.1	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsmittel	-819.255,51
	Netzwerk-, Software- und Systembetreuung	-545.630,41
	Wartungsgebühren und Reparaturen	-139.206,20
	Werkzeuge und Kleingeräte	-6.682,06
	Büro- und Verbrauchsmaterial	-18.077,54
	Gerätemieten	-48.414,97
	Einstellung in den Sonderposten für Investitionen	-61.244,33
2.2	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	-34.316,89
	Straßenreinigung/Winterdienst	-3.140,85
	Grundsteuer	-31.176,04
2.3	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-2.178.736,98
	Sonstige Aufwendungen für Personal	-201.123,63
	Raummiete und Raumkosten	-823.249,52
	Versicherungen	-20.614,15
	Beiträge und sonstige Abgaben	-65.014,07
	Fremdarbeiten Werkverträge Verwaltung	-563.445,60
	Werbung/Annoncen	-27.795,13
	Kosten Repräsentation	-20.859,41
	Bewirtungskosten	-341,40
	Reisekosten (sächl. VerwKost)	-110.329,30
	Porto, Telefon, Internetkosten	-124.603,53
	Zeitschriften, Bücher, Medien	-63.356,11
	Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung	-72.028,02
	Nebenkosten des Geldverkehrs	-11.356,02
	Übrige Aufwendungen, Beiträge, Spenden	-9.485,07
	Fahrzeugkosten	-5.438,05
	Sonstige Verwaltungsausgaben	-59.070,43
	Sonstige Ausgaben	-627,54
3	Fachausgaben	-47.630.657,64
	Fachausgaben BMI gesamt	-2.095.442,48
	BMI Globalmittel an Dritte	-1.066.464,56
	Auslandsprojekte	-31.452.289,64
	Studenten- und Promovendenbetreuung	-12.609.309,37
	Studienförderung Inland	-11.655.628,31
	Studienförderung Ausland	-950.336,86
	Internationale Parlamentspraktika	-3.344,20
	Ideelle Förderung Stipendiat*innen	-368.144,78
	Sonstige Fachausgaben	-39.006,81
4	Vermögensverwaltung Ausgaben	-12.206,19

ERLÄUTERUNGEN:

Im Jahr 2023 wurden an folgende Vereine und Stiftungen**Globalmittel für die politische und demokratische Bildungsarbeit weitergeleitet:**

- Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg – Forum für politische Bildung und Kultur e. V.
- Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern
- «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.
- Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e. V.
- Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg – Forum für Analyse, Kritik und Utopie e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen – Forum für Bildung und Analyse e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Rosa-Luxemburg- Stiftung Niedersachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz e. V.
- Peter-Imandt-Gesellschaft – Verein für politische Bildung und Kultur e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein: werkstatt utopie & gedächtnis e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.

GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALT 2024 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN**Einnahmen in Euro*** **2024**

Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (inkl. Investitionsmittel)	15.837.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (voraussichtlich)	14.190.000,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestags für internationale Parlamentsstipendiat*innen	10.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	34.138.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Projekte	8.300.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Stipendien	1.180.000,00

* ohne Selbstbewirtschaftungsmittel

Ausgaben in Euro (Auszug) **2024**

Personalkosten	-25.500.000,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	-3.000.000,00
darunter Investitionen	-400.000,00
Fachausgaben	-45.100.000,00
Bildungsprogramm	-3.100.000,00
Stipendien	-11.000.000,00
Projekte internationaler Zusammenarbeit	-31.000.000,00

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Projektleitung und Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gestaltung: Heike Schmelter
Gesamtproduktion: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation, Berlin

KONTAKT

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Tel. 030 44310-0
www.rosalux.de, info@rosalux.de

Alle Daten und Zahlenangaben beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Stand vom Februar 2024.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.



BILDNACHWEISE

Umschlag: Heike Schmelter

Wenn nicht anders angegeben, stammen die Bilder von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

S. 9: iStock/Joel Carillet
S. 10: picture alliance/Reuters, Stringer
S. 11: imago/NurPhoto
S. 12 links: picture alliance/AA, Sergei Mihailicenko
S. 12 rechts: picture alliance/Horst Sturm
S. 13 links: Theophilos Papadopoulos, Flickr, CC-BY-NC-ND 2.0
S. 13 rechts: imago/IPON
S. 14: Agencia Prensa Rural, Flickr, CC-BY-NC-ND 2.0
S. 18: Deutsche Wohnen & Co enteignen
S. 19: Netzwerk Steuergerechtigkeit
S. 21: Niels Holger Schmidt
S. 25: Schroeter & Berger
S. 27 links: Franz Gerlach/Bundesarchiv, Bild Y 1-330-1485-76
S. 27 rechts: privat
S. 30 links: Alexander Schlager/Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, CC BY 3.0
S. 31 links: Deutsche Wohnen & Co enteignen
S. 32 rechts: picture alliance/dpa, Christian Charisius
S. 33 rechts: Cornelia Mannewitz/junge Welt
S. 35 rechts: Patric Bies/Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland
S. 36 rechts: Gabriele Henschke/Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt
S. 37 links: Bundeswehr-Fotos, Wikimedia Commons, CC BY 2.0
S. 37 rechts: Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Rudolstadt, Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena Land Nr. 2149, Bl. 10
S. 39: picture alliance/associated press, Kim Ludbrook
S. 40: imago/NurPhoto
S. 41: imago/Starface
S. 42: Vlada Republike Slovenije. Flickr, Public domain
S. 43: Andreas Domma
S. 50: Gianmarco Bresdaola
S. 52–57: Andreas Domma
S. 60: Andrea Dip
S. 61: Marcus Hawel/Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 65: Andreas Domma
S. 75: Otto Penz
S. 77: privat
S. 81: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0



**«Wahrer Frieden ist nicht nur
die Abwesenheit von Krieg, sondern
die Präsenz von Gerechtigkeit.»**

JANE ADDAMS